MIT ANDEREN AUGEN SEHEN



Publik-Forum lesen. Das heißt: Mit anderen Augen sehen. In einer anderen, von Sachzwängen und Modetrends befreiten Sichtweise, die Gegenwart entziffern.

AUSBRUCH AUS ALTEN RASTERN

Kampf und Kontemplation, Analyse und Betroffenheit, Aktion und Meditation, Dialog und Gebet, Kopf und Herz, Wandlung des Systems und des Bewußtseins. Das ist die geistige Linie, die Spiritualität von **Publik-Forum.**

Publik-Forum, die Zeitung kritischer Christen, **erscheint 14tägig im Umfang von 40 Seiten. Mit dem nebenstehenden Coupon können Sie Publik-Forum befristet abonnieren. Das Abonnement verlängert sich nicht automatisch.**

3 Monate für nur 20 DM. **6** Monate für nur 40 DM. **8** Monate für nur 50 DM.

JA Ich bestelle **Publik-Forum** für ___ Monate zum Kennenlernen für nur ___ DM. Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch.

NAME VORNAME

STRASSE

PLZ | ORT

DATUM | UNTERSCHRIFT

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt bei. ☐ Bargeld liegt bei.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung in schriftlicher Form widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

DATUM | UNTERSCHRIFT

80

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an: Publik-Forum, Postfach 2010, 6370 Oberursel

LATEINAMERIKA nachrichten

16. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN 177

Berlin (West) Januar 1989 DM 5,–



Luiza Erundina: Die PT erobert São Paulo

Aus dem Inhalt:

CHILE: Schrottparade / Neues aus der Colonia Dignidad / Fünf Jahre FPMR / **PERU:** Was will Sendero? / **EL SALVADOR:** Soziale Bewegungen / **KUBA:** Perestroika in der Freundschaftsgesellschaft

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial 3
BRASILIEN: Linke erobern die Städte 5
CHILE: Im Land des organisierten Verbrechens 11
Schrottparade 14
Neues aus der Colonia Dignidad 23
Volkskultur und alternative Kultur 30
Fünf Jahre FPMR 34
Makaberer Weihnachtsgruß 38
Staatsterror und Widerstand in Chile 40
— ARGENTINIEN - BRD: Das letzte Abendmahl? 43
— PARAGUAY: Perspektiven der Demokratisierung? 45
— EL SALVADOR: Am Ende des Tunnels kommt das Licht 48
Die Würde des Menschen ist antastbar 51
— PERU: Ohne Ausweg in die Falle? 58
— KUBA: Solidarität auf neuen Wegen 66
— GUATEMALA: Indios gegen Zivilpatrouillen 71
— LESERBRIEF: Sind »Indios« immer gut? 71
— KURZNACHRICHTEN 73
— REZENSIONEN: Argentinien - ein »interdisziplinärer« Reiseführer 75
Aktueller Film aus Nikaragua:
»Rama zwei Wochen nach dem Hurrikan 'Juana'« 78
— ZEITSCHRIFTENSCHAU 79
— EINGEGANGENE BÜCHER 80
— TERMINE 80

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 177
Januar 1989
Jahrgang 16 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Thomas Fatheuer, Roman Herzog

Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 8. Dezember 1988

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-
Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahrweise berechnet, angefangene Jahre anteilsmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61

Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

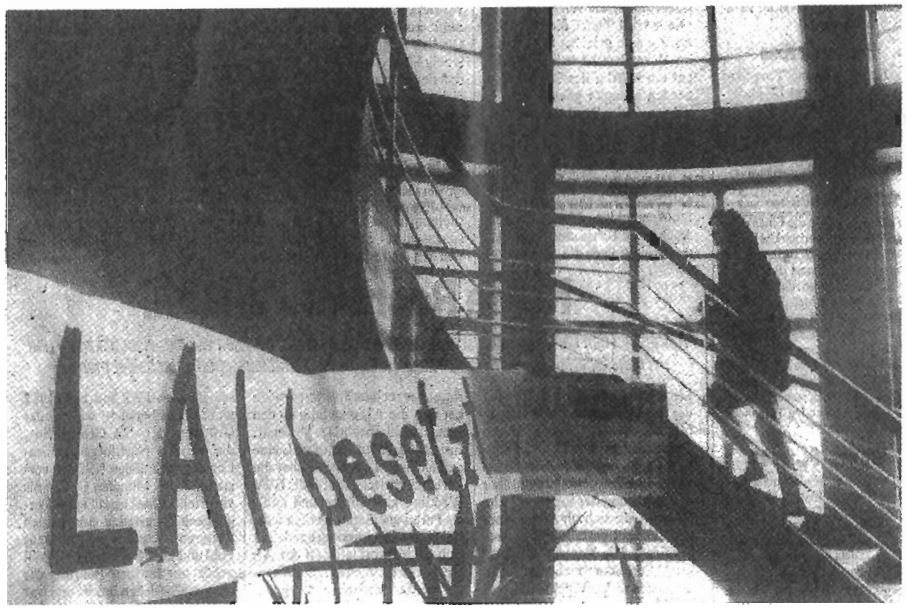
EIGENTUMSVORBEHALT
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

EDITORIAL

Noch vor wenigen Wochen war das Bild des studentischen Engagements in der BRD vom Frust über passive, auf die persönliche Karriere konzentrierte Studierende geprägt. Die Institutionalisierung der rechten Hochschulwende, konkretisiert im Abbau studentischer Mitbestimmung und Demokratie an der Universität, Stellenstreichungen trotz stark gestiegener Studierendenzahlen etc., schienen ohne größeren Widerstand hingenommen zu werden.
Dieser Frust ist in den letzten Wochen radikal in die Lust am Widerstand umgeschlagen. Seit dem 29.November ist das Lateinamerikainstitut (LAI) der Freien Universität (FU) Berlin besetzt - der Beginn eines Flächenbrandes, der inzwischen nicht nur auf die gesamte FU, sondern auch auf andere Hochschulen Berlins und der BRD übergegriffen hat. Unmittelbarer Anlaß war ein Beschluß des Kuratoriums der FU, der die Einbindung aller "linken" Institute in Fachbereiche mit konservativer Mehrheit festschreibt. Die beschlossene Ausgliederung der Sprach- und Literaturwissenschaft (Lateinamerikanistik) aus dem LAI bedeutet faktisch die Zerschlagung des Instituts.
Das Lateinamerikainstitut als Zentrum interdisziplinärer Forschung und Lehre hat über Berlin und die Bundesrepublik hinaus auch international große Bedeutung. Es bestehen zahlreiche direkte Kontakte nach Lateinamerika und weltweit zu anderen Institutionen kritischer lateinamerikabezogener Forschung. Damit bildet das LAI einen Gegenpol zum weit verbreiteten eurozentristischen, an wirtschaftlichen Interessen orientierten Forschungsansatz. Der Standort Berlin bietet z.B. durch die Zusammenarbeit mit dem Iberoamerikanischen Institut als größter Bibliothek Europas zu Lateinamerika ideale Voraussetzungen für das LAI. Ebenso bildet die am LAI geleistete Forschungs- und Lehrtätigkeit eine wichtige Grundlage für die Solidaritätsarbeit in Berlin und der Bundesrepublik. Auch die Arbeit der LN basiert zum großen Teil auf der Mitwirkung Studierender und Lehrender des Instituts. Die faktische Auflösung des Instituts bedeutet so nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für das Spektrum der Lateinamerikasolidarität einen herben Verlust.
Die derzeitige sich in Protest entladende Wut der StudentInnen und vieler DozentInnen macht deutlich, daß das Faß der rech-



ten Wendepolitik überläuft. Ihre Forderungen beziehen sich daher nicht nur auf die punktuelle Verbesserung von Studienbedingungen und die Rücknahme der Kuratoriumsbeschlüsse (Erhalt des LAI und anderer Institute). Es geht grundsätzlich um die Demokratisierung der Universität und darum, die Voraussetzungen für selbstbestimmtes Studieren zu schaffen. Den nötigen Freiraum dafür haben sich die StudentInnen durch die Besetzung ihrer Institute in den letzten Wochen genommen. Bei den StudentInnen entlädt sich ein ungeheures, aufgestautes Bedürfnis nach einem Wissenschaftsbetrieb nach ihren eigenen Vorstellungen. So sind die vielen selbstverwalteten Seminare, die in den besetzten Instituten stattfinden, massenhaft besucht; der normale 90-Minuten-Rahmen ist natürlich außer Kraft gesetzt. Auch die DozentInnen waren nur verblüfft, was alles an Diskussionen und Veranstaltungen an der Uni laufen kann.
Aufbruchstimmung macht sich breit, die den ins Rollen gekommenen Stein nicht ins Leere fallen lassen wird. Selbstverständlich solidarisieren sich die LN mit den Aktionen und Forderungen der BesetzerInnen!



BRASILIEN

Linke erobern die Städte

Der neue Bürgermeister von Sao Paulo - der größten Stadt Südamerikas - wird eine Frau sein, Luiza Erundina, die als Kandidatin der linken PT (Partei der Arbeiter) die Kommunalwahlen am 15. November gewann. Aber auch in zahlreichen anderen Städten konnten sich Kandidaten der Opposition gegen die Regierung Sarney durchsetzen - die Wahlen wurden so zu einer Volksabstimmung gegen die Regierungspolitik. Oder, wie es bündig formuliert wurde: Brasilien hat die Schnauze voll!

Der Sieg Luiza Erundinas in Sao Paulo war sicherlich das bedeutsamste Einzelergebnis. Er ist eine politische Sensation und weist Züge eines modernen Wunders auf. Erundina stammt aus dem armen Nordosten Brasiliens, sie ist eine unverheiratete Frau (was in der brasilianischen Presse immer wieder - als Makel- hervorgehoben wurde) und eine sogenannte Schiitin, d.h. sie gehört zur radikalen, sozialistisch orientierten Strömung innerhalb der PT - vielleicht entfernt mit den Fundamentalisten bei den Grünen zu vergleichen. Ihre Kandidatur war in der PT äußerst umstritten, sie wurde von der Basis gegen den Widerstand der Parteiführung durchgesetzt, die den moderateren Plinio Sampaio favorisierte. Als ihre Kandidatur feststand, wurden auch schon die Grabgesänge angestimmt.Mit Erundina hätte die Partei keine Chance, die Wahl zu gewinnen, es wurde vom "Erundina - Effekt" gesprochen, der die Wähler abschrecken würde. Anfangs wurde ihre Wahlkampagne von der Partei fast nicht unterstützt.

Tatsächlich schien es so, als würden die Kassandra - Rufer recht behalten. Lange Zeit, d.h. bis Anfang November(!), krepelte sie in den Umfragen bei etwas über 10%, während der führende (erzreaktionäre) Paulo Maluf bei 30% lag. Wie kam es dazu, daß nicht einmal zwei Wochen später Erundina mit 30% der Stimmen gewählt wurde? Ausschlaggebend waren wohl zwei Faktoren: Zum einen wurde immer deutlicher, daß der andere linke Kandidat - Serra von der neugegründeten PSDB ("Sozialdemokratische Partei") - keine Chance hatte zu gewinnen. Die progressive Kirche in Sao Paulo hatte daraufhin ihre Unterstützung auf Erundina verlagert. Kurz vor den Wahlen war klar, daß die Alternative "Erundina oder Maluf" lautete. Die Wahl für die PT war also in einem nicht zu unterschätzendem Ausmaß eine nützliche Wahl, ein "voto util". Aber auch ein einzelnes Ereignis hat Erundina viele Stimmen gebracht: Am neunten November erklärte das Militär den streikenden Arbeitern in Volta Redonda, dem größten Stahlwerk Brasiliens, den

Krieg. Soldaten stürmten mit Waffengewalt die Fabrik und erschossen drei Arbeiter. Danach stieg die Anzahl der Stimmen für Erundina (und andere PT - Kandidaten im ganzen Land) steil an.



Diese Analyse macht schon ein zentrales Problem der künftigen PT - Stadtverwaltung deutlich. Die PT hat ihre Basis in den autonomen Gewerkschaften und den Stadtteilbewegungen, die Zahl der Wähler der PT geht weit über das von ihr bisher mobilisierte Potential hinaus. Die plötzliche Unterstützung für die PT kann natürlich genauso schnell zerrinnen wie sie zustande gekommen ist, zumal die künftige Stadtregierung sicherlich mit Behinderungen und Obstruktion zu rechnen hat. Und man darf nicht vergessen, daß Erundina mit nur 30% der Stimmen gewählt worden ist. Mit einer solchen "Mehrheit" läßt sich natürlich Korruption betreiben - aber auch eine Stadtverwaltung, die sich auf die populäre Beteiligung stützt, wie es die PT versprochen hat??

Und nun, PT?

Luiza Erundina hat in den Mittelpunkt ihrer Kampagne die prekäre Wohnsituation in Sao Paulo gestellt. Sie hat selbst an Landbesetzungen teilgenommen und nun erklärt, daß solche Besetzungen auch für sie als Bürgermeisterin ein legitimes Mittel sind. In einem Interview am Wahltag führt sie aus:
"Während ca. 40% der Stadtfläche unbebaut sind, lebt die Hälfte der Bevölkerung in unmenschlichen Bedingungen, in Favelas und heruntergekommenen Gebäuden. Diese unerschwinglichen Mieten, diese enorme Inflation bringen die Bevölkerung oft in eine extreme Situation, in der sie keine Alternative (zur Landbesetzung, T.F.) hat, um ihr Wohnproblem zu lösen... Angesichts einer solchen Lage glaube ich, daß dieses Privateigentum nicht die soziale Funktion von Eigentum erfüllt, es respektiert nicht die institutionellen Grenzen des Privateigentums." (Folha de Sao Paulo vom 16.11.)

Eine weitere deutliche Aussage hat sie zur Strukturierung des Nahverkehrs gemacht: Sie will die privaten Busbetriebe vergesellschaften. Schon diese Ankündigungen reichten aus, um bei Teilen der Herrschenden einigen Schrecken zu verursachen. Nun, natürlich ist es jetzt zu früh, um über die Möglichkeiten und Grenzen einer PT - Verwaltung zu spekulieren. Aber sicher wird sich in Sao Paulo ein nicht nur für die brasilianische Linke sehr spannendes Experiment vollziehen. Für die Erziehung soll Paulo Freire zuständig sein, und auch der Ökonom Paulo Singer, im September noch Redner auf dem Gegenkongreß in Berlin, wird eine Funktion in der neuen Stadtverwaltung übernehmen.

Eine Wahl gegen die Regierung

Aber der Sieg der PT in Sao Paulo ist kein isoliertes Ergebnis. In einer ganzen Reihe von wichtigen Städten Brasiliens konnten sich linke Kandidaten durchsetzen.

- Die PT gewann unter anderem in Porto Alegre, Vitoria, Santos und fast dem gesamten Industriegürtel um Sao Paulo.
- In Rio gewann der Kandidat der PDT, der Partei des linkspopulistischen Leonel Brizola, einer der wichtigsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im November 1989.
- In Belo Horizonte gewann der Kandidat der PSDB. Damit haben Kandidaten von Parteien, die links von der Regierung stehen, in den drei größten Städten Brasiliens gesiegt.

Verloren haben alle, die sich nicht eindeutig von der Regierung Sarney distanziert haben. Die Kommunalwahl ist somit offensichtlich zu einer Protestwahl gegen die Regierungspolitik geworden. Die Bilanz des Präsidenten ist nun wahrlich katastrophal: Die Inflation liegt bei 1000%, die versprochene Agrarreform ist begraben, insbesondere die unteren Einkommensschichten hatten in den letzten Monaten empfindliche Lohneinbußen hinzunehmen. Auf

die jüngste Streikwelle reagierte die Regierung mit dem Polizeiknüppel und sogar dem Einsatz der Militärs. Sarney kann das Modell einer konservativen Modernisierung, das er ständig im Munde führt, nicht mehr glaubhaft vertreten, da seine Regierung zu schwach ist, um noch irgendetwas durchzusetzen. Sarney hatte offenbar lange Zeit keine größere Sorge, als das eigene Überleben im Amt zu sichern, wofür er die traditionellen Mechanismen der brasilianischen Politik mobilisiert hat: das System der Begünstigungen, des Klientilismus und der Korruption. Aber Politiker lassen sich im Augenblick anscheinend leichter kaufen als Wähler.

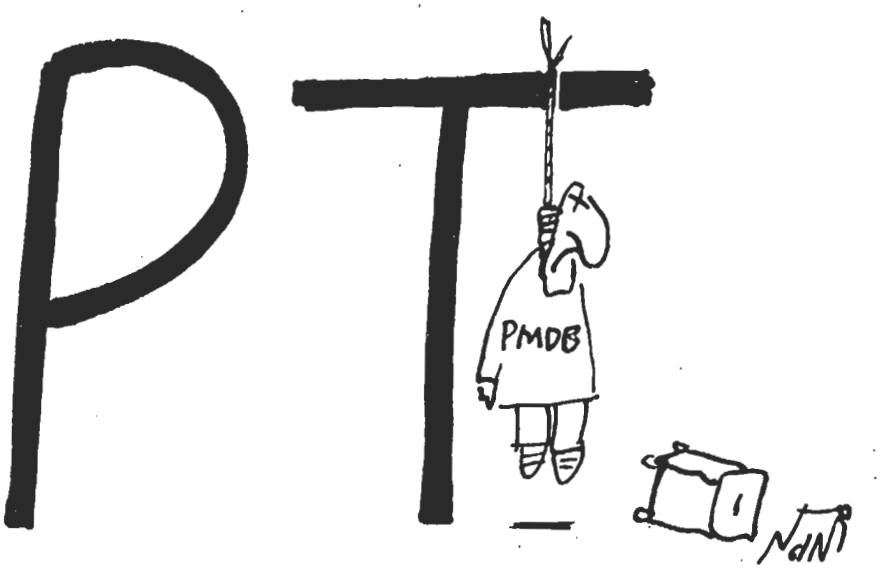
PMDB am Ende?

Damit ist auch klar, welche Partei die Hauptverliererin der Wahl ist: die (noch) Regierungspartei PMDB mit ihrem Vorsitzenden Ulysses Guimaraes. Der reist seit der Verabschiedung der neuen Verfassung durchs Land und läßt sich allerorten als Präsidentschaftskandidat seiner Partei feiern. Zwar steht die PMDB keineswegs mehr geschlossen hinter Sarney, aber hat sich auch nicht von seiner Regierung abgesetzt. Zwei andere Präsidentschaftsanwärter der Partei, Orestes Quêrcia (Gouverneur des Bundesstaat Sao Paulo) und Newton Cardoso (Gouverneur von Minas Gerais), sind durch die Niederlagen der von ihnen persönlich unterstützten Kandidaten erheblich geschwächt worden. Cardoso hat den Grund wohl richtig gesehen: "Wir leiden unter der Last mit einer Regierung identifiziert zu werden, die die Inflation nicht in den Griff bekommt." Und so forderte er gleich die Distanzierung von der Regierung Sarney, deren glühendster Verteidiger er bis zum Tag der Wahlen noch war. Vielleicht ist es gerade dieser Opportunismus, dieses skrupellose Feilschen um die Macht, die der PT die Wähler in die Arme getrieben haben.

Zwar hat die PMDB in einer Reihe von kleineren Städten gut abgeschnitten und kann somit ihre Niederlage etwas beschönigen, aber ihren Niedergang wird das kaum aufhalten. Schon vor der Wahl hatten sich eine Reihe von PMDB-Veteranen ("historicos", Gründer des PMDB - Vorläufers MDB, der einzig legalen Opposition zur Zeit der Militärdiktatur) von der Partei getrennt und die sozialdemokratisch orientierte PSDB gegründet. Auch bei uns bekannt ist einer der Vordenker dieser Partei, der Dependenztheoretiker Fernando Henrique Cardoso, ihr unumstrittener Star ist allerdings der Senator Mario Covas. Für die PSDB ist das Wahlergebnis zwiespältig: Ihr waren alle Chancen eingeräumt worden, in Sao Paulo zu gewinnen, aber nachdem ihr ursprünglicher Kandidat (Ex-Gouverneur und "historico" Franco Montoro) erkrankt war, brach die Kampagne der Partei zusammen. Die Stars wollten sich für die Präsidentschaftswahlen "schonen". Aber immerhin bleibt der Sieg in Belo Horizonte. Nur ist die PSDB keineswegs - wie von manchen erhofft und erwartet - der "shooting star" des Jahres 88 in der brasilianischne Politik geworden. Der Zerfall der PMDB und der

Aufbau einer glaubwürdigeren Perspektive ist doch ein langwieriger Prozeß.

Die PMDB war ursprünglich die Oppositionspartei gegen die Militärs und hat dann die Aufgabe übernommen, den Übergang von der Militärdiktatur zur "Neuen Republik" unter Einbeziehung vieler Anhänger der Militärs zu vollziehen. Sie wurde dabei zu einer "Omnibus - Partei", zum Sammelbecken aller, die an der Macht bleiben wollten und verlor jegliches politische Profil. Jetzt ist aus der Omnibus-Partei eher ein sinkendes Schiff geworden. Und wie sich da die Ratten verhalten, ist ja allgemein bekannt.



"Tür zu!!"

Auch die Rechte siegreich?

Schaut man nach rechts, wird die Einschätzung des Wahlergebnisses erheblich unübersichtlicher. Natürlich gibt es nach einer Wahl fast nur Sieger, aber die Rechte kann tatsächlich auf einige Erfolge in großen Städten (Florianôpolis, Recife) verweisen. Wichtiger aber sind die Ergebnisse auf dem Land. Um diese richtig beurteilen zu können, gibt die Parteizugehörigkeit wenig her, die Wahlen sind Persönlichkeitswahlen, und für viele lokale Politiker greifen Zuordnungen nach dem "rechts - links" Muster noch weniger als sowieso in der brasilianischen Politik. Aber immerhin, Antonio Caiado, der Führer der extrem-rechten Grundbesitzervereinigung UDR proklamierte auch für sich den Sieg: "Es macht keinen Sinn, wenn die PT ihre Siege in den Hauptstädten feiert,

denn die größere Bedeutung liegt beim Landesinneren, und da haben wir einen riesigen Sieg errungen." (Folha de Sao Paulo vom 19.11) So behauptet die UDR, die Kandidaten in ganz verschiedenen Parteien unterstützt hat, im Bundesstaat Goiás 80% der Kandidaten durchbekommen zu haben. Das ist im einzelnen schwer zu überprüfen, aber keineswegs sollte man die Rechte nach den Wahlen für erledigt halten.

Die Kommunalwahlen waren sicherlich ein Test für die Präsidentschaftswahlen im November 1989. Aber ihr Ausgang ist nicht so eindeutig, daß die Kandidatenfrage schon geklärt wäre. Immerhin lassen sich - mit aller Vorsicht - zwei wichtige Schlußfolgerungen ziehen:
1. Die Kandidatur der Linken ist gestärkt: Lula, der Vositzende der PT und Leonel Brizola stehen schon als Kandidaten fest. Aber es hat sich eine bedeutsame Verschiebung ergeben: Beide haben erklärt, im zweiten Wahlgang (den es bei den Präsidentschaftswahlen geben wird) den im ersten Durchgang Erfolgreichen zu unterstützen. Bisher hatte man angenommen, nur Brizola hätte Chancen, in die zweite Runde zu kommen, jetzt erscheint es auch möglich, daß Lula der erfolgreichste Kandidat der Linken in der ersten Runde wird. Lula sieht nun realistisch Chancen, der Nachfolger Sarneys zu werden.

2. Die politische Rechte hat auch deshalb bei den Wahlen in den großen Städten so schlecht abgeschnitten, weil sie stark fraktioniert ist. Aber da ist bis zu den Wahlen noch viel Zeit, um Allianzen zu schmieden. Immerhin, die Rechten haben im Augenblick Schwierigkeiten, einen Star zu finden. Angeboten hat sich schon der jetztige Bürgermeister von Sao Paulo und Alt-Populist Janio Quadros, der schon vor der Militärdiktatur für sieben Monate Präsident war.
Ganz schwer sind nach den Wahlen die Chancen von Mario Covas einzuschätzen. Er wäre sicherlich der geeignete Kandidat für ein kaptitalistisches Modernisierungsprojekt. Die Zukunft seiner Kandidatur wird davon abhängen, inwieweit er Unterstützung für seine Wahl in anderen Parteien findet.Da die Linke mit eigenen Kandidaten in die Wahl zieht, kann er seine Allianzen wohl nur im rechten Lager suchen. Covas könnte unter einem sozialdemokratischen Banner Integrationsfigur für eine Kandidatur werden, die auch von weiten Teilen der Rechten unterstützt wird.

Thomas W. Fatheuer

CHILE

Im Land des organisierten Verbrechens

Monatelang hat das Plebiszit die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und der oppositionellen Parteien in Chile in Anspruch genommen; dabei trat die Frage um die Menschenrechtsverletzungen in den Hintergrund.
Im Zuge der angekündigten "Demokratisierung" nach dem Plebiszit wird ein erneutes General-Amnestiegesetz für die Militärs, ähnlich den Befehlsnotstands- und Schlusspunktgesetzen in Uruguay und Argentinien erwartet.
Einige bürgerliche Parteien, sowie Teile der Kirche scheinen durchaus bereit zu sein, sich im Namen eines vermeintlichen Neuanfanges für eine Aussöhnung zwischen dem Volk und den Militärs einzusetzen.

Dagegen haben sich verschiedene Menschenrechtsorganisationen und Basisgruppen in Chile ausgesprochen und im Mai dieses Jahres den "Pakt zum Kampf gegen die Straflosigkeit" von Menschenrechtsverletzungen veröffentlicht, den bisher 16 Parteien in einigen Punkten unterschrieben haben.

NEIN ZUR STRAFFREIHEIT VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Die Beispiele Argentinien und Uruguay sollten zu denken geben und warnen. In Argentinien, wo mehr als 30.000 Verschwundene zu beklagen sind, werden Menschenrechtsverletzungen nur sporadisch geahndet. Das sogenannte Befehlsnotstandgesetz, "obediencia debida", läßt den größten Teil der Verantwortlichen, in Menschenrechtsverletzungen verwickelten Militärs straffrei ausgehen.
In den vergangenen 4 Jahren hat es keinen Militärprozeß mit einer Verurteilung gegeben, nur 3 Militärjunten sind auf internationalen und nationalen Druck hin zur Verantwortung gezogen worden. Die Regierung Alfonsins will an den Strukturen der Armee nicht rühren. Das Zugeständnis des Amnestiegesetzes soll der latenten Putschgefahr durch die Streitkräfte begegnen. "La Historia oficial" (Titel eines bekannten argentinischen Filmes über die Opfer der Militärdiktatur und der Forderung nach gerechter Bestrafung) muß auch in Argentinien erst noch geschrieben werden.

Uruguay ist ein zweites Beispiel für die Praxis, Amnestiegesetze zwecks Straffreiheit der Militärs zu erlassen. Das uruguayische Militär war erst bereit, die Macht an bürgerliche Parteien abzugeben, als ihnen Amnestie zugesichert worden war.

Auch in Chile gibt es ein schon längst verabschiedetes Amnestiegesetz vom 19. April 1978. Die Schicksale von Tausenden von Ermorde-

ten, Verschwundenen, Gefolterten und Verschleppten im Zeitraum von 73-78 sollen nicht geahndet, sondern vergessen werden. In den 15 Jahren Militärdiktatur in Chile verschwanden mehr als 2.500 Menschen.
Angesichts der permanenten Vergewaltigung von Menschenrechten, die sich jetzt nicht mehr so sehr in Massenverhaftungen und Massen-Verschwindenlassen von Menschen, wie in den 70er Jahren üblich, manifestiert, sondern in gezielter Repression, in Verhaftungen, Verschleppungen und Ermordungen von genau ausgewählten Personen.

angesichts von groß angelegten Einschüchterungskampagnen durch gezielte Hausdurchsuchungen und gleichzeitigem Zerstören von Eigentum in den poblaciones, angesichts gezielter Morddrohungen an Organisationen, Parteimitglieder und Gewerkschafter bis hin zu Künstlern, angesichts dieses Terrorregimes wurde von Menschenrechtsorganisationen in Chile eindeutig Position bezogen: AUSNAHMSLOSE BESTRAFUNG ALLER, DIE DIE MENSCHENRECHTE VERLETZT HABEN.

Wie wenig diese Aufrufe beachtet werden, zeigt der "Fall" von Jorge Cortéz, der als anschauliches Beispiel für die alltägliche Repression und Menschenrechtsverletzung dienen kann:
(s. LN 174, S. 64)

Der "Pakt zum Kampf gegen die Straflosigkeit" von Menschenrechtsverletzungen, der im Mai dieses Jahres nach langen Diskussionen veröffentlicht wurde, enthält klare Forderungen und Positionen. Darin steht, daß die Gerichtsbarkeit in den Dienst des Volkes zu stellen ist, daß diejenigen, die gegen die Diktatur gekämpft haben, Gebrauch von ihrem legalen Recht des Widerstands gemacht haben, daß die Streitkräfte demokratisiert und die Ausübung der Volkssouveränität garantiert werden müssen, daß sie das Amnestiegesetz von '78 nicht anerkennen und jegliches zukünftige Amnestiegesetz ablehnen werden.

Wörtlich heißt es:
"Wir verpflichten uns, Gesetzgebungen wie jene in Argentinien und Uruguay, die eine schwere Vergewaltigung an den Grundprinzipien der Gerechtigkeit darstellen und eine Schande sind, nicht zu akzeptieren."
Sie erklären darin weiter, daß sie immer kämpfen werden für
- die Rechte des Volkes
- die sofortige und bedingungslose Freilassung der angeklagten politischen Gefangenen
- die Auflösung des CNI und aller repressiven Organistaionen
- ein sofortiges Ende der Verbannungen, Ausweisungen und des Exillebens und die ausnahmslose Rückkehr unserer Landsmänner und Landsfrauen
- die Aufklärung jedes einzelnen Falles von Verschwundenen
- die Verurteilung und Bestrafung der intellektuellen Verantwortlichen, Komplizen und Hehler, Schuldigen aller Ränge und Scharfrichter

- die Verurteilung und Bestrafung jeden einzelnen Falles von Gefolterten, Gefangenen, Hingerichteten, Ermordeten in falschen "enfrentamientos" und Gefangenen-Verschwundenen
- eine demokratische Regierung."

(Auszug aus dem Pakt/übers.v.d. Verf.)

16 Parteien haben diesen Pakt unterschrieben, jedoch nur in folgenden Punkten: 1. Forderung nach Aufklärung der Gefangenen-Verschwundenen
2. Forderung anch einer unabhängigen Gerichtsbarkeit
3. Die Nichtanerkennung des Amnestiegesetzes von '78

Die Christdemokraten haben sich bislang zu dem Pakt ausgeschwiegen.

Jedoch trotz 15 Jahre Militärdiktatur mit ihrer parteiischen Gerichtsbarkeit - JUSTITIA ist in Chile prostituiert worden - scheinen die Meinungen in Chile über die Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen auseinanderzugehen. Es gibt gesellschaftliche Gruppen, die durchaus der Meinung sind, daß für einen Neuanfang nach Pinochet ein "punto final", ein Schlußpunkt hinter die Zeit der Militärdiktatur zu setzen sei.
Gruppen, die die Bereitschaft signalisieren, zu vergessen und zu vergeben, um das Aufbrechen gesellschaftlicher Gräben zu vermeiden. Die Kirche, zum Beispiel irrt sich, wenn sie glaubt, daß es eine Aussöhnung zwischen Militärs und dem Volk ohne ausnahmslose Bestrafung der von den Militärs begangenen Verbrechen geben kann.
Bürgerliche Parteien sind auf der Suche, mit den Militärs einen Kompromiß zu schließen. Sie rechnen sich eine Beteiligung an der Macht durch Verhandlungsbereitschaft aus und ebnen damit stillschweigend den Weg zur garantierten Straffreiheit.

Die derzeitige Diskussion um ein erneutes General-Amnestiegesetz unter ähnlichen Vorzeichen wie in Argentinien und Uruguay im Zuge eines "Demokratisierungsprozesses" nach dem Plebiszit würde nichts anderes bedeuten, als einen Persilschein für begangene Verbrechen auszustellen und eine Einladung zur unbedenklichen, da straffreien Fortsetzung von Menschnerechtsverletzungen auszugeben.

Alle, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Zur Verantwortung gezogen werden können sie jedoch nur von Opfern, nicht von denjenigen, die mit dem System paktieren.

Schrottparade

Zur Militärparade am 19. September 1988, dem "Ehrentag des Heeres", hatte Pinochet großen Auftritt. Er mochte noch hoffnungsvoll dem Plebiszit des 5. Oktober entgegengesehen haben, das ihm dann ein massives "Nein" der chilenischen Bevölkerung bescherte, als er mit seinem engen Vertrauten, Verteidigungsminister Patricio Carvajal, im Park O'Higgins in Santiago vorfuhr, um die traditionelle Parade abzunehmen. Das heimische Maisbier "chicha", das ihm als Willkommenstrunk gereicht wurde, war das einzige original-chilenische Produkt, das er an diesem Tag zu sehen bekommen sollte. Die Waffen, die an Pinochet vorbeidefilierten, waren mühsam auf Stand gebrachte Importprodukte oder schlecht geratene Kopien ausländischer Typen, abgekupfert durch eine chilenische Rüstungsindustrie, deren Zukunftsaussichten düster sind.

Eine der vom Regierungsblatt "El Mercurio"[1] groß herausgestellten Waffen war die "israelische Rakete 'mamba'", eine tragbare Panzerabwehrrakete. Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) hatte eine Waffe dieses Typs und Namens produziert, die vor Jahren durch die Cobra 2000 ersetzt wurde. Dem Pressesprecher von MBB ist "schleierhaft", wie jetzt in Chile eine israelische "mamba" auftauchen konnte, denn seine Firma habe weder "mambas" an Chile geliefert noch eine Lizenz an Israel vergeben. Chile hatte 1975 eine unbekannte Zahl von "mambas" von nicht genannter Seite erworben[2].

Beim Anblick der britischen "Blowpipes" mochte den Generälen durch den Kopf gegangen sein, daß diese tragbare Flugzeugabwehrrakete einmal für den heißen Krieg gegen den Kommunismus bestimmt war. Im Dezember 1984 hatte Oliver North den nicaraguanischen Contra-Vertreter Adolfo Calero auf Geheimmission nach Chile geschickt, um 48 "Blowpipes" und acht Abschußgeräte zu kaufen, die gegen die sowjetischen Hubschrauber der sandinistischen Streitkräfte eingesetzt werden sollten. Acht bis zehn Contras sollten in Chile für diese Waffe ausgebildet werden. Das Geschäft kam trotz einer mysteriösen Überweisung von einer Million US-Dollar nach Chile nicht zustande, sei es, daß der Preis zu hoch war, sei es, daß die Regierung Thatcher die notwendige Weiterexportgenehmigung nicht erteilte. Ein weiteres von North eingefädeltes Geschäft mit der privaten chilenischen Rüstungsfirma Cardoen scheiterte daran, daß der Iran-Contra-Handel aufflog.[3]

Bunte Vielfalt

Auch sonst hat es nicht an Versuchen gefehlt, durch Weiterverkauf von Waffen die Kriegskasse der chilenischen Militärs aufzubessern. Noch kurz vor dem Ende des Krieges zwischen Irak und Iran wollte Chile 16 US-Düsenflugzeuge des Typs F-5 für 170 Millionen Dollar an den Iran verkaufen. Unterhändler des Iran boten dem Stabschef der

Luftwaffe, General Ramon Vega, 20 Millionen Dollar für die Transaktion[4]. Die chilenische Luftwaffe kam mit den Flugzeugen nicht mehr zurecht, da die USA wegen der andauernden Menschenrechtsverletzungen keine Ersatzteile lieferten. Wenn der Verkauf zustande gekommen wäre, hätte der Iran dafür gesorgt, daß im Libanon gefangen gehaltene US-Geiseln freigelassen würden. US-Außenminister Schultz stoppte schließlich das Geschäft[5]. Als die Militärs im Vorfeld des Plebiszits vom 5. Oktober untereinander rangelten, wie sie auf ein mehrheitliches "Nein" der Bevölkerung reagieren sollten, wurde das gescheiterte Geschäft mit den F-5 Teil eines "psychopolitischen Krieges" gegen Luftwaffengeneral Matthei[6].

Die chilenischen Rüstungsunternehmen

ASMAR (gehört zur Kriegsmarine) macht Reparaturen, Modernisierungen, entwirft Radaranlagen und baut Barkassen

Complejo Quimico Industrial del Exercito (dt: chemischer Industriekomplex des Heeres) stellt Sprengstoffe und Zünder her

ENAER (gehört zur Luftwaffe) montiert die Flugzeuge Pillan, Casa, Halcon T-38 und Aucan und baut die electronischen Systeme Eclipse, Itata, Calquen und Medusa

FAMIL stellt Luftabwehrartillerie SOG-2mm und Bitubo 20mm her und montiert einfache Maschinengewehre

FAMAE (gehört zum Heer) stellt Munition her

Cardoen (privat) baut Kanisterbomben, Sprengbomben und Zünder, montiert Panzerwagen (Piranha, Orca u.a.) und die Rakete Red Arrow der China North Industrial Corporation

Ferrimar (privat) baut Kanisterbomben und Feuerleitsysteme

Die Schwierigkeit, das Rüstungsembargo der früheren Hauptlieferanten USA und Großbritannien zu umgehen und trotzdem preiswert einzukaufen, führte zu einer bunten Typenvielfalt, die bei komplizierteren Waffensystemen unlösbare Wartungsprobleme schafft. Im Oktober 1988 führte das staatliche Rüstungsunternehmen ENAER in feierlicher Zeremonie den Prototyp eines Düsenflugzeugs "Pantera 514" vor. Es handelte sich um einen der sechzehn 1980 von Frankreich gekauften Mirage 50. Das rüstungstechnisch seit den siebziger Jahren überholte Flugzeug war während der acht Jahre seit dem Kauf mit Hilfe der "Israel Aircraft Industries" modernisiert worden[7]. An dem roll out des Prototyps nahm der für Flugzeugbau zuständige israelische General Geba teil[8].

Sorgen machen den chilenischen Streitkräften die unterschiedlichen, über die einzelnen Waffengattungen verteilten Hubschraubertypen. Der UH 1, mit dem die Luftwaffe fliegt, stammt aus den USA, das Heer

benutzt den "Puma" aus Frankreich[9]. Schließlich entschied sich die Junta zur Vereinheitlichung und wollte die gesamten Streitkräfte mit dem bundesdeutschen BO-105 (MBB) ausrüsten. Zunächst bekamen die Carabineros elf BO-105, ein weiteres in Einzelteile zerlegtes Exemplar ging an das der Luftwaffe unterstehende Rüstungsunternehmen ENAER, das eine Lizenzfertigung mit MBB verabredet hatte[10]. Was dann geschah, spielt sich im für die chilenische Beschaffungspolitik typischen Halbdunkel ab. Auf der Luftfahrtausstellung FIDA im März 1986 stellte der private Rüstungsfabrikant Cardoen das Holzmodell eines Hubschraubers aus, mit dem er in Produktion gehen wollte. Es sah dem BO-105 so ähnlich, daß MBB mit einem Prozeß drohte, falls Cardoen abkupfere. Die Verhandlungen mit ENAER über die Lizenzfertigung des MBB-Hubschraubers traten derweilen auf der Stelle. 1988 schließlich beschlossen die chilenischen Streitkräfte den Kauf weiterer französischer "Pumas"[11]. Zugleich kündigte Carlos Cardoen für die Pariser Luftfahrtausstellung 1989 einen "mit Hilfe eines internationalen Unternehmens" gefertigten Hubschrauber an[12].

Niemand traut der chilenischen Industrie zu, Hubschrauber nachbauen zu können. Die Leistungsgrenze der chilenischen Rüstungsindustrie liegt bei vom Ausland übernommener, mittlerer Technologie wie der beiden in Chile gefertigten Flugzeuge, dem "weitgehend auf Komponenten bereits bestehender Flugzeugtypen" basierenden "Pillan" (zusammen mit Piper Aircraft/USA)[13] und der von Spanien (Firma Casa) gebauten und in Chile endmontierten CASA C-101. Beides sind schlichte propellergetriebene Ausbildungsflugzeuge, die aber bewaffnet werden können.

Nicht seetüchtig, aber geschäftstüchtig

Die chilenische Kriegsmarine hat antiquierte, z.T. nicht seetüchtige Schiffe wie die aus dem zweiten Weltkrieg stammenden Zerstörer des Typs "Sumner" (USA) oder den in den sechziger Jahren in Großbritannien gebauten Zerstörer des Typs "County", der "zwar nicht überaltert, aber unnütz ist und zum Ausverkaufspreis an Chile verkauft wurde"[14]. Einige dieser Schiffe eignen sich eher für Offiziersbankette im Hafen als für hohen Seegang. Vielfältig und deshalb schwierig zu handhaben ist die Bewaffnung der Schiffe und der Marinesoldaten.

Aber die Marine hat zwei Glanzstücke: die beiden von der bundesdeutschen Howaldswerke-Deutsche Werft und dem IKL (Ingenieurkontor Lübeck) gelieferten U-Boote des Typs 209/3. Mit diesen U-Booten zusammen erhielt das der Kriegsmarine gehörende Rüstungsunternehmen ASMAR eine Wartungswerft. 1987 wurde in der südchilenischen Hafenstadt Punta Arenas die "Sociedad del Astillero del Estrecho de Magallanes" (dt: Wertfunternehmen Magallanstraße) eingeweiht, ein Gemeinschaftsunternehmen zu gleichen Teilen der staatlichen zur Marine gehörenden Werft ASMAR und des südafrikanischen Waffenherstellers Sandock-Austral. Das Unternehmen wartet und repariert Schiffe von maximal 130 m Länge und 4'000 t. ASMAR baut lediglich einige leichte Schiffe[15]. Da aber im militärischen Schiffsbau die Elektronik einen

erheblichen Wertanteil ausmacht, kann ASMAR für Chile und befreundete Länder ein strategisch wichtiges Unternehmen sein. Da im weiten Umkreis keine ähnliche Werft vorhanden ist, soll das neugegründete Unternehmen auch kommerziellen Zwecken dienen. Nachdem die USA Israel den Waffenhandel mit Südafrika untersagt haben, eröffnet sich dem Apartheid-Regime durch das Gemeinschaftsunternehmen ein Zugang zu militärischer Technologie, den es zur Aufrechterhaltung seines Kriegsapparats dringend braucht[16]. Für die Republik Südafrika ist Chile "die Eingangstür nach Lateinamerika", so Fred Bell, ein Vertreter der südafrikanischen Waffenfirma ARMSCOR[17].

Die chilenischen Streitkräfte halten ihre Kontakte zu Südafrika geheim. Bekannt ist, daß Chile südafrikanische Raketen des Typs "Cactus" erhielt, daß Südafrika chilenische Offiziere ausbildet[18] und daß Cardoen mit ARMSCOR 1986 über den Kauf von Luft-Luft-Raketen verhandelte, die von Hubschrauberpiloten mit Hilfe eines Spezialhelms ins Ziel gelenkt werden können, der die Stellung der Pupille mißt[19].

Die chilenische Kriegsmarine wurde seit dem Militärputsch systematisch vernachlässigt. Innerhalb der vier Waffengattungen ist die Marine die Hauptkonkurrenz Pinochets. In einer Militärdiktatur haben die Landstreitkräfte - also das von Pinochet befehligte Heer und die Carabineros General Stanges - ein übergewicht, da sie als einzige die Aufgabe der Repression flächendeckend erfüllen können. Die chilenische Marine verfügt über zwei Stützpunkte, die sie vollständig kontrolliert: Talcahuano und Valparaiso. Zwei weitere Stützpunkte - Punta Arenas und Iquique - muß sie mit anderen Waffengattungen teilen. Diesen territorialen Nachteil versucht die Marine ähnlich wie die Luftwaffe durch ein möglichst großes Stück am Kuchen des Militäretats und durch eine Aufwertung von ASMAR gegenüber den entsprechenden Unternehmen der anderen Waffengattungen wettzumachen. Die bundesdeutschen U-Boote, die geliefert wurden, weil sie für den Straßenkampf nicht eingesetzt werden können und angeblich innenpolitisch neutral sind, gewinnen auf diese Weise Gewicht innerhalb der Konstellationen des Militärataats.

Die chilenische Rüstungsindustrie

Chile ist der drittgrößte Waffenexporteur Lateinamerikas. Auch Kritiker des Regimes verweisen achselzuckend auf den Erfolg der chilenischen Rüstungsindustrie, die nach dem Waffenembargo gegen das Pinochet-Regime entstand. Wie ist es zu erklären, daß ein Land, dessen Industrie von neoliberalen ökonomen bewußt der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt und zum großen Teil dabei zerstört wurde, Rüstungsgüter exportiert?

Die chilenische Jesuitenzeitung "Mensaje" nannte den komparativen Vorteil der chilenischen Rüstungsindustrie beim Namen: sie schert sich nicht um die international geltenden Normen und um die Moral. Rücksichtslos wurden die geächteten Splitterbomben an die Kriegsgegner Iran und Irak geliefert. Preisvorteile versucht sich Chile durch Abkupfern von anderswo mit hohen Forschungs- und Entwick-

lungskosten entwickelten Waffen zu verschaffen. 1987 wurde durch gezielte Indiskretion ein "Projekt Kormoran" bekannt, bei dem es um ein nicht näher beschriebenes Dreiecksgeschäft ging, in das Franz Josef Strauß, die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU), MBB und Spitzenoffiziere des berüchtigten, inzwischen in CNI umbenannten Geheimdienstes DINA verwickelt waren[20]. MBB, das eine Rakete mit dem Namen "Kormoran" baut, leugnet ab. Offenbar ist das "hochkomplizierte" Projekt gescheitert.

Zu den wichtigsten Exportgütern der chilenischen Rüstungsindustrie gehören die Panzerwagen von Cardoen, darunter eine Lizenzfertigung des "Piraña" der schweizer MOWAG. Die "Pirañas" vervollständigen die reiche Palette US-amerikanischer Panzer (Shermans aus dem zweiten Weltkrieg oder aus modernisierten israelischen Altbeständen), französischer Panzer (AMX-30), brasilianischer ("Urutu EE-11") und südafrikanischer[21] Panzerwagen. Die Panzerwagen sind in den Elendsvierteln Santiagos ein vertrautes Bild, denn sie dienen vor allem der Kriegsführung nach innen.



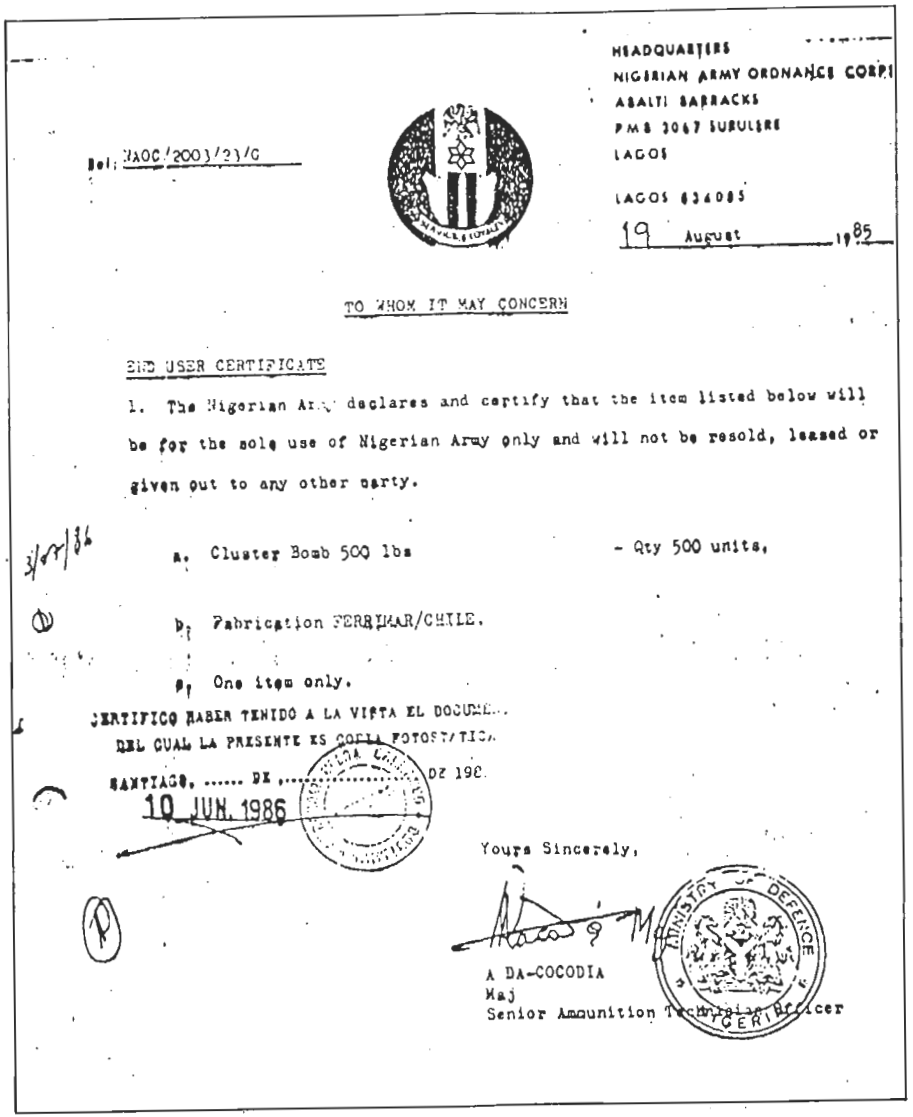
Cardoen-Panzerwagen Piraña

Wenn sich der Chef persönlich einmischt

Die großen Exportschlager aber waren bis zum Ende des irakisch-iranischen Krieges die Splitterbomben der privaten Konkurrenten im chilenischen Waffenbau, Cardoen und Ferrimar. Cardoen belieferte den Irak, Ferrimar den Iran. 1986 verwickelten sich beide Firmen in Grabenkämpfe, bei denen Pinochet schließlich selbst ein Machtwort sprach. Im Januar 1986 reisten Vertreter von Ferrimar in den Iran, um die übergabe und Erprobung von 100 Kanisterbomben[22] WB-500 FC ("Avispa", dt: Wespe) zu koordinieren. Insgesamt wollte Iran 500 Bomben kaufen. Diese Bomben enthalten zwischen 100 und 248 "Bombletten", die über ein großes Areal verstreut meist als Splitterbomben explodieren. Der Transport wurde über die Race Aviation abgewikkelt[23], ein kleines Flugtransportunternehmen mit Sitz in Madrid, und

von Fernando Perez Garcia bezahlt, einem Vertreter von Ferrimar. Race Aviation wickelte mit seinem einzigen Flugzeug, einer Boeing 707 ohne Firmenzeichen, im Juli 1986 einen Flug mit von Oliver North beschafften Waffen in den Iran ab[24]. Für den Transport der Bomben in den Iran wurde ein falsches Endverbrauchszertifikat der Beschaffungsstelle der nigerianischen Armee benutzt. Erste Versuche des Iran mit den chilenischen Bomben verliefen unbefriedigend und machten technische Veränderungen wie eine Verringerung des Durchmessers der Bombe auf 400 mm notwendig. Im Juni 1986 wurden 180 Bomben in den Iran transportiert. Während eines Probeflugs stürzte eine iranische "Phantom" ab. Der Iran vermutete Sabotage. Auch nach der Entsendung von Technikern der staatlichen chilenischen Rüstungsfirma FAMAE, die weiter an den technischen Problemen arbeiteten, zahlte Iran die Rechnung für die gelieferten Bomben nicht. Dies bracht Ferrimar in finanzielle Schwierigkeiten. Der Chef von Ferrimar, Aldo Pesce Frings, wurde bei Pinochet vorstellig, der eine Lösung versprach. Pinochet beauftragte Ende Oktober General Julio Bravo Valdes vom Kommando für Rüstungsindustrie und Ingenieurwesen, Ferrimar die Ausfuhr von Waffen in alle Länder außer an Chile grenzende und kommunistische zu erlauben. Pinochet wies FAMAE und andere Stellen der chilenischen Streitkräfte an, in Zukunft Ferrimar gegenüber Cardoen zu bevorzugen. Daraufhin kaufte FAMAE im November 1986 130 Bomben WB-500 FC, die im FAMAE-Werk in Talagante gelagert wurden. Auf Druck hoher Heeresoffiziere wickelte Banco O'Higgins das Geschäft ab. Ramon Vega, dem wir bereits bei dem gescheiterten Verkauf der F 5 an den Iran begegneten, stellte im November 1986 Ferrimar den Luftwaffenstützpunkt Cerro Moreno in Antofagasta für Versuchsabwürfe seiner Bomben zur Verfügung und schaltete im Dezember seinen Schwiegersohn, den Engländer Bernard Barmida, als Waffenhändler für Ferrimar ein. Nachdem Aldo Pesce von technischen Problemen des Irak mit den Kanisterbomben seines Konkurrenten Cardoen erfahren hatte, bot er dem Irak seine eigenen Bomben an. Ob dieses Geschäft zu Stande kam und wie der Handel mit dem Iran ausging, ist nicht bekannt[25]. Nach dem Ende des irakisch-iranischen Krieges sieht die Zukunft der auf kurzfristige Exportgewinne angelegten chilenischen Rüstungsindustrie düster aus.

Wie die Marine muß auch die Luftwaffe ihre territoriale Unterlegenheit gegenüber dem Heer wettmachen. Hinter dem Kampf Cardoens mit Ferrimar steht die Kraftprobe zwischen Luftwaffe (ENAER mit den Verbindungen zu Cardoen) und dem Heer (FAMAE mit Ferrimar). In dieser Auseinandersetzung kommt dem Zugang zum ausländischen Waffenmarkt mit all seinen technischen und politischen Kontakten große Bedeutung zu, da der inländische Bedarf zu klein ist, um die Produktionsapparate auszulasten. Zu den rührigsten Kurieren im Getümmel des internationalen Waffenhandels gehört der Carabinero-Oberst Juan Canzino. Canzino ist ein Mann Pinochets bei den Carabineros. Er ist Staatssekretär im Sekratariat für die Carabineros im Verteidigungsministerium (es gibt für jede Waffengattung ein solches Sekretariat), trat nach dem Plebiszit vom 5. Oktober 1988 mit dem gesamten Kabi-



HEADQUARTERS
NIGERIAN ARMY ORDNANCE CORPS
ABALTI BARRACKS
PMB 3067 SURULERE
LAGOS

LAGOS 834085

Ref: NAOC/2003/23/G

19 August 1985

TO WHOM IT MAY CONCERN

END USER CERTIFICATE

1. The Nigerian Army declares and certify that the item listed below will be for the sole use of Nigerian Army only and will not be resold, leased or given out to any other party.

a. Cluster Bomb 500 lbs - Qty 500 units.

b. Fabrication FERBMAR/CHILE.

c. One item only.

CERTIFICO HABER TENIDO A LA VISTA EL DOCUME...
DEL CUAL LA PRESENTE ES COPIA FOTOSTATICA.
SANTIAGO, ... DE ..... DE 198.
10 JUN. 1986

Yours Sincerely,

A DA-COCODIA
Maj
Senior Ammunition Technical Officer

Endverbleibszertifikat der nigerianischen Armee

nett zurück und wurde von Pinochet in dasselbe Amt wieder eingesetzt. Bei dieser Kabinettsneubildung war Linientreue Pinochets oberstes Gebot. Canzino reist regelmäßig nach Südafrika und lebte einige Zeit im Iran. Er hat gute Beziehungen zur bundesdeutschen Botschaft in Santiago.

Krieg nach innen

Unter der Militärregierung wurde die alle zwei Jahre stattfindende Luftfahrtausstellung FIDA eingeführt. Von einigen potenten US-Ausstellern wegen der Beteiligung Südafrikas gemieden[26], hat die Ausstellung außer den aus ausländischen Komponenten montierten Ausbildungsflugzeugen "Pillan" und CASA und Raritäten wie dem erwähnten Holzhubschrauber von Cardoen an Fluggerät wenig zu bieten. Umso reichhaltiger ist das Angebot an Material zur Aufstandsbekämpfung. Südafrika brauchte zwei Kriegsschiffe, um all seine Schußwaffen, Krähenfüße, Granatwerfer und Fahrzeuge nach Chile zu bringen. Eine besondere Attraktion der südafrikanischen Aussteller war ein Fahrzeug, das in 15 Sekunden einen Zaun mit einem Radius von 140 m zieht, um "den Mob dialogbereit zu machen"[27].

Vom Anwachsen des chilenischen Militärhaushalts um 92,1% zwischen 1973 und 1981 profitierten vor allem der Geheimdienst, die Carabineros und das Heer, diejenigen Teile der Streitkräfte also, die am stärksten in die Repression verwickelt sind[28]. Pinochet benutzte diese Steigerungen, um seine Hausmacht auszubauen. Die Zahl der Generäle stieg von 17 (1973) auf 57 (1988). Die meisten neugeschaffenen Generalsstellen gehören zum Heer; mindestens 35 Heeresgeneräle haben Funktionen im Staatsapparat. Seit dem Putsch stellen die Streitkräfte die Intendentes (Gouverneure), die in den einzelnen Landesteilen die militärische und politische Macht in ihrer Person vereinen. Die meisten Gouverneure sind Heeresoffiziere. Sie erhalten neben ihrem Sold das Gouverneursgehalt und Einkünfte von kommunalen Körperschaften, in deren Aufsichtsräten sie sitzen. Der Geheimdienst CNI verfügte 1987 über etwa 12 Millionen Dollar[29]. Die Haushaltsmittel für die ebenfalls ins Repressionssystem eingegliederte Kriminalpolizei ("Investigaciones") stiegen von 18,5 Millionen Dollar (1973) auf heute 55 Millionen Dollar. Die Gesamtzahl der chilenischen Soldaten stieg von 75'000 (1973) auf 130'000 (1986). Der chilenische Staat gibt für einen Uniformierten (Personalkosten ohne Pensionsgelder) fünf mal so viel aus wie für einen Universitätsstudenten und zehn mal soviel wie für Beschäftigte in den Mindestbeschäftigungsprogrammen PEM und POJH[30].

Vor dem Putsch 1973 gab es eine Diskussion, ob das chilenische Militär professionell - also eine Verteidigungstruppe im Rahmen eines demokratisch verfaßten Staates - oder politisch sei. Es hat einen Militärstaat aufgebaut, in dem alle Funktionen, selbst die der formal beibehaltenen Gewaltenteilung, dem Ziel der Aufrechterhaltung einer elitären Macht untergeordnet sind. Das neue Gefechtsfeld verläuft zwischen Repression und Bereicherung.

Peter Neupeter

Anmerkungen

1) El Mercurio Internacional, 15.-21. September 1988
2) Cristian Gazmuri: Las armas Chilenas 1975-1982; in: Defensa y desarme, September - Dezember 1985

3) Quelle zu diesem Absatz: Peter Kornbluh: The Chilean Missile Caper; The Nation (New York), 14 Mai 1988
4) Analisis, 24. Oktober 1988
5) Frankfurter Rundschau, 20. 10. 1988
6) Analisis, 24. Oktober 1988. In dieser Auseinandersetzung spielt eine anonyme Geburtsanzeige im 'Mercurio' eine Rolle, aus der herausgelesen werden kann, daß der strenggläubige Lutheraner Matthei ein uneheliches Kind gezeugt hat.
7) Aviation Week & Space Technology, 17. August 1987
8) El Mercurio, 15. Oktober 1988
9) 1974 kaufte Chile 10 SA 330 "Pumas"
10) Technologia Militar 3/86
11) Die chilenische Marine soll 1990 vier "Super-Pumas" zur U-Bootsuche und vier Dauphin-Hubschrauber erhalten, die zusammen mit anderem Ausrüstungsmaterial 210 Millionen Dollar kosten (FR, 7. 4. 88)
12) Military Technology 7/88
13) Internationale Wehrrevue 4/82
14) Cristian Gazmuri: Las armas chilenas 1975-1982; in: Defensa y Desarme, September - Dezember 1985
15) ASMAR baut zusammen mit französischen Technikern das Landungsboot "Batral" (Bateau de Transport Légere); Mensaje, Juni 1984
16) Quelle zu "Sociedad Astillero...": Cauce 133, Nov. 1987. Der Zugang zu hochentwickelter Rüstungstechnologie über das Drittland Chile ist für Südafrika wichtig, da es einige Waffentypen (den von ARMSCOR nachgebauten Hubschrauber "Puma") oder Pläne dazu (die Blaupausen der U-Boote der Howaltswerke-Deutsche Werft) mit Chile gemeinsam hat.
17) Cauce 150, 17. März 1988
18) Beide Informationen in Mensaje, Juni 1986. Hier wird auch der Luftwaffenoffizier Roberto Fuentes Morrison erwähnt, der im Oktober 1985 einen "Kurs für Fingerabdrücke" in Südafrika unterbrechen mußte, um sich in Santiago vor Gericht wegen des "Verschwindens" politischer Gefangener zu verantworten. Weitere Kontaktleute zu Südafrika sind der an anderer Stelle erwähnte Juan Canzino und der nach der Umbildung der DINA in den CNI nach Südafrika versetzte, an der Ermordung Orlando Leteliers mitverantwortliche Pedro Espinoza.
19) Noticias Aliadas, 17. April 1986
20) Analisis, 3. August 1987
21) Cauce 133, 9. November 1987
22) engl. "cluster bombs"
23) Andere Transportmittel in die Golfregion waren irakische Flugzeuge, die auf dem Flugplatz von Santiago beladen wurden, und das dänische Schiff "Arctis Carrier".
24) The National Security Archive (Hg): The Chronology, New York 1987, S. 409
25) Die Informationen in diesem Abschnitt beruhen auf eigenen Recherchen und dem Autoren zugegangenen Informationen.
26) Bei der FIDA 1988 überflogen zwei US-amerikanische F 16 das Ausstellungsgelände El Bosque bei Santiago, landeten aber auf dem Flugplatz Pudahuel. Die Zeitschrift Analisis (21. März 1988) führt dies auf die Teilnahme Südafrikas an der FIDA zurück.
27) Analisis, 21. März 1988
28) Mensaje, Juni 1984
29) Zeitschrift Hoy, Wirtschaftsbeilage Mai 1986
30) Zeitschrift Hoy, Wirtschaftsbeilage Mai 1986

Neues aus der Colonia Dignidad

Im vergangenen Jahr haben die Lateinamerika Nachrichten bereits mehrfach über die Colonia Dignidad, das von einer deutschen Sekte betriebene Landgut in Südchile, berichtet (Schwerpunktthema in LN 166, außerdem in LN 167, 168, 169, 171).
Nach dem Ortstermin in dem seit über 10 Jahren währenden Zivilprozeß zwischen der Colonia Dignidad und der deutschen Sektion von amnesty international sowie dem "Stern" Ende April/Anfang Mai 1988 ist es sowohl in Chile als auch in der Bundesrepublik etwas ruhiger geworden. Passiert ist trotzdem eine ganze Menge.

Fortgang des Prozesses Colonia Dignidad / Amnesty

Das Landgericht Bonn hatte in seinem Beweisbeschluß vom 15. Dezember 1981(!) die chilenische Justiz nicht nur gebeten, die örtlichkeiten vor und in der Colonia Dignidad zu überprüfen, sondern auch um Vernehmung von über 20 Personen ersucht, meist Mitglieder der Sekte. Dies waren Anfang August

- Albert Schreiber, ca. 50 Jahre alt, Mitglied im Direktorium der Colonia Dignidad
- Ingrid Pölchen, Schneiderin,
- Hermann Schmidt, 73 Jahre alt, nomineller Leiter der Colonia Dignidad
- Hans-Jürgen Blanck, ca. 50 Jahre alt, Mitglied im Direktorium und zuständig für die Rechtsangelegenheiten der Gruppe
- Gerd Seewald, 66 Jahre alt, Leiter der Schule der Gruppe und des Archivs, in dem die Daten der Sektenmitglieder gesammelt werden
- Wolfgang Müller, 38 Jahre alt, Pilot und Kameramann der Gruppe
- Paul Schäfer, 67 Jahre alt, Führer der Gruppe

Erwartungsgemäß waren die Ergebnisse der Vernehmungen mehr als dürftig. Jedoch wurden einige interessante Kleinigkeiten zutage gefördert. So räumte Gerd Seewald ein, daß es auf dem Gelände der Colonia Dignidad tatsächlich eine zweite Holzbrücke gegeben habe. Eine solche Brücke war von den chilenischen Zeugen wahrgenommen worden. Die Existenz einer solchen Brücke war von der Colonia Dignidad im Prozeß jahrelang bestritten worden. Seewald berichtete auch von zwei weiteren Wegen zum Gut, was bisher ebenfalls abgestritten wurde.

Auch die Anwesenheit des Geheimdienstagenten Muñoz Alarcón ("Kapuzenmann" im Nationalstadion) in der Colonia Dignidad, der 1977 - kurz nachdem er vor dem Solidaritätsvikariat der katholischen Kirche ausgesagt hatte, daß er zur Ausbildung in der Kolonie war und dort "Verschwundene" gesehen habe - ermordet aufgefunden worden war, wurde nicht mehr abgeleugnet. Allerdings behauptete Albert Schreiber, daß Muñoz Alarcón nicht 1975 sondern im Mai 1973, vier Monate vor

dem Putsch, für einige Tage auf dem Gut gewesen sei. Dies kann durchaus den Tatsachen entsprechen, da die Colonia Dignidad vor dem Putsch rechtsradikalen Kreisen als Stützpunkt diente.

Die Vernehmung von Paul Schäfer dürfte einen gewissen Unterhaltungswert gehabt haben. Er wurde nicht wie die anderen im Amtsgericht von Parral vernommen, sondern im Krankenhaus der Kolonie. Hartmut Hopp, der Arzt der Kolonie, hatte Schäfer als herzkrank und transportunfähig bezeichnet, worauf die Untersuchungsrichterin Lidia Villagrán die Vernehmung in der Kolonie anordnete. Nach Aussagen von Máximo Pacheco, Rechtsanwalt von amnesty international, machte Schäfer einen durchaus munteren Eindruck, er habe keineswegs todkrank sondern sehr gesund gewirkt. Von Folter und Geheimdienst in der Kolonie wollte er nie etwas gehört haben. Dies sei "Blödsinn" und "unzutreffend". "DINA? Mir völlig unbekannt!" faßte die taz am 9. 8. 1988 die Aussage Schäfers sehr zutreffend zusammen.

Kleinkrieg zwischen deutscher Botschaft und Colonia Dignidad

Jahrelang hat die deutsche Botschaft in Chile vor den Vorgängen in der Colonia Dignidad die Augen zugemacht und sogar aktiv Hilfe geleistet. Das ist seit einigen Monaten vorbei. Nicht zuletzt die Sekte selbst hat dies verursacht.

Es begann mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Konsul Dieter Haller im August 1987, da dieser sich weigerte, Lebensbescheinigungen auszustellen, ohne daß die betreffenden Personen in der Botschaft erschienen waren. Außerdem verlängerte er den Paß von Paul Schäfer nur für zwei Jahre und nicht für vier. Die Dienstaufsichtsbeschwerde ist inzwischen zurückgewiesen.

Es ging weiter mit einer Anzeige gegen den Botschaftsrat Ulrich Spohn, der sich im April 1988 nach der Flucht und Rückkehr von Sektenmitglied Jürgen Szurgelies in der Colonia Dignidad bemühte, mit dem 24jährigen Kontakt aufzunehmen. Die Leitung der Sekte erstattete gegen ihn und Konsul Kriegler eine Anzeige wegen "verfassungswidriger Einmischung in das Familienleben". Das Gericht in Chillán ließ die Klage zu. Auch der Oberste Gerichtshof bestätigte die Zulässigkeit der Ermittlungen, obwohl Spohn und Kriegler diplomatische Immunität genießen. Der Gerichtshof stufte den "Schutz von Privatleben" und die "Ehre der Familie" als höheres Rechtsgut gegenüber internationalen Konventionen zur Immunität von Diplomaten ein. Ein scharfer Protest von Außenminister Genscher Anfang August und ein persönliches Gespräch mit Außenminister Ricardo García Rodríguez Ende September am Rande der UN-Vollversammlung brachte die Chilenen zum Einlenken. Sogar UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar war eingeschaltet worden. Der Oberste Gerichtshof relativierte seine Aussage zur Aufhebung der Immunität von Spohn und Kriegler, das Gericht in Chillán wies die Klage zurück. Dieses Urteil bestätigte der Oberste Gerichtshof Anfang Oktober.

Nun auch strafrechtliche Ermittlungen in Chile

Seit 1985 ermittelt der Bonner Staatsanwalt Gawlik gegen die führenden Mitglieder der Colonia Dignidad wegen der internen Vorgänge auf dem Gut. Freiheitsberaubung und Körperverletzung sind unter anderem die Gegenstände des Verfahrens. Auf diplomatischen Druck ist die chilenische Justiz jetzt offensichtlich bereit, auch in diesem Verfahren mitzuwirken. Der Oberste Gerichtshof hat ein Rechtshilfeersuchen der Bonner Staatsanwaltschaft angenommen. Die selbe Richterin wie in dem Verfahren Colonia Dignidad/amnesty international soll den Fragen nachgehen, ob die Sektenmitglieder auf dem Gut gefangengehalten und mißhandelt werden. Auch in diesem Verfahren wird sie auf den Rechtsanwalt Máximo Pacheco treffen, denn er ist von der deutschen Botschaft mit der Wahrnehmung der Interessen der Bonner Staatsanwaltschaft beauftragt worden.

Inzwischen liegen auch schon die ersten Reaktionen der Sekte auf den neuen juristischen Angriff vor. In einem Zeitungsinterview (El Mercurio, 17. 10. 1988) erklärte Hartmut Hopp, der "Außenminister" der Colonia Dignidad, ausschließlich chilenische Gerichte dürften sich mit angeblichen Vorkommnissen in Chile beschäftigen, alles andere sei ein Eingriff in die Souveränität Chiles. Der chilenische Oberste Gerichtshof hat dies offensichtlich anders gesehen.

Strafanzeigen und Klagen in Deutschland

Auch in der Bundesrepublik war die Colonia Dignidad nicht untätig. Hugo Baar, Gero Gemballa und Wolfgang Kneese wurden mit Strafanzeigen und Zivilklagen überzogen.

Hugo Baar, ehemals führendes Mitglied der Sekte, hatte die Gruppe 1984 verlassen und bestätigte am 22. 2. 1988 vor dem Unterausschuß für humanitäre Fragen des Deutschen Bundestages im wesentlichen die Behauptungen über die Terrorherrschaft in der Colonia Dignidad (vgl. LN 169). Daraufhin verklagte die Sekte Baar in einem Zivilverfahren vor dem Landgericht Köln auf Unterlassung der Behauptungen. Man darf gespannt sein, wie lange das Landgericht Köln sich mit diesem Prozeß beschäftigen wird, da auch hier Ermittlungen in Chile unumgänglich sein werden.

Ein Ermittlungsverfahren, eingeleitet durch eine Anzeige der Sekte gegen den Journalisten Gero Gemballa und Wolfgang Kneese, einen Sprecher der Verwandtengruppe (s.u.), läuft seit Dezember 1987. Beiden wird vorgeworfen, bei ihren Recherchen am Haus der Sekte in Troisdorf-Heisterschoß die Tür des Hauses der Sekte demoliert zu haben.

Ein Zivilverfahren gegen Gero Gemballa vor dem Landgericht Köln wegen diverser Behauptungen in den zahlreichen Berichten des Journalisten über die Waffenschiebereien der Colonia Dignidad und anderes ist noch anhängig.

Mysteriöser Überfall auf das Wohnhaus der Sekte in Heisterschoß bei Siegburg

Am 30. 11. 1988 wurde auf das Wohnhaus der Privaten Socialen Mission in Heisterschoß, Südweg 32, ein mysteriöser Überfall verübt. Nach Aussagen der Sektenmitglieder drangen zwischen 18.00 und 19.30 Uhr fünf Männer und zwei Frauen in das Haus ein. Sie durchsuchten die Villa nach Waffen und sperrten die Frauen und den Dignidad-Repräsentanten Alfred Matthusen in einen Kellerraum ein. Anschließend flüchteten sie mit dem sekteneigenen VW-Bulli, der einige Kilometer weiter abgestellt wurde. Laut Presseerklärung des Rechtsanwaltes der Sekte Gatzweiler aus Köln konnte sich eine Frau nach etwa einer Stunde aus dem Kellerraum befreien und die Polizei benachrichtigen. Neben Akten und Videobändern sollten auch Schecks und DM 10'000 in bar gestohlen worden sein. Matthusen wurde im Krankenhaus ambulant behandelt.
Die Polizei überprüfte, nachdem sie zum Tatort geeilt war, weitere Einrichtungen der Privaten Socialen Mission, nämlich den Lebensmittelladen in der Mühlenstraße 54 in Siegburg und das Lager in der Bonner Straße in Hennef. Zur Erhellung der Vorgänge trug dies aber offensichtlich nicht bei.
In Siegburg kursieren zwei Erklärungsversuche: Entweder handelt es sich um einen von der Sekte inszenierten Überfall, um damit aus der publizistischen Defensive herauszukommen, oder es war tatsächlich ein Überfall von Leuten, die Beweismaterial für die Machenschaften der Sekte in die Hände bekommen wollten. Rechtsanwalt Gatzweiler griff jedenfalls alle die an, die in den vergangenen Monaten über die Aktivitäten der Colonia Dignidad Aufklärung gefordert haben. Diese Gruppen (gemeint waren wohl die Siegburger Jusos, die Grünen, die Jungen Liberalen und die "Verwandtengruppe") wurden als geistige Urheber der Taten dargestellt.
Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Bonn mitgeteilt, daß die Behauptungen über den Diebstahl von Schecks und DM 10'000 nicht der Wahrheit entsprachen. Geld und Schecks fanden sich - wie wundersam - im Nebenzimmer an. Es bleibt abzuwarten, ob sich auch die anderen Rätsel des Überfalls lösen.

Kaum zu glauben, daß die Führungsgruppe der Colonia Dignidad noch die übersicht über die verschiedenen juristischen Auseinandersetzungen behalten kann.

Die Verwandtengruppe ist aktiv

Am 16./17. April 1988 hat sich eine Gruppe von Verwandten von Angehörigen der Colonia Dignidad gegründet. Sie bemüht sich um Kontakt zu ihren Verwandten und versucht, alle möglichen Wege zu nutzen, "um das Problem Colonia Dignidad zu lösen". Die Gruppe, die

sich den Namen "Not- und Interessengemeinschaft für die Geschädigten der 'Colonia Dignidad'" gegeben hat, besteht aus etwa 130 Mitgliedern, die über das ganze Bundesgebiet von München bis Hamburg verstreut leben. An der Spitze der bezüglich Alter, Beruf, politischer überzeugung sehr heterogenen Gruppe stehen sieben gleichberechtigte Sprecher. Einer von ihnen ist Wolfgang Kneese, das erste Sektenmitglied, dem 1966 die Flucht aus der Kolonie geglückt war.



Die Verwandtengruppe ist aktiv

Die Verwandtengruppe hat mit vielfältigen Aktivitäten (Info-Abenden, Filmvorführungen, Flugblattaktionen, Unterschriftensammlungen) zu einem guten Teil dazu beigetragen, daß die Lateinamerika-Referenten im Auswärtigen Amt sicherlich einige schlaflose Nächte und lange Arbeitstage hatten, aber auch, daß Außenminister Genscher die Angelegenheit zu "Chefsache" erklärt hat. In einem Brief an die Verwandtengruppe betonte Genscher allerdings, daß das Auswärtige Amt in der Sache auf die juristischen Möglichkeiten beschränkt sei.

Die Gruppe hat erkannt, daß "das Problem Colonia Dignidad" nicht nur aus dem Schicksal ihrer Verwandten besteht, sondern auch mit den Verbrechen der Pinochet-Diktatur zusammenhängt. Anfang Oktober 1988 richtete die Gruppe einen "Offenen Brief an das chilenische Volk", der auch in der chilenischen Presse dokumentiert wurde (z.B. Fortín Mapocho, 4. 10. 1988).

Am 5. 11. 1988 führte die Verwandtengruppe in Siegburg einen Informationstag durch. Flugblätter wurden verteilt und Unterschriften

gesammelt. In Siegburg deshalb, weil sich dort in der Mühlenstraße der kleine Lebensmittelladen befindet, den die "Muttergruppe" der Colonia Dignidad betreibt, die "Private Sociale Mission". Als einige Mitglieder der Verwandtengruppe in den Laden gingen, um Aufklärung über ihre Verwandten zu verlangen, kam es zu einem Zwischenfall. Die Mitglieder der Sekte riefen die Polizei, da es einen "überfall" gegeben habe. Die Polizei rückte an und hatte nichts besseres zu tun, als einen Mann zu verhaften, der den Auflauf samt Polizei vor dem Laden fotografiert hatte. Die Auseinandersetzungen über diese rechtswidrige Festnahme dauern in Siegburg noch an.

COLONIA DIGNIDAD Ein deutsches Lager in Chile

NOT- UND INTERESSENGEMEINSCHAFT FÜR DIE GESCHÄDIGTEN DER „COLONIA DIGNIDAD"

Offener Brief an das chilenische Volk

"Die gerade zuendegegangene Militärdiktatur hatte das Experiment einer Gesellschaft von Taubstummen durchgeführt:
zuhören verboten, sprechen verboten."
Eduardo Galeano: Stichpunkte für ein Portrait der Ohnmacht.

Heute - 1988 - existiert mitten in Chile, in einem Land, das selbst unter einer Militärdiktatur leidet, eine Gemeinschaft von etwa 350 Taubstummen. Diese Gemeinschaft existiert seit mehr als 25 Jahren. Menschen sind in diesem Zeitraum gestorben, andere geboren worden, eine ganze Generation ist in ihm aufgewachsen. Ihre obersten Gesetze lauten: zuhören verboten, sprechen verboten!
Sie besitzen keine persönliche Kleidung, sie besitzen keine persönlichen Dokumente, sie kennen ihre Eltern nicht, und nicht ihre Geschwister, ja manche kennen nicht einmal ihren genauen Namen. Ihr Leben beginnt hinter Stacheldraht und endet hinter Stacheldraht, und es besteht allein aus Arbeit. Mikrofone überwachen ihre Gespräche und ein pervertiertes Unrechtsempfinden zwingt sie zur Beichte vor ihrem Führer. Jederzeit stehen sie seinen abartigen Launen zur Verfügung. Wer sich weigert oder zu fliehen versucht, landet in einem Krankenhaus, in dem er mit Schlägen, Psychopharmaka und Elektroschocks wieder auf Linie gebracht wird.
Am 5. April dieses Jahres ist wieder ein Mensch aus dieser Gemeinschaft entflohen. Dieser Fluchtversuch endete wie fast alle vergangenen Versuche mit der Ergreifung und der erzwungenen Rückkehr des Fluchtigen. Anschließend wurde diese Person von engsten Verwandten für verrückt erklärt.
Wir sind eine Gruppe von 105 deutschen Staatsbürgern, die etwa 180 Angehörige in dieser Gemeinschaft hat. Da wir kein Vertrauen in das Regime Augusto Pinochets haben, wenden wir uns auf diesem Weg an das chilenische Volk: seine demokratischen Parteien und Organisationen, seine Kirchen, seine Gewerkschaften, die Organisationen der Bauern, der Armen, die Unternehmer

- wann werden die chilenischen Behörden das Experiment "Colonia Dignidad" beenden?
- welche Positionen werden die genannten Organisationen einnehmen, wenn eine zivile Regierung im Amt ist?
- werden die verantwortlichen Führer der "Colonia Dignidad" für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen?
- was wird mit den entmündigten und versklavten Mitgliedern geschehen?

Wir sind der festen überzeugung, daß kein Mensch dieser Erde das Recht hat, andere Menschen physisch, psychisch oder sexuell auszubeuten.
Und genausowenig hat eine Regierung dieser Erde das Recht eine derartige Organisation zu dulden, zu schützen oder gar für eingene Zwecke zu mißbrauchen!

In der Pressekonferenz am Abend griff die Verwandtengruppe auch den eingeladenen aber nicht erschienenen Siegburger Bürgermeister Adolf Herkenrath (CDU-MdB) an. Bereits vor 20 Jahren hatte sich Herkenrath schützend vor die Sekte gestellt. Damals hatte er auch die Colonia Dignidad besucht. Heute wußte er zu berichten, daß die Frauen im Lebensmittelladen sehr freundlich seien und er die Vorwürfe, die sich auf Chile bezögen, nicht prüfen könne. Im WDR-Fernsehen erklärte er die Zustände in der Kolonie mit "Konflikten, wie sie in jeder normalen Familie zwischen Eltern und Kindern nicht ausbleiben". Vom Einsatz von Elektroschockgeräten wollte er nichts wissen.

Mit seiner Treue zur Sekte steht Herkenrath mittlerweile fast ganz allein. Zahlreiche alte Freunde der Colonia Dignidad, wie Bossle, CSU-Vogelsgesang oder der Völkerrechtler Blumenwitz haben sich inzwischen angesichts der neuerlichen Enthüllungen über das interne Terrorregime in der Colonia Dignidad von der Gruppe distanziert.

»Volkskultur« und »alternative Kultur«

Dióscoro Rojas, Sänger, Komponist, Liedermacher und Vertreter dessen, was in Chile "Volkskultur" heißt, spricht in diesem Interview über seine Arbeit und die Schwierigkeiten, in Chile als Künstler zu überleben und über sein Verhältnis zur "alternativen Kultur" in Chile.



LN: In Deutschland haben wir ja große Schwierigkeiten mit dem Begriff "Volk", und "Volkskultur" klingt für uns immer gleich nach Blut und Boden. Wie definierst du den Begriff im chilenischen Kontext ?

D.R.: Alles, was eine Äußerung des Volkes ist, seine Art, zu lachen, zu lieben, zu trauern, zu feiern, zu träumen und zu singen. Der Begriff setzt sich von dem ab, was die herrschende Kultur ist, die im Fernsehen zu sehen ist, die von den USA beeinflußt und beherrscht wird. Sie ist aber auch eine Synthese aus eigenen und fremden Elementen, eine Rückbesinnung auf die eigenen kulturellen Wurzeln aus den Urbevölkerung und die verschiedenen Wellen von Einwanderung bis hin zur heutigen Fernsehkultur.
Nimm ein Beispiel wie Ramón Aguilera. Er singt Boleros, rührende, sentimentale Lieder. Jeder in Chile kennt ihn und seine Texte, doch seit mehr als 10 Jahren konnte er nicht mehr auftreten, seine Lieder wurden weder im Radio noch im Fernsehen gespielt. Da sehen wir unsere Aufgabe: Wir haben ein Festival, "la Asamblea romántica", durchgeführt, wo er auftrat. Dadurch entstand eine neue Dynamik, es erschienen Artikel in Zeitschriften, z.B. in análisis, über den Bolero, auch das Fernsehen hat ihn daraufhin wieder eingeladen.
Uns ist wichtig, nicht vom intellektuellen hohen Roß aus auf die sentimentale Musik des Volkes hinunterzublicken, sondern ihr Gelegenheit zu bieten, sich zu entwickeln und zu bewahren. Die Volksmusiker wollen die Lieder, Tänze usw. erhalten und beleben, die traditionell gesungen, getanzt, gesummt werden. Deshalb reiste Violeta Parra, reisen Gabriela Pizarro und Osvaldo Jaque durch das Land und sammeln das Liedgut und finden immer wieder ganz alte, traditionelle Formen und Ausdrucksweisen, die z.B. mit andalusischen Liedern eine ganz erstaunlich genaue Übereinstimmung aufweisen können.
Auch in der Stadt bilden sich besondere Formen heraus, die zu bewahren, fördern und weiter zu entwickeln unsere Aufgabe ist.

LN: Wie hat eure Bewegung unter der Diktatur überlebt?

D.R.: Nach dem Putsch dauerte es Jahre, bis die Musiktradition, die durch Victor Jara und Violeta Parra bekannt geworden war, sich wieder einen Raum schaffen konnte. Etwa 1975/1976 begann eine neue Etappe, in den poblaciones wurden Musikgruppen gebildet, erste Musikveranstaltungen, festivales de la solidaridad, wurden durchgeführt. Es entstanden peñas wie La Javiera oder La Peña del Canto Nuevo. Noch mußten die Texte unserer Lieder verschlüsselt, metaphorisch, vorsichtig formuliert werden. Gleichzeitig aber gelang es der Musikszene, Räume zu schaffen für die ersten politischen Veranstaltungen, indem an Musikabenden Parteien, Gewerkschaftern, politischen Organisationen die Möglichkeit gegeben wurde, Redebeiträge zu liefern.
Damit entstand zweierlei: erstens wurde die Volksmusik unter die politische Arbeit subsumiert, gewissermaßen als Hilfskraft der Politik eingegrenzt.

Andererseits wurde die Aufmerksamkeit des Auslandes, auf die Musikszene gelenkt, und es begannen Gelder ins Land zu kommen, um die Szene zu unterstützen. Dadurch aber bildete sich eine Art "alternative Kultur" heraus, von der Mittelklasse für die



Mittelklasse, z.B. im reichen Stadtteil Bellavista angesiedelt, mit Konzerten und peñas, deren Eintrittspreise nur die Mittelklasse bezahlen konnte.

LN: Bekommt ihr keine Unterstützung aus dem Ausland?

D.R.: Das Problem ist nicht, daß es keine Unterstützung gibt, sondern daß die Unterstützung denen zufließt, die die Verbindungen haben, d.h., einer sogenannten alternativen Kultur der Mittelklasse, so daß sich eine Art geschlossene Gesellschaft gebildet hat, die zunehmend weniger Kontakt zu den poblaciones hat. Ich habe zu diesem Thema das Lied über Francisco Javier Izquierdo geschrieben. (s.Kasten)

LN: Definierst du dich als politischen Sänger?

Heute, denke ich, wäre der Begriff Volkskultur zu eng gefaßt, wenn er nur rein politisch verstanden würde. Wir haben auch das Anliegen, künstlerisch weiterzukommen, die Möglichkeit zu schaffen, daß die Menschen ihre Ausdrucksformen gestalten können. Politisch sind wir in dem Sinne, daß wir meinen: Nur wer eine andere Welt erträumen kann, der wird auch eine andere Welt schaffen können.
Leider aber müssen wir mit viel Mühe ums Überleben kämpfen. Ihr müßt euch vorstellen, was es bedeutet, ein Festival oder ein Konzert zu organisieren und vorzubereiten, wenn alles von öffentlichen Telefonen aus verhandelt werden muß, wenn man keinen Probenraum hat, sondern sich irgendwo in einer Passage oder Straßenecke versammeln muß, meist noch nicht einmal das Geld dafür da ist, einen Kaffee trinken gehen zu können. Ich z.B. besitze nicht einmal eine Gitarre. Was uns aber nicht daran hindern kann, trotzdem oder gerade deswegen weiterzumachen, denn "weil wir nichts haben, wollen wir alles haben."

LN: Worin besteht konkret eure Arbeit?

D.R.: Wir bemühen uns, den Künstlern die Möglichkeit zu schaffen, auf menschenwürdige Art ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und das heißt nicht, sie nur zu unterstützen, sondern vielmehr, ihnen die Möglichkeit zu geben, durch ihre Arbeit zu leben. Deshalb organisieren wir Theateraufführungen, Konzerte, Festivals usw., um so eine Dynamik zu schaffen, die der Volkskultur einen Platz gibt, sie ins Bewußtsein der Öffentlichkeit bringt. Ohne Mittel ist das schwer, aber das kann uns nicht abhalten.

Dióscoro Rojas kommt Anfang 1989 nach Europa und wird voraussichtlich an folgenden Terminen in der BRD singen:

2o. Januar	Berlin
2. Hälfte Februar	Nordrhein-Westfalen
1. Hälfte März	Hamburg

Francisco Javier Izquierdo von Dióscoro Rojas

Francisco Javier Izquierdo es un brillante intelectual
que analiza los problemas de esta cosa popular;
con su amigo, el Ignacio Edwards,
compañero en el Saint George
hicieron un organismo
financiado por la Ford.
Que bien que piensa Pancho Javier.

Francisco Javier entiende que es deber elemental
ayudar en los problemas de esta cosa popular.
Así lo planteó en su tesis
cuando estuvo en Nueva York
invitado a un simpósium
financiado por la Ford.
Que bien que piensa Pancho Javier.

Francisco Javier comparte su barrio residencial
con otros intelectuales de la cosa popular.
Ahí comentan los videos y la capacitación,
brindan pro nuevos proyectos
financiados por la Ford.
Que bien lo pasa Pancho Javier,
que mal que sea con lo popular.



Francisco Javier Izquierdo ist ein glänzender Intellektueller,
der die Probleme der Sache des Volkes analysiert.
Mit seinem Freund Ignacio Edwards,
den er schon vom St. George's College kennt,
gründete er eine Organisation
finanziert von der Ford-Stiftung.
Wie gut denkt doch Pancho Javier!

Francisco Javier begreift, daß es seine elementare Pflicht ist,
bei den Problemen der Sache des Volkes zu helfen.
Das stellte er schon in seiner Doktorarbeit fest
als er in New York war,
eingeladen zu einem Symposium
finanziert von der Ford-Stiftung.
Wie gut denkt doch Pancho Javier!

Francisco Javier teilt sein Villenviertel
mit anderen Intellektuellen der Sache des Volkes.
Dort kommentieren sie die Videos und die Fortbildung,
trinken auf neue Projekte
finanziert von der Ford-Stiftung.
Wie gut geht es doch Pancho Javier!
Wie schlecht für die Sache des Volkes!

Fünf Jahre Frente Patriótico Manuel Rodriguez

Die Patriotische Front Manuel Rodríguez, FPMR, die vor 5 Jahren als sehr kleine und völlig unbekannte Organisation den bewaffneten Kampf gegen die Pinochet-Diktatur aufnahm, ist heute ein unübersehbarer und wichtiger Faktor in der chilenischen Politik. Für viele Menschen in Chile, vor allem in den Elendsvierteln und unter den Jugendlichen, trifft sicher zu, was ihr Comandante José Miguel Mitte 1988 vor der Presse sagte: daß "die Frente eine Hoffnung verkörpert".

Die Entstehung der FPMR und die Strategie der Nationalen Erhebung

Die FPMR wurde, wesentlich auf Initiative der chilenischen Kommunistischen Partei, ins Leben gerufen, um als "bewaffneter Arm des Volkes" die seit 1982 zunehmenden sozialen Mobilisierungen gegen die Diktatur zu ergänzen und zu unterstützen.

Als politisch-militärische Organisation ohne Partei-Charakter und mit einem ideologisch offenen Programm, das noch Mitte 1986 die Position sehr unterschiedlicher oppositioneller Kräfte repräsentierte, bekam die Frente schnell Zulauf von Menschen aus einem sehr weiten Spektrum der Opposition, von Marxisten über engagierte Christen bis hin zu bis dahin nicht Organisierten.

Sie erklärte, den Kampf nicht einzustellen, bevor nicht Gerechtigkeit für die Opfer der Menschenrechtsverletzungen, politische Freiheit, die Aufhebung der krassen sozialen Gegensätze und die Zerschlagung des Repressionsapparates durchgesetzt seien.

"Was heute in Chile auf der Tagesordnung steht", so Daniel Huerta, Mitglied der Nationalen Leitung der FPMR, im Juni 1985, "ist die Vorbereitung des Volkes auf die nationale Erhebung." Die Strategie der nationalen Erhebung umfaßt Huerta zufolge drei Elemente: Die dauerhafte Lahmlegung von Produktionsapparat und öffentlichem Leben durch Streiks, Massenaktionen, Barrikaden, Sabotage etc.; gleichzeitig stattfindende Aufstände in Vierteln mit hoher Organisierung und militärische Aktionen der FPMR gegen die wichtigsten Einrichtungen der Diktatur und ihren Unterdrückungsapparat, dies alles mit dem Ziel, das Regime schließlich handlungsunfähig zu machen.

Die Anstrengungen der Frente galten dann auch der Unterstützung bzw. Weiterentwicklung dieser verschiedenen Kampfformen, die sich in einer Wechselbeziehung bis zum Moment des Aufstands steigern sollten: Unterbrechungen des Stromnetzes und Sabotageakte begleiteten in zunehmendem Maße die nationalen Protesttage; die Bildung von Selbstverteidungskomitees und Milizen schritt voran, v.a. in Poblaciones und an den Unis; die Zahl der von bewaffneten Einheiten durchgeführten Aktionen, etwa die Besetzung von Radiostationen oder Angriffe auf die Repressionskräfte, stieg.

Das "entscheidende Jahr" und der Bruch im antidiktatorischen Kampf

Wie zumindest Teile der chilenischen Linken sah die Frente 1986 als das "entscheidende Jahr" an, in dem die Verstärkung des Kampfes bis zum Sturz der Diktatur durch

den Volksaufstand möglich sein würde. Wichtiges Element der Vorbereitung der FPMR darauf war die Massierung ihrer Milizen und deren Bewaffnung. Ein Teil der Infrastruktur dafür ging Mitte des Jahres mit der Entdeckung eines Ausbildungs- und Waffenlagers in Carrizal Bajo im Norden Chiles verloren.

Der nationale Protesttag am 2.und 3.Juli war zwar ein großer Erfolg, v.a. für die Organisationen der Linken; er markierte aber auch den Beginn des Bruchs dieser Dynamik der ansteigenden Konfrontation - lange vor dem knapp gescheiterten Attentat der FPMR auf Pinochet und der anschließenden Verhängung des Belagerungszustands.

Die Intervention der USA bei ihren Ansprechpartnern innerhalb der Mitte-Rechts-Opposition im August, deren darauf folgende Politik der Sabotierung der mit dem "Acuerdo Nacional" erreichten Einheit der Opposition und der Massenmobilisierung und die Bemühungen der linken Parteiführungen, durch immer weiter gehende Zugeständnisse an die bürgerliche Opposition eine neue "Einheit von oben" herbeizuführen,



"Die Rodriguistischen Milizen grüßen die Villa Francia an ihrem 18. Geburtstag"
(Wandbild in der Villa Francia, einer Poblacion in Santiago)

leiteten eine neue Dynamik ein, die sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit bis heute fortgesetzt hat.

Die Krise der Linken, die dieser Einbruch im antidiktatorialen Kampf in der zweiten Jahreshälfte 1986 auslöste, betraf natürlich auch die FPMR.Die veränderte Politik der KP, die eine Unterordnung der Frente-Arbeit unter ihre konjunkturpolitischen, taktischen Kurswechsel durchsetzen wollte, führte zu einem vollständigen Bruch des größten Teils der Frente mit ihr.

Sowohl die (Rest)-"Frente-partido" als auch die "FPMR autónomo", die im September 1987 mit der spektakulären Entführung des Obersten Carreño ihre Schlagkraft demonstrierte, reorganisierten bzw. bauten jeweils eigene Strukturen auf.

Die FPMR zur politischen Entwicklung im letzten Jahr

Bei allen Differenzen in strategischen Fragen, auf die ich unten noch eingehen werde, besteht zwischen den beiden Frentes eine sehr weit gehende Übereinstimmung in Bezug auf wichtige Aspekte der aktuellen politischen Entwicklung:

Mit dem Festhalten an der Position, daß nur Massenmobilisierung und die Anwendung aller Kampfformen die Demokratie durchsetzen können, und ihrer Kritik an der

Preisgabe elementarer Forderungen, wie z.B. der nach der sofortigen Freilassung aller politischen Gefangenen, durch die Parteien bzw. deren Bündnisse zugunsten erhoffter Verhandlungsmöglichkeiten mit dem Regime befindet sie sich in Übereinstimmung mit VertreterInnen sozialer Organisationen, die die Oppositionsparteien immer wieder mit Protestaktionen und Hungerstreiks zur Einheit in der sozialen Mobilisierung aufgerufen haben.

Beide Frentes haben das Plebiszit als Betrugsmanöver des Regimes, das auf dessen Verlängerung und Legitimierung abzielt, abgelehnt, die Mobilisierung für das NEIN respektiert, aber gleichzeitig klargestellt, daß sie ihren Kampf nach der Abstimmung fortsetzen würden.

Schließlich gibt es auch in der Ausrichtung ihrer Aktionen in der ersten Jahreshälfte grundlegende Gemeinsamkeiten.

Die Strategie des Nationalen patriotischen Krieges

Dennoch haben die beiden Frentes unterschiedliche strategische Schlüsse aus der veränderten politischen Situation gezogen.

Die "FPMR partido" hält weiter am Konzept des Volksaufstands fest. Wie Teile der KP hat sie vor dem Plebiszit die Erwartung geäußert, in der Folge eines Sieges des NEIN würde sich eine so massive Mobilisierung zur Durchsetzung dessen tatsächlichen Inhalts, nämlich des Bruchs mit dem System der Diktatur und deren Zeitplan entfesseln, daß der Volksaufstand eine kurzfristige Perspektive darstelle.

Angesichts des bisherigen Ausbleibens der erwarteten massenhaften Kämpfe und der Tendenz, daß sich die linken Parteien einschließlich der KP zunehmend vom bewaffneten Kampf distanzieren, bleibt abzuwarten, wie sich die Position der "Frente partido" weiter entwickeln wird.

Die "FPMR autónomo" hat im April dieses Jahres eine neue Strategie bekanntgegeben, die eine klare Alternative zur Politik auch der linken Parteiführungen darstellt und deshalb gerade in der aktuellen Situation, wo die Initiative wieder auf Seiten der Diktatur zu liegen und der Schwung der Mobilisierung für das NEIN erschöpft scheint, m.E. besondere Aufmerksamkeit verdient.

Der "Nationale Patriotische Krieg" (Guerra Patriótica y Nacional) ist für sie heute die einzige Alternative zum Fortbestehen des gegenwärtigen Systems. Dabei betont sie, daß der Ausgangspunkt hierfür eine Situation der Unterlegenheit ist, und beschreibt den "Patriotischen Krieg" als einen langwierigen und keineswegs gradlinigen Prozeß. Diese Strategie schließt die verschiedenen Formen der Massenmobilisierung, den politischen und diplomatischen Kampf ein; der bewaffnete Kampf ist jedoch nicht "irgendeine von vielen Kampfformen", sondern "die Achse der Strategie", die längerfristig auf die Bildung eines Volksheeres abzielt.

Mitte Oktober erklärte die Frente ("autónomo") die von ihr einseitig erklärte Waffenruhe für die Zeit vor dem und während des Plebiszits für beendet. Bereits vorher hatte sie eine neue Offensive zur Einleitung des "Patriotischen Kriegs" als "neue Stufe im antidiktatorialen Kampf" angekündigt. In diesem Zusammenhang sind die Angriffe auf mehrere Polizeiposten im Südosten Chiles Ende Oktober und Kämpfe mit den Repressionskräften in der Gegend um Los Queñes, die die Diktatur herunterzuspielen versucht, zu sehen. Aber auch an den ersten Mobilisierungen nach dem Plebiszit in den Städten waren die Einheiten der FPMR, der Rodriguistischen Milizen und der Rodriguistischen Jugend beteiligt.

Der Darstellung, in Chile stehe eine schrumpfende Minderheit, die sich immer weiter radikalisiere, einer ständig wachsenden Mehrheit gegenüber, deren Bedürfnisse durch die Politik der Parteiführungen vertreten würden, stellt die Frente eine grundlegend andere Einschätzung entgegen:

"Heute erlebt unser Land einen großen Widerspruch: Während einige wenige sich um die Politik auf höchster Ebene kümmern, Raum einnehmen, an Foren teilnehmen und Erklärungen veröffentlichen, beobachtet die große Mehrheit von Millionen Chilenen, die hoffnungslosen und verfolgten Jugendlichen ohne Zukunft und Perspektive, die ausgebeuteten und dem Regime gegenüber wehrlosen Arbeiter, die brutalsten Bedingungen des schlichten Überlebens unterworfenen Pobladores, die verarmten Bauern, das ausgegrenzte Mapuche-Volk, also das ganze chilenische Volk, mit Distanz und Skepsis, wie andere in ihrem Namen sprechen und eine Politik auf ihre Kosten machen. Und diese Mehrheit leidet an der Ohnmacht und Frustration in der Härte des täglichen Lebens (...) Nicht zufällig ist es, daß gegen die Direktiven der führenden Parteipolitiker täglich Kämpfe der Studenten in den Universitäten und Oberschulen stattfinden oder daß alle Möglichkeiten in den Armenvierteln genutzt werden, sich auf jegliche Art der Repression entgegenzustellen, und es finden auf vielfältige Weise Arbeitskonflikte statt. Hier befindet sich die wirkliche Basis unserer Politik."

(aus dem Offenen Brief an das chilenische Volk vom Juli 1988)

Daß es im Moment auch seitens Vieler, die von 1983 bis 1986 immer wieder gegen die Diktatur auf die Straße gegangen sind, beim Beobachten bleibt, führt die FPMR hauptsächlich auf das Fehlen einer Perspektive zurück, die die Beteiligung am Kampf aussichtsreich erscheinen läßt.

Es ist zu wünschen, daß es ihr, zusammen mit all den anderen für die Überwindung des bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungssytems in Chile kämpfenden Organisationen und Einzelnen gelingt, eine solche Perspektive greifbarer zu machen.

Hans Coppi



Makaberer Weihnachtsgruß



Glückwunschkarte der chilenischen Polizei, auf der Straße verteilt:

Geehrter Nachbar:

Ständig, auch wenn Sie es manchmal nicht wahrnehmen, kommen wir an Ihrem Haus vorbei und sind überall ständig auf Wache, aufmerksam auf Ihre Bedürfnisse und Erfordernisse.

Unsere stille Mission ist es, Ihnen Frieden und Sicherheit zu bringen.

Zum Fest erneuern wir unsere Verpflichtung, über Sie und die Ihren zu wachen und wünschen Ihnen ein Frohes Weihnachten und ein erfolgreiches Neues Jahr.

Herzlichst

CARABINEROS DE CHILE

Dezember 1987

dagegen die Opposition:

Felices Pasquas y Muchos Regalos

Frente Patriotico Manuel Rodriguez

(Frohe Weihnachten und viele Geschenke)

Staatsterror und Widerstand in Chile

Die Bilanz, zwei Monate nach dem Plebiszit, lautet: 18 ermordete Jugendliche (laut análisis vom 21.11.88), mehrere Verschwundene, zunehmender Terror der sog. "paramilitärischen Gruppen"; sogar in Argentinien hat der chilenische Geheimdienst CNI der argentinischen Polizei 5 angebliche FPMR-Mitglieder übergeben, die sich seit über einer Woche in Argentinien in Haft befinden.

Es geht jedoch nicht darum, wehrlose Opfer einer nach wie vor mörderischen Diktatur zu beklagen, die auch nach dem Plebiszit fest im Sessel sitzt, und die ihren Terror gegen jene richtet, die sich nicht in die von den Christdemokraten geschürte Versöhnungskampagne einreihen lassen.

Der Terror richtet sich gegen die, die vorbehaltlos alle Mittel des Kampfes wählen, um diese faschistische Diktatur zu bekämpfen.

18 Morde in zwei Monaten

Da ist Luis Alberto Silva, 14 Jahre, der wie ein 33 jähriger Mann, gleich am Abend des 5. Oktobers, als im Rausch des Plebiszites vor allem die Menschen aus den Poblaciones den Sieg des Nein feierten, entgegen dem ausdrücklichen Mäßigungsaufruf der Parteiführungen, von Carabineros auf der Alameda erschossen wurde.

In den folgenden Wochen kamen dann 5 Militante des Mir und des FPMR unter ungeklärten Umständen ums Leben, und am 3o. November wurden zwei weitere Jugendliche aus La Victoria bei einer nächtlichen Razzia erschossen.

Eine Woche nach dem Plebiszit, am 13. Oktober 1988, erklärte die "FPMR-autónomo" seine vorplebiszitäre Waffenruhe für beendet, weil sich seit dem 5. Oktober nichts geändert habe. In einem Fluß bei Los Queñes wurden am 26.1o. 1988 die Leichen von Cecilia Magni und Alejandro Pelegrín gefunden; beide wiesen deutliche Folterspuren auf. Bekannt als Comandante Tamara und Rodrigo waren beide Mitbegründer/in des FPMR gewesen. Höchstwahrscheinlich wurden ihre Leichen in den Fluß Tiriguiririca geworfen, um so die Konfrontation mit dem FPMR , bei der es auch 7 Tote auf Seiten der Streitkräfte gegeben hatte, zu verheimlichen.

Am 24.11.1988 starb der Student Ernesto Contreras Jorquera, 24 Jahre, der offiziellen Version zufolge "beim Explodieren einer Bombe". Ernesto war Militanter bei der Kommunistischen Jugend und bislang ist völlig ungeklärt, ob er bei der Explosion der Bombe bereits tot oder noch lebendig war. Die StudentInnen seines Bereiches Mathematik der Usach traten bis zum 11.11.1988 in einen Streik mit der Forderung nach der Aufklärung seines Todes.

Am 5.11.1988 kamen zwei Militante des MIR (der "Bewegung der Revolutionären Linken"), die 26-jährige Araceli Romo und der 25-jährige Pablo Vergara,bei einer Bombenexplosion ums Leben. Die militärische Kommission des MIR gab dazu bekannt, daß zwei herausragende Militante zum Zeitpunkt ihres Todes eine explosive Ladung am Fuße des Berges "Mariposa" in Temuco anbrachten, um damit den staatlichen Fernsehsender zu unterbrechen, und um dadurch eine Sendung des "Radio Liberación" mit dem Vorschlag eines "Friedensabkommens" zu ermöglichen." Dieser Vorschlag enthielt als erste Forderung den sofortigen Rücktritt Pinochets.

Araceli Romo hatte Chile 1984 aufgrund ihrer ökonomisch schlechten Situation als alleinstehende Frau mit Kind verlassen und in Mendoza/Argentinien gelebt. Dort hat sie sich dann dem MIR angeschlossen und ist illegal nach Chile zurückgekehrt.

Die Familie Vergara Toledo

Pablo Vergara mußte im April 1985 zusammen mit seiner Schwester Anita Chile verlassen, nachdem im März 1985 ihre beiden jüngeren Brüder Rafael und Eduardo bei einem gestellten "Schußwechsel" mit Bullen erschossen worden waren. Rafael und Eduardo, Militante des MIR, waren bei einem Besuch in der Villa Francia, der Población,wo sie mit ihrer Familie gelebt hatten, bevor sie aufgrund der immer massiveren Repression untertauchen mußten, von den Bullen verfolgt und dann gezielt in eine Falle gelockt worden. Die Familie Vergara Toledo hatte sich innerhalb der christlichen Basisgemeinde der Población seit Anfang der 7oer Jahre politisiert. Wie hat Luisa, die Mutter, den Tod Eduardos und Rafaels verkraftet?

"Es war so, als wenn ich ein bißchen mit ihnen gestorben wäre und dann zum Leben zurückgekehrt bin. Denn das Weizenkorn stirbt nicht, sondern es trägt neue Früchte! Und, außer daß ich Mutter bin, bin ich eine Frau, die schon vorher eine politische Verpflichtung hatte, die sich nach und nach weiterentwickelte (...) die einzige Gerechtigkeit, die es für Rafael und Eduardo geben kann, und das einzige,was mich wieder fröhlich machen kann, ist die Glücklichkeit der Menschen, für die wir so viele Jahre gekämpft haben." (Aus einem análisis-Interview vom März 1988)

"Dieser Weg ist unwiderruflich"

Ein Brief Pablos, der vollständig in der "análisis" vom 14.11.1988 dokumentiert ist, und der bei der Beerdigung von Pablo am 11.11.1988 verlesen wurde, beschreibt seine Entscheidung , sich der Untergrundarbeit des MIR anzuschließen:

"Jeden Moment mußt du den gewählten Weg vor dir selbst versichern, dich erheben, verstehen, daß dieses gute Neue Wirklichkeit ist...

Ich bereue nichts, ich sage das ganz einfach, von innen heraus.

Ich bin glücklich, ungemein glücklich, obwohl in meinem Herzen die beiden, Eduardo und Rafael, nicht aufhören zu schlagen; sie verletzen mich, sie machen mich traurig, ich weine.

Verflucht sei dieses Regime, diese Geschichte, verflucht seien die, die umgefallen sind, die Feigen (besonders, weil ich auch feige bin), verflucht seien die, die es sich bequem machen, die Glücklichen in ihrer Welt aus Scheiße, ihrer verlogenen Liebe, ihrer kurzlebigen Welt..."

Und weiter:

"Die Blicke von einigen als würden sie dich kennen. Die Wärme der jungen Arbeiter, meiner Genossen.Die Sonnenaufgänge und besonders die Sonnenuntergänge, der beständige Regen,die Natur, die Wälder, Freunde des neuen Menschen,die Berge, unaufhörliche Versammlungen prähistorischer Tiere,

Zeugen der Leiden "Unseres" Amerikas, dieses geliebten Amerikas, unterdrückt, aber es hat sich auch erhoben: Cuba, Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Peru, Kolumbien Panama: Sie alle, Früchte und Blumen, bereit zu geben, was sie zu geben haben.

Dieser Weg ist unwiderruflich."

"Denn das Leben ist die höchste Rebellion"

Luisa Toledo trat nach Bekanntwerden des Todes ihres dritten Sohnes in einen unbefristeten Hungerstreik und wurde dabei von Jugendlichen durch Solidaritätshungerstreiks wie auch durch Aktionen des "Komitees gegen Folter-Sebastian Acevedo" unterstützt.

Als vor einigen Tagen Carabineros wieder einmal eine nächtliche Razzia in der Población La Victoria machten, erschossen sie dabei zwei Jugendliche, die sich ihnen zur Wehr setzten.

Als Begründung für die Razzia diente die angebliche Suche nach "Verbrechern", was jedoch nur ein billiger Vorwand für die besonders harte Repression ist, da gerade die Menschen in La Victoria einen hohen Organisationsgrad haben.Deshalb sind sie seit Jahren immer wieder dem Terror der Repressionskräfte ausgesetzt.

Insgesamt macht die Repression deutlich, daß sie einerseits gegen die organisierte Linke selektiv vorgeht, zum anderen aber auch gegen jene, die ihr wie in La Victoria Widerstand entgegensetzen.

Von ihr betroffen sind vor allem jene, die vor und nach dem Plebiszit nichts von diesem Regime zu erwarten haben: die Jugendlichen, die überall engagierten Frauen aus den Poblaciones,die politischen Gefangenen, die Angehörigen- und Menschenrechtsgruppen.

Aber "Da das Leben die höchste Rebellion ist", wie eine Parole in der Villa Francia zum dritten Jahrestag der Ermordung von Eduardo und Rafael lautete, können sie es auch nicht töten.

Im Kampf all derer, die heute in Chile für eine grundlegende Veränderung der HERRschafts- und Ausbeutungsverhältnisse kämpfen, leben Luis, Pablo, Araceli, Alejandro, und Cecilia, Ernesto und all die anderen weiter.

IHNEN GEHÖRT UNSERE SOLIDARITÄT UND
UNSERE ZÄRTLICHKEIT!

B.S.



ARGENTINIEN – BRD

Das letzte Abendmahl?

Am 24. November kam der argentinische Staatspräsident Raúl Alfonsín in die Bundesrepublik. Mit von der Partie waren sein Wirtschaftsminister Sourouille und der Minister für öffentliche Arbeiten Terragno. Es war einfach, von diesem Besuch nichts zu merken. Grund genug, nachzuschauen, was Sache war.

Als Alfonsín die BRD wieder verließ, tat er dies nicht mit leeren Händen. In der Aktentasche seines Wirtschaftsministers steckte ein Memorandum der deutsch-argentinischen Handelskammer. Darin teilten ihm die bundesdeutschen Unternehmer mit, was sie vielleicht in naher Zukunft in seinem Land zu tun gedenken. Konkret: Investitionspläne für 57 Projekte verschiedenster Art. Interessant an dem Papier sind weniger die Absichtserklärungen als seine Vorgeschichte.

Freundliche Herren bitten zu Tisch

Am 10.12.1987 unterzeichneten Raúl Alfonsín und der damalige italienische Ministerpräsident Giovanni Goria mit viel Pomp in Rom ein Kooperationsabkommen zwischen Argentinien und Italien. Insgesamt ging es dabei um eine Summe von 4,5 Mrd. US$, die innerhalb eines 5-Jahreprogramms von italienischen und argentinischen Firmen, vertraglich vereinbart, in Argentinien investiert werden sollen.
Davon aufgescheucht, flogen noch im gleichen Monat Konzernvertreter von VW, Daimler Benz, Bayer, Siemens, Hoechst und der Deutschen Bank nach Buenos Aires. Zusammen mit dem bundesdeutschen Botschafter lud die Crème der BRD-Konzerne Staatspräsident Alfonsín zu einem vertraulichen Abendessen. Man wollte ausloten, ob nicht ähnliches zwischen den Bundesdeutschen und den Argentiniern möglich wäre.

Zwei Monate später folgte der nächste Streich: Am 2. Februar unterschrieb Alfonsín ein weiteres Kooperationsabkommen. Diesmal zusammen mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe González. (Der Unterschied zwischen dem spanischen und dem italienischen Abkommen besteht im wesentlichen im Geldvolumen: hier ging es um 3 Mrd. US$.) Als die Regierung Alfonsín dann auch noch bekannt gab, daß Teile der staatlichen argentinischen Telefongesellschaft ENTel an die spanische CTNE und nicht an die Siemens AG verkauft werden, (siehe LN 174) war das Maß voll.

Die Rechnung wird aufgemacht

Die Verhandlungen dümpelten vor sich hin und die Zeit verstrich. So rückte ein anderes Ereignis näher: Die Präsidentschaftswahlen im Mai '89. Spätestens seit dem 9. Juli ist man sich auf den Chefetagen der bundesdeutschen Konzerne darüber im Klaren, daß sich die Profitaussichten in Argentinien verändern könnten. An diesem Tag wählten die Peronisten Carlos Saúl Menem zu ihrem Spitzenkandidaten. (Siehe LN 174)

Noch ohne staatsmännisches Flair ging Menem erst einmal auf Reisen und kam 10 Tage vor Alfonsín in die BRD. Was er hier seinen Wirtschaftsberater Domingo Cavallo (ehemaliger Zentralbankchef während der Militärdiktatur!) den bundesdeutschen Unternehmern sagen ließ, löste bei denen das blanke Entsetzen aus. "Wird Carlos Saúl Menem zum neuen Bankenschreck ?", fragte denn auch am 14.11. das Handelsblatt, und berichtete von Rückzugsgedanken bundesdeutscher Investoren aus Argentinien im Falle eines Wahlsieges der Peronisten. Das ist kein Wink mit dem Zaunpfahl, das ist eine handfeste Drohung.

Ob Menem's Worten allerdings auch Taten folgen bleibt abzuwarten. Eines hatte er jedoch geschafft. Er hatte seinem Präsidenten kräftig die Tour vermasselt. Nach seinem Auftritt war klar, daß vorerst nichts mehr in Richtung auf ein Kooperationsabkommen geht.

Die Quittung wird überreicht

Es hätte Alfonsín im Vorwahlkampf gut angestanden, mit einem dritten Abkommen nach Hause zu kommen, möglichst nach pulicityträchtiger Unterzeichnung im Kanzleramt. Was blieb war das Foto vom Händedruck. Trotzdem, so ganz ohne wollten sie ihn dennoch nicht wegschicken. Also wurde er flugs zu einer Veranstaltung des Bundesverbands der Deutschen Industrie eingeladen, bei der man seinem Wirtschaftsminister Sourouille das besagte Memorandum überreichte. Insgesamt 2 Mrd. DM wolle man vielleicht investieren. Zusammenarbeit sei auch ohne ein Sonderabkommen möglich, allerdings nur bei verläßlichen gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten, hieß es. So flog er wieder ab, mit einem Papier voller Absichtserklärungen, von dem er weiß, daß er es bis Mai '89 getrost zu den Akten legen kann.

Jürgen Vogt

PARAGUAY

Perspektiven der Demokratisierung?

Viel Neues ist aus Paraguay gewöhnlich nicht zu hören hierzulande, jedoch herrscht dort nicht die von Diktator Stroessner verordnete Friedhofsruhe. Die regierende Colorado-Partei spaltet sich weiter auf, Studenten und Campesinos protestieren und organisieren sich, und sogar der US-amerikanische Botschafter übt nun einen gewissen Druck auf das Regime aus. Zur Einschätzung der aktuellen politischen Entwicklung folgen Teile eines Interviews mit Bischof Medina aus Benjamin Aceval im paraguayischen Chaco. Bischof Medina arbeitet eng zusammen mit Basisgemeinden und sozialen Bewegungen und ist Herausgeber der Monatszeitschrift "Nuestro Tiempo".

"Wir haben es mit einer Regierung zu tun, die verbraucht ist, die anachronistisch ist - einer Regierung, die mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.(...) Es gibt keinerlei Anzeichen für den Beginn eines Demokratisierungsprozesses und keine Anzeichen für Hoffnungen in dieser Richtung. Die Regierung Stroessner ist innen- wie außenpolitisch isoliert. Sie hat im Volk keine Unterstützung, aber auch international kein Ansehen. Vom Ausland werden vor allem zwei Forderungen an das Regime gestellt: der Beginn eines wirklichen Demokratisierungsprozesses und die Respektierung der Menschenrechte."

Spaltung in der Regierungspartei

"Viele Parteien sind in Opposition zum Stroessner-Regime. Sogar innerhalb der regierenden Colorado-Partei hat es Abspaltungen gegeben. Schon lange existiert ja die sog. MOPOCO, die sich seinerzeit von der Regierung abgespalten hatte. Neu entstanden ist nun eine Gruppe, die sog. ETICOS, außerdem gibt es die Gruppe der "Interacción Colorada" und schließlich die "Tradicionalistas", die im letzten Jahr im August sich von der Regierungspartei getrennt haben, so daß man sagen kann, daß auf Seiten der Regierung nur noch die Gruppe der "Militanten" verbleibt, die Stroessner und das Regime stützen. Für die bleibt Stroessner der Caudillo, den sie an der Macht halten wollen. Aber sie kämpfen nicht so sehr für ihn selber, als vielmehr für ihre eigenen Interessen, die sie durch ihn gewahrt sehen. Ihnen geht es in erster Linie darum, ihre Privilegien zu schützen, zum Beispiel beim Devisenschmuggel. Natürlich wollen sie nicht, daß dies herauskommt. Weiter geht es ihnen um ihren Schmuggel, auch Drogenhandel, und natürlich wissen sie genau: wenn diese Regierung gestürzt wird, kommt alles heraus, und es wird mit ihren Machenschaften aus

sein. Diese Gruppen sind zum Letzten entschlossen, und da sie keinerlei Unterstützung bei der Bevölkerung haben, können sie sich nur mit Gewalt und Repression an der Macht halten."

Frage: Wie ernst nimmt die Regierung z.B. die Vorwürfe von seiten der US-amerikanischen Regierung in Bezug auf den Drogenanbau und Drogenhandel hier in Paraguay?

"Die Amerikaner meinen es mit diesem Vorwurf tatsächlich ernst, zumal sie selber noch bis vor zwei Jahren geglaubt haben, Paraguay sei lediglich ein Umschlagplatz für Drogen, und jetzt zur Kenntnis nehmen mußten, daß auch hier Drogen angebaut werden, z.B. Marihuana. Hier hergestellte Drogen gehen von Paraguay über Brasilien und Bolivien bis zu den Märkten in die Vereinigten Staaten und nach Europa. Das wissen die Amerikaner, und ihr jetziger Botschafter Taylor ist nicht von ungefähr Spezialist in der Drogenbekämpfung. Er hat massive Hinweise über den Drogenhandel in Paraguay in der Hand und setzt damit die Regierung Stroessner unter Druck."



Widerstand der Campesinos

"Der paraguayische Campesino hat inzwischen ein größeres Bewußtsein erlangt. Die Campesinos glauben der Regierung nicht mehr, nicht mehr den Vesprechungen der Parteien; sie sind bereit, selber für ihre Anliegen zu kämpfen. Ich persönlich habe sehr viel Kontakt mit der Campesinobewegung, und unsere Anstrengungen sind darauf gerichtet, die Campesinobewegungen zu einigen und eine gemeinsame Arbeit aufzubauen. In drei Hauptanliegen sind sich alle Gruppen einig: in ihrer Forderung, sich selbst organisieren zu können, in ihrem Recht, sich gegen Unterdrückung zu behaupten, und in ihrer Forderung nach Land. (...)
Viele sind an einem Punkt angekommen, wo sie sehen, daß ihre wirtschaftliche Lage sie dazu zwingt, zu handeln und ihre Angst zu überwinden. Die Campesinos und die Indianer benötigen dringend Land. Eigentlich ist es das IBR (Institut für ländliche Wohlfahrt), das für die Verteilung von Land zuständig ist. Aber was wirklich geschieht, ist ganz anders. Das IBR sorgt erst für die Probleme, die es eigentlich lösen soll. So passiert es oft, daß ein und dasselbe Stück Land zweimal, ja dreimal verkauft wird. Und sie verkaufen dieses Land nicht nur an Campesinos, sondern gleichzeitig an multinationale Konzerne aus dem Ausland und an heimische Großgrundbesitzer, und die wissen sicher, wie man dann die Campesinos von ihrem Land vertreibt."

Perspektiven der Opposition

"Natürlich kann die Regierung in jedem Moment die Repressionsschraube wieder anziehen. Sie hat dazu den Apparat und die Methoden. Aber diese Regierung, die früher sozusagen auf drei Füßen gestanden hat, Colorado-Partei, Militärs und Verwaltung, hat jetzt eine Schwächung erleben müssen. Grund dafür ist die Spaltung der Colorado-Partei, die ja früher immer die große Mehrheitspartei war. Niemand konnte ein öffentliches Amt bekleiden, niemand konnte z.B. Lehrer werden, ohne Mitglied der Colorado-Partei zu sein. Das ist jetzt immer noch so, aber es gibt nun die Untergruppierungen, und man kann das als Symptom nehmen für eine beginnende Auflösung innerhalb der herrschenden Colorado-Partei. Aber sie hat immer noch eine starke Macht, vor allen Dingen deswegen, weil die Oppositionsparteien so schwach sind. Auch die sozialen Bewegungen sind noch nicht so stark. Sie hatten noch nicht genug Zeit, sich zu organisieren. Ich bin deswegen der Meinung, daß nach einer Diktatur von über 30 Jahren der Prozeß einer Demokratisierung lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Das ist keine Frage von einigen Jahren, sondern es bedeutet einen langwierigen Prozeß. Diesen Demokratisierungsprozeß will das paraguayische Volk. Aber das Regime läßt es natürlich nicht zu, und sobald sich Protest regt, schlägt es sofort zu."

EL SALVADOR

Am Ende des Tunnels kommt das Licht

Seit dem Sommer dieses Jahres, der von Demonstrationen und steigender Isolierung der PDC/Arena-Regierung gekennzeichnet war, hat sich das politische Klima weiter verschärft. Die Übereinkunft der herrschenden Clique, "nur noch" selektiven Terror auszuüben, scheint aufgekündiget. Die von PDC-Anhängern gesäuberte Militärspitze fordert von den USA 1. die Verdopplung der Militärhilfe und 2. die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Führende Militärs propagieren inzwischen offen den "totalen Krieg".

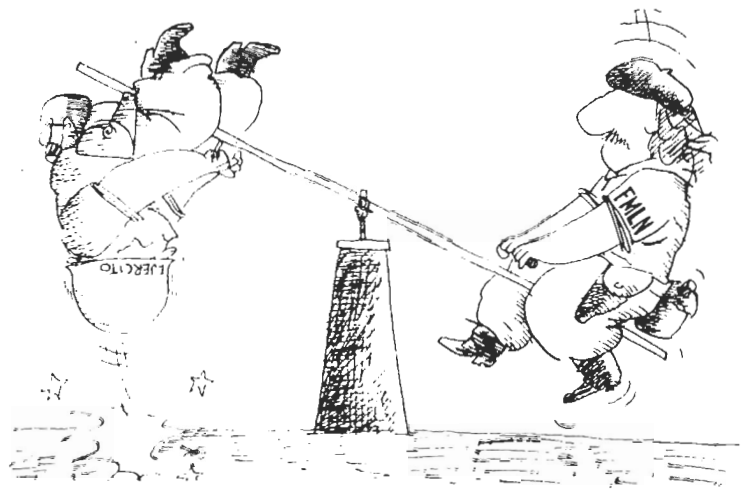
Die Absetzung Blandons als Heereschef, dem letzten Vertreter der demokratischen Fassade im Militär und dessen Ersetzung durch Emilio Ponce, macht deutlich, wie wenig die Oligarchie noch auf den Krieg der niederen Intensität setzt, an den sie ohnehin nie glaubte. Sie erinnert sich wieder an ihre historische Erfahrung in der Beilegung sozialer Konflikte: Das Massaker von 1932.

Objekt der Repression sind z.B. immer wieder die RücksiedlerInnen, die nach 8jährigem Exil im Flüchtlingslager Mesa Grande in Honduras sich entschlossen hatten, nach El Salvador, in ihre Herkunftsorte zurückzukehren. Sie bestehen darauf, in ihren Orten zu leben, also in Konfliktzonen, die von der Armee ja gerade bombardiert wurden, um die Zivilbevölkerung zu vertreiben. Die Lage der Rücksiedlungsdörfer ist anhaltend schlecht. Im Oktober und November hat es laufend Versuche von Zwangsrekrutierungen gegeben. Guarjila und San Antonio Los Ranchos sind bombardiert worden. Teosinte ist von der Armee überfallen worden, die dort eine umfangreiche Razzia durchführte. Aus El Higueral sind ausländische MitarbeiterInnen vertrieben worden; sie wurden des Landes verwiesen. Die Schikanen gegen AusländerInnen, vor allem jene, die Solidarität mit den Rücksiedlungen und der Zivilbevölkerung in den Konfliktzonen üben, halten an: Aufenthaltserlaubnisse werden in der Regel nur noch für 5 bis 8 Tage ausgestellt; in den Tagen vom 5. bis 7. November 1988 wurden keine AusländerInnen mehr ins Land gelassen. AusländerInnen, die in El Salvador arbeiten und andere, die zu Besuch sind, wurden von Angehörigen der Streitkräfte El Salvadors und der USA (!) verhört.

Am 21.11. 1988 brachen von Santa Marta aus 3 Busse mit aus Honduras zurückgekehrten Flüchtlingen auf, um in San Salvador an einer ökumenischen Feier aus Anlaß des neuen "retornos" teilzunehmen. Die Busse wurden in der Provinzhauptstadt von Cabanas, Sensuntepeque, von Militärs an- und aufgehalten. Bei den Ex-Flüchtlingen war auch die US-Amerikanerin Lesly Doser, Mitarbeiterin der

Internationalen Friedensbrigaden. Nach mehreren Stunden Verhör und intensiven Verhandlungen wurden die Busse durchgelassen. In Berlin, Usulatán, verhaftet die Nationalgarde regelmäßig Kriegsvertriebene, wenn sie aus den Kantonen um Santa Cruz zum Einkaufen kommen.

Die **Repression gegen die Landarbeitergewerkschaft ANTA** hält an: Nach dem Überfall auf die Büroräume von ANTA in San Salvador im September verhafteten Soldaten am 29. Oktober das ANTA-Mitglied Maria Cristina Mejia, ihre Mutter Rufina Figueroa und das ANTA-Mitglied Herculano Mendez. Am Tag zuvor hatten dieselben Soldaten bereits Andres Martinez und Adan Santos aus demselben Dorf verhaftet. Am 12. November wurden 3 Mitglieder von ANTA in Morazan von Militäreinheiten ermordet.



Am 22. November führten Angehörige einer ganzen Reihe von Polizei- und Militäreinheiten eine dreistündige Razzia im Lokal des Genossenschaftsverbandes COACES (wie ANTA in der UNTS) durch. Die Anschuldigungen, der Vorwand waren die üblichen, einen Hausdurchsuchungsbefehl gab es nicht. Die Namen und Daten der MitarbeiterInnen wurden registriert und einige Materialien mitgenommen.
Für Julio Cesar Portillo vom Exekutivkomitee der UNTS ist das Ansteigen der Repression nicht mehr als ein Ausdruck der Hoffnungslosigkeit des Regimes. Und daß diese Erkenntnis die Volksbewegung inzwischen ergriffen hat, spiegelt sich auch in den Reaktionen auf die Repression wider. "Wir hatten den Versuch der Todesschwadrone, 2 Genossen von FENASTRAS zu entführen, die aber von ihren companeros freigeprügelt wurden. Oder die Entführung von Daniel Huezo, der im Fernsehen - umringt von Polizei - erklärt, seine Verhaftung sei ein weiterer Beleg für die Verstrikkung von Todesschwadronen und Nationalpolizei", sagt Portillo.

Im November versuchten bewaffnete Kräfte in Zivil 2 Studenten festzunehmen. Dies wurde jedoch von anderen Studenten verhindert, worauf der neue Heereschef Ponce eine erneute Militärbesetzung und Schließung der Universität androhte.

Neben ihrem Mut ist die Vielfalt die bezeichnende Eigenschaft der salvadorenischen Massenbewegung; fast jede soziale Gruppe hat ihre eigene Vertretung, seien es SlumbewohnerInnen, Kinder, Metallarbeiter, MarktverkäuferInnen, Entlassene, Frauen, StudentInnen usw. Die Einheit, das gemeinsame Selbstverständnis eines gemeinsamen "Volksprojekts" oder "Projekts des Lebens", wie es der ermordete Erzbischof Romero nannte, macht die Massenbewegung so gefährlich, ihre Entschlossenheit unbesiegbar. "Früher haben wir uns vor den Mördern des Volkes gefürchtet, heute denunzieren wir sie vor der Weltöffentlichkeit", betont der indianische Kazike und Vorsitzende des Indianerverbands ANIS. Für die Anhänger des totalen Krieges ist es schwer geworden, ihr Konzept von Repression durchzusetzen.

Daneben ist aber auch die FMLN Garant dafür, daß die sich verschärfende Unterdrückung, die alle spüren und für die kommenden Wochen noch stärker erwarten, nicht mehr so sein wird, wie 1980, als Zehntausende einfach abgeschlachtet wurden. Ihre zunehmende Präsenz im Stadtgebiet von San Salvador zeigt, wie wenig die Militärs die Situation noch unter Kontrolle haben. Das einstündige Gefecht an der Kaserne im November, in der Nähe weiterer Kasernen, fliehende, unkontrolliert um sich schießende Soldaten verstärken diese Einschätzung und vermitteln der Stadtbevölkerung die Stärke der Guerilla.

Aber gegen die Euphorie, gegen die Nähe des Sieges, den viele sehen, steht immer noch die Angst vieler Menschen. Und "es fehlt noch an Arbeit, vor allem in den Sradtteilen", betont jemand aus der Massenbewegung. "Die Revolution ist ein schweißtreibendes Projekt aus Angst und Arbeit, aber die Situation ist zu polarisiert, zu gespannt, um sich noch als Individuum zu begreifen."



Die Würde des Menschen ist antastbar

Seit dem 10. 10. 1986 ist alles anders in den "Comunidades marginales" von San Salvador. Das verheerende Erdbeben vor zwei Jahren hat nicht nur enorme Erdmassen, sondern auch sehr viel in den Köpfen der dortigen Bewohner bewegt. Der folgende Artikel beschreibt, wie die Menschen sich in den Elendsvierteln gegen Wirtschaftskrise und Repression zur Wehr setzen.

Am 10.9.1988 fand das letzte Vorbereitungstreffen statt. Isaac, Mitglied im "Koordinierungsrat der Elendsviertel (CCC), hob noch einmal die Bedeutung und Notwendigkeit dieser Aktion hervor und rief zu diszipliniertem Verhalten auf: "Keiner von uns hat feste Arbeit, die Mieten sind unbezahlbar. Uns bleibt keine andere Wahl, als uns das grundlegende Menschenrecht, das Recht auf eine würdige Behausung zu erkämpfen."

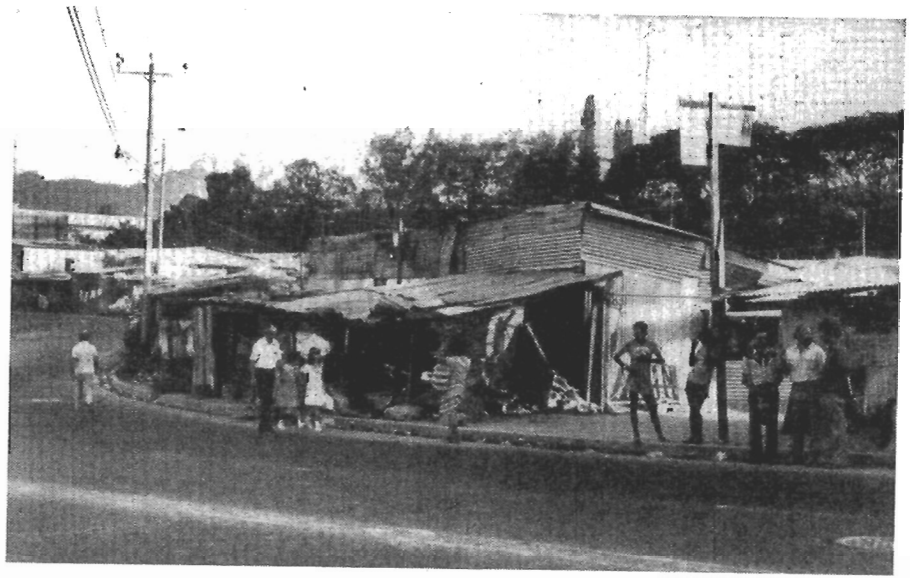
Am nächsten Morgen, am 11.9. 1988, war es dann soweit. Treffpunkt war das Kino in Zacamil, einem Stadtviertel im Nordwesten von San Salvador. Von dort ging es um sechs Uhr dreißig nach einem kurzen Marsch zu einem hügeligen, dicht bewachsenen - aber bislang ungenutzten Gelände. 25 Familien hatten sich mit einigen aktiven Mitgliedern vom CCC entschlossen, dieses Terrain zu besetzen, um sich dort Häuser zu bauen. Alles war bestens vorbereitet: Zwei klein Transporter brachten Macheten, Pickel, Hacken, Schaufeln, Hämmer, Schubkarren, ein großes Zelt, Kochgeschirr Brennholz, Nahrungsmittel, Kaffee, Wasser.

Die 25 Familien hatten einen ehrgeizigen Plan: Innerhalb des ersten Tages sollte das ca. 1 ha großes Gelände abgesteckt, von Gras und Gebüsch befreit und planiert werden; die ersten Häuser sollten fertiggestellt werden, damit die BewohnerInnen die Nacht dort bereits schlafen und das Gelände, die Werkzeuge und Materialien bewachen können. Für alle Einzelaktivitäten gab es Verantwortliche und nach einem kurzen Koordinierungsgespräch begannen zunächst etwa 100 Personen zu arbeiten. Innerhalb von 2 Stunden war das Gebiet wie verwandelt; Gras und Büsche waren beseitigt, Hügel eingeebnet, und die ersten Holzgerüste der zukünftigen Hütten standen bereits. Inzwischen war der erste LKW mit Baumaterial angekommen, und die BesetzerInnen hatten Wellbleche, Dachlatten und Nägel auf "ihr" Territorium transportiert. Die Zahl der anwesenden Personen hatte sich etwa verdreifacht. Aus benachbarten Elendsvierteln strömten Leute herbei, die sich mit den BesetzerInnen in der gemeinsamen Arbeit solidarisierten.

Was war geschehen?
Hier hatten sich Angehörige des sog. Lumpenproletariats organisiert, um ihre Interessen gemeinsam und militant zu verteidigen.

Schon seit längerem sind Soziologen an der Nationaluniversität (UES) dabei, die Rolle dieser Marginalisierten in der salvadorenischen Gesellschaft neu zu definieren. Denn in El Salvador, wo eine Politik der Stabilisierung durch Zugeständnisse ein Fremdwort ist, bleibt die Organisierung der einzig gangbare Weg, auch für die marginalisierte Bevölkerung. Die strukturellen Probleme dieser Bevölkerungsgruppe leiten sich auch aus dem nunmehr achtjährigen Krieg ab. Die militärische Strategie der Aufstandsbekämpfung, nämlich Krieg gegen die Zivilbevölkerung auf dem Land, hat einen gewaltigen, über Jahre andauernden Flüchtlingsstrom in die Städte erzeugt. So stieg seit Beginn des Krieges die Einwohnerzahl von San Salvador nahezu um das Doppelte - von 800.000 auf 1,5 Mio - an. Besonders in der Hauptstadt wird das Ausmaß der Vertreibung der Landbevölkerung deutlich, aber auch die gescheiterte Politik der zivilen Aufstandsbekämpfung. Der ursprüngliche Plan, die Vertriebenen in militärisch kontrollierte Dörfer der Regierung wiederanzusiedeln, wurde kaum verwirklicht.

Das verheerende Erdbeben am 10. Oktober 1986 traf die Armensiedlungen besonders hart. 70% der eingestürzten und beschädigten Häuser befanden sich in diesen Zonen. Viele der Erdbebengeschädigten (Damnificados) waren Marginados und Kriegsvertriebene. Insgesamt verloren 300.000 Menschen ihre Wohnungen und waren gezwungen, sich in provisorischen Behausungen einzurichten. Ungenutztes Niemandsland wie Uferböschungen, alte Mülldeponien, Grünstreifen an Straßen und Bahnschienen wurde knapp, und in zunehmendem Maß wurde brachliegende Land besetzt.



Den BewohnerInnen der städtischen Elendsviertel El Salvadors ist trotz der Unterschiede ihrer Herkunft und Ansichten vor allem eines gemeinsam: die Unwürdigkeit ihrer Wohnungen. Mehr als 50% der Familien in den drei größten Städten des Landes leben in überbelegten Wohnungen; in der Regel ein Zimmer für für eine 5-10köpfige Familie. Es sind Hütten aus Holz, Pappe oder Blech, die meist auf erdrutschgefährdetem oder müllverseuchtem Terrain stehen oder auf "illegal" besetztem Gelände. Von 100 Comunidades fehlt 60 die Trinkwasserversorgung, 36 der elektrische Strom, und in 90 wird das Abwasser nicht entsorgt. Die Kombination aus mangelnder Hygiene, Ungeziefer und Unterernährung schwächt die Widerstandskraft der Menschen. 90% der Krankheiten (vor allem Haut-, Magen- und Atemwegserkrankungen) sind auf Unterernährung zurückzuführen, zu deren Behandlung weder ärztliche Versorgungseinrichtungen noch Medikamente zur Verfügung stehen. Die wenigsten Kinder haben die Gelegenheit, zur Schule zu gehen

In den meisten Vierteln befinden sich Grundstück und Haus in Besitz einer staatlichen Institution oder einer Privatperson. Nach dem Erdbeben wurden in die Höhe geschraubte MIeten und Bodenspekulation zum einträglichen Geschäft für die Besitzer. Für die Comunidades ist die Legalisierung des Landes zu einer der wichtigsten Forderung geworden.
Die Mehrheit der ElendsviertelbewohnerInnen sind Frauen und Kinder. Häufig sind die Frauen allein für den Lebensunterhalt der ganzen Familie zuständig. Maria de Flores, die vor Jahren aus Cabanas in die Hauptstadt kam, lebt mit ihren 5 Kindern in einer kleinen Hütte, "Champa" genannt, in der Comunidad Nueva San José Mit 65 anderen Familien besetzte sie nach dem Erdbeben das Stückchen Land in der Nähe des Regierungszentrums.

"Vor dem Erdbeben haben wir in einer Mesonessiedlung gewohnt. Für 200 Leute gab es 4 Toiletten und 2 Waschstellen und nur 3 Stunden Wasser", berichtet sie. Mesones sind Häuser, oft nur aus Blech, deren Zimmer für hohe Mieten an jeweils eine Familie vermietet werden. Auf dem Gelände der jetzigen Comunidad gibt es weder Strom noch Wasser. Maria de Flores verdient den Unterhalt ihrer Familie mit dem Verkauf von Bonbons und Zigaretten. In einem Korb bietet sie ihre Waren auf der Straße an. Immer wieder wird sie von der Polizei vertrieben, oder es werden die Waren beschlagnahmt, erzählt sie, da ihr das Geld für eine Verkaufliziens fehlt.

Sie ist eine der 8 gewählten Vertreterinnen der Comunidad und setzt sich für eine Schule ein. Dabei geht es ihr nicht nur darum, den Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen, sondern auch darum, die Kinder beaufsichtigt zu wissen. Denn es sind viele Fälle bekannt geworden, wo Kinder geraubt und ans Ausland für Organtransplantationen oder zur Adoption verkauft werden. Die BewohnerInnen fordern vom Bürgermeister die Enteignung und

Übergabe des Geländes zu einem symbolischen Preis. Die Besitzer, eine deutsche Familie, droht mit gewaltsamer Vertreibung und wird dabei von der Polizei tatkräftig unterstützt, die oft auftaucht und versucht, die BewohnerInnen einzuschüchtern.

Die Comunidad Nueva San José ist eine relativ kleine, homogene Gruppe. Es gibt aber auch Viertel, in denen, bedingt durch ihre Größe, äußerst unterschiedliche Menschen zusammenleben. Ein Beispiel ist die Kolonie 22 de abril, in der 15.000 Flüchtlinge



Wir sind mit unserer Geduld am Ende.

dichtgedrängt auf einer Mülldeponie siedeln. Menschen, die vor der Armee geflohen sind, leben oft neben anderen, die eine diffuse Angst vor der Befreiungsbewegung in die Stadt getrieben hat. Dazwischen Marginados, die hier seit 40 Jahren ihr Leben am Rande der Gesellschaft führen. Neben der Angst und dem Mißtrauen in den Comunidades, die auf diese unterschiedliche Zusammensetzung, hauptsächlich aber wegen der traumatischen Ereignisse Anfang der 80er Jahre zurückzuführen sind, ist es vor allem die Vereinzelung im Überlebenskampf, die eine Organisierung und stärkende Solidarisierung erschwerte. Auch hier setzte das Konzept der zivilen Aufstandsbekämpfung an. Es war bekannt, daß über 90% der SlumbewohnerInnen keine feste Arbeit haben, das heißt, auf Aktivitäten im informellen Sektor angewiesen sind. Dies erschien den Kriegsstrategen aus den USA günstig, um einen einheitlichen Meinungsbildungsprozeß und daraus folgend ein gemeinsames öffentliches Auftreten zu verhindern. Eine individualisierte, verelendete Masse sollte der PDC als soziale Basis angedient werden. Über plumpe Propaganda und Repression hinaus wurden weitere, komplexere Versuche gestartet, um den Betroffenen endgültig zu zeigen, daß es sich nicht lohne, in diesem Land Forderungen zu stellen.

Aufstandsbekämpfung in den Elendsvierteln

Auffällig sind vor allem 2 klassische Methoden der zivilen Aufstandsbekämpfung:

1. Die Food for Work-Programme, bei denen die Leute für 12 Stunden Arbeit pro Woche mit einer geringen Menge an Nahrungsmitteln vergütet werden. Hauptfinanzgeber sind die AID und das Welternährungsprogramm der UN/FAO. Die Gelder werden über staatliche oder private Institutionen wie die Vertriebenenorganisation CONADES und andere wie World Relief, CALMA, Project Hope usw. kanalisiert. Ziel ist die ideologische Einbindung der bedürftigen Bevölkerung in das Counterinsurgency-Programm "Unidos para reconstruir" (Vereint zum Wiederaufbau), die Zerstörung ihrer Würde und damit ihres Widerstands.
2. Ähnlich in der Zielsetzung, aber etwas erfolgreicher in der Praxis, sind die evangelischen Sekten, z.B. "Asamblea de Dios", die in ihren Messen und Kultveranstaltungen auf sehr subtile Art Angst machen, alle sog. politischen Aktivitäten scharf verurteilen und ansonsten auf die Erlösung nach dem diesseitigen Leben orientieren.

Wesentliches Merkmal fast all dieser Formen der Aufstandsbekämpfung ist, daß sie erstens sehr viel Geld kosten und zweitens nicht sehr effektiv sind. Das Scheitern der Aufstandsbekämpfung in El Salvador ist schon häufig festgestellt worden (vgl.LN 174). In den Armutsvierteln wie auch in anderen Sektoren, sind dafür 2 Gründe zu nennen:
1. Die Unfähigkeit der Administration, die Vorgaben der USA ordnungsgemäß durchzuführen. Die soziale Zersetzung ist soweit fortgeschritten, daß ein politischer Wille zur zivilen Aufstandsbekämpfung, der ja ohnehin nie sehr verbreitet war, nicht mehr aufrechterhalten werden kann.
2. Die Betroffenen selber lassen sich nicht mehr abspeisen mit Versprechen und willkürlichem Terror. Sie formieren sich und leisten Widerstand, denunzieren die US-Intervention und fordern soziale Gerechtigkeit.

Widerstand in den Elendsvierteln

Der bedeutendste Gegenpol zu den Bemühungen der Aufstandsbekämpfer ist die zunehmende Organisierung in den Armenviertel. Besonders nach dem Erdbeben gründete sich eine Vielzahl von Organisationen und "Directivas" (gewählte Vertretung der Comunidades), um den ersten Notstand zu überbrücken und die Übergabe der ausländischen Hilfslieferungen zu fordern, die in den Spalten der christdemokratischen Korruption verschwanden. Die Selbsthilfeorganisationen konnten sich konsolidieren; ihre Forderungen gingen bald über reine Schadensbehebung hinaus, indem sie eine gerechtere Einkommens- und Bodenverteilung thematisierten.

Neben dem CCC (Koordinierungsrat der Comunidades) bildeten sich UNADES (Nationale Vereinigung der Erdbebenopfer) und der CCDSR (Rat der vom Erdbeben betroffenen Comunidades von San Roque). Auch der CCM (Rat der marginalen Comunidades), der schon länger besteht, spielt eine wichtige Rolle. Vertreter dieser 4 Organisationen, die jeweils in verschiedenen Vierteln arbeiten, sind sich in der Analyse einig, daß weder Geschenke noch andere assistenzialistische Maßnahmen von Regierungsinstitutionen, noch individuelle Lösungsansätze geeignet sind, ihre Lebensbedingungen zu ändern. Vielmehr treiben sie eine Organisations- und Bewußtseinsarbeit voran, um sich über die tatsächlichen Ursachen ihrer Probleme Klarheit zu verschaffen. Im Dezember 1987 wurde während eines gemeinsamen Kongresses dieser Gruppen ein Dachverband gegründet - UCES (Vereinigung der Comunidades von El Salvador). Insgesamt sind in UCES mehr als 120 Comunidades repräsentiert. Sie weisen immer wieder darauf hin, daß nicht das Erdbeben für den Mangel an Nahrung, Wasser, Licht, Arbeit und Bodenbesitz verantwortlich sei, sondern die extrem ungleiche Verteilung von Boden und Einkommen.

Neben diesem Zusammenschluß gibt es die CUT (Vereinigte Elendsviertel durch das Erdbeben 1986). Diese kleinere Organisation, die auf Initiative der Bewohner von sieben Comunidades und unter administrativer und personeller Hilfestellung des lutherischen Weltbundes ins Leben gerufen wurde, hat eine ähnliche Arbeitsweise und Zielsetzung wie die oben genannten. Die Promotores, die aktiven Mitglieder, besuchen die Gemeinden fast täglich, auch um über andere Comunidades zu informieren, Initiativen aufzugreifen und weiterzutragen und regelmäßige Versammlungen anzuregen. Im Rahemn von UCES werden häufig Demonstrationen durchgeführt, um ihr Recht auf Leben gegen das sie bedrohende "Recht auf Eigentum" durchzusetzen. Ihre Forderungen lauten u.a.: Schluß mit der gewaltsamen Vertreibung, Übergabe der besetzten Gebiete, die dem Staat gehören, an die Bewohner, Enteignung der besetzten Flächen, die in Privatbesitz sind und deren Verkauf zu einem symbolischen Preis! Weiterhin fordern sie eine infrastrukturelle Versorgung der Gebiete, den Bau von Wohnungen und die Senkung der Preise von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Mieten usw. um 50%. Ihre Arbeit wird nicht nur durch die mehr oder weniger subtile Gegenpropaganda der Aufstandsbekämpfung erschwert, sondern in wachsendem Maße durch die Einschüchterung, Razzien in den Comunidades durch Militäreinheiten und Polizei, durch Beschuldigungen, Deckorganisationen der Guerilla zu sein, bis hin zu Verhaftungen und Verschwindenlassen von MitarbeiterInnen und ganzen Familien.



VEREINT IM KAMPF UM LAND

Wir fordern Basisdienstleistungen!

Arbeitsplätze!
Wir fordern den Verkauf der Gelände zu einem symbolischen Preis

Stop der Erhöhung der Lebenshaltungskosten

Gerechte Löhne

Und entsprechend sind auch Isaac und die 25 Familien in Zacamil bedroht. Sie selbst sehen nur eine Möglichkeit: Weitermachen und Öffentlichkeit schaffen. Ende September führten sie eine Demonstration vor der städtischen Wohnungsbaubehörde (IVU) durch, der das Gelände gehört. Am 5.Oktober luden sie zu einer Pressekonferenz ein. Das Ergebnis ihres Kampfes liegt auf der Hand: die anfänglichen Repressionsmaßnahmen, wie die militärische Umstellung des Geländes und Personenkontrollen, mußten auf öffentlichen Druck zurückgenommen werden. Inzwischen sind 30 Häuser fertiggestellt; ein Stück Minimallösung wurde erkämpft.



PERU

Ohne Ausweg in die Falle?

1990 wird ein Jahr großer Entscheidungen für Peru sein. Im Vorfeld der nächsten Präsidentschaftswahlen sind die politischen Kräfte des Landes einem Dilemma ausgesetzt. Wie soll mit dem Problem der "Subversion" umgegangen werden? Mit Sicherheit ein kritischer Punkt für Izquierda Unida, die zweitstärkste politische Kraft mit guten Aussichten für einen Wahltriumph.

Acht Jahre nach Beginn der bewaffneten Aktionen von Sendero Luminoso in Peru läßt sich feststellen, daß das Aktionsgebiet der Partei nicht mehr ausschließlich die Andenprovinzen Ayacucho, Apurímac und Huancavelica im Südosten Perus umfaßt. Ausgehend vom Bezugspunkt Lima überdeckt ihr Aktionsradius die Provinzen Junín, Pasco und Huánuco im Osten und Nordosten, die Bergregionen der Departamentos Libertad und Ancash im Norden, außerdem die Provinz San Martín im Nordosten, wo außerdem seit November 1986 die "Revolutionäre Front Tupac Amaru" (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru [MRTA]) in den bewaffneten Kampf eingetreten ist. Die Hauptstadt Lima selbst ist ebenfalls Operationsgebiet beider Gruppen.

Die ständig wachsende Gegenwart der Gewalt stellt eines der größten aktuellen Probleme des politischen Lebens in Peru dar. Das Fehlen von echten Alternativen, die zu einer Lösung des Phänomens der "Subversion" beitragen könnte, scheint für die Regierung Alan Garcías kein Gegenstand stärkeren Interesses zu sein. Der Präsident führt die politische Tradition seines Vorgängers Fernando Belaúnde Terry fort, indem er auf seine Verfassungspflichten verzichtet und die Lösung des Konflikts völlig an die Streitkräfte delegiert. Diese wenden ihrerseits eine Strategie an, die die Rechtsordnung des Landes in keiner Weise respektiert und noch viel weniger mit der Achtung vor Verfasung und Menschenrechten zu tun hat.

Was will Sendero?

Sendero Luminoso bezeichnet sich selbst als eine marxistisch-leninistisch-maoistische Partei, die von der Philosophie des Genossen "Gonzalo" bestimmt wird. Presidente Gonzalo ist Abimael Guzmán Reinoso, der Mann, den Polizei und Streitkräfte seit acht Jahren intensiv suchen und der sich mittlerweile in eine Art legendäre Figur vewandelt hat. Von einem unbekannten Ort des Landes aus leitet er die bewaffneten Aktionen, seit Sendero Luminoso 1982 offiziell den Kampf erklärt hat. Für Sendero stellen die Ideen des Genossen Gonzalo die vierte Stufe des Kommunismus nach Maoismus und Leninismus dar. Von seinen Parteigängern wird Gonzalo als letzte Instanz der Partei und der internationalen Revolution angesehen.

Das Vorgehen Senderos basiert auf maoistischer Strategie. Sendero will den langfristigen Volkskrieg auf dem Land und in den Städten. Dieser Erschöpfungskrieg, der 1982 begonnen wurde (Sendero beruft sich auf die ersten Aktionen im Mai 1980 und seine Kriegserklärung von 1982), besteht darin, das nationale Territorium mit immer dichteren Sabotageaktionen und Attentaten zu überziehen und damit die Streitkräfte zu zwingen, faktisch den gesamten Staat zum Operationsgebiet zu erklären. Die Senderisten wissen genau, daß der von ihnen angestrebte Sieg ein politischer sein muß. Der Weg dahin führt über die Eroberung der Städte, insbesondere Limas, das Zentrum der politischen Macht. Im Augenblick versucht Sendero gleichzeitig, stärkeren Einfluß auf die organisierte Volksbewegung zu erlangen. Bislang war die

Präsenz der Partei äußerst gering gemessen an der traditionellen Verbindung der Volksbewegung mit der "Vereinigten Linken" (Izquierda Unida [IU]), die die zweitstärkste politische Kraft des Landes darstellt.

Für Sendero handelt es sich nicht nur um das Ziel, militärische Erfolge gegen die Streitkräfte zu erringen. Der Hauptgegenstand des Kampfs ist die vollständige Lähmung der Wirtschaft, die Destabilisierung des politischen Systems und die Erzeugung einer Athmosphäre der Verwirrung und der Verunsicherung bei der Bevölkerung. Sendero arbeitet auf eine völlige Disqualifizierung der Regierung hin, und in der Sendero eigenen Logik ist es gleichgültig, ob es sich dabei um eine Regierung der APRA, der IU oder der Rechten handelt. Die Konsequenz dieser gleichzeitig militärischen, ökonomischen, politischen und psychologischen Kriegsführung ist die Zerstörung der gesamten Struktur des Staats.

Durch die Tatsache, daß es sich nicht um eine militärische, sondern um eine politische Auseinandersetzung handelt, müssen die Spielregeln, die Sendero einseitig diktiert, akzeptiert werden. Man wollte Sendero nicht verstehen und das führte nicht nur zu einem Scheitern der Counter-Insurgency-Strategie sondern schlimmer noch zu einem Mangel an konkreten Alternativen bei den Parteien der politischen Opposition, insbesondere bei IU. Izquierda Unida beschränkt ihre Haltung auf eine Verurteilung des Terrorismus, der Subversion und der Regierungspolitik ebenso wie der Verletzungen der Menschenrechte.

Die bewaffnete Auseinandersetzung während der Regierungszeit Belaúndes

Mit der Entscheidung des Präsidenten Belaúnde, die Streitkräfte 1982 mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Ausnahmezustandsgebiet Ayacucho zu beauftragen, votierte die erste zivile Regierung seit 1968 für eine ausschließlich militärische Behandlung des Phänomens Sendero und verzichtete damit auf die Ausübung der demokratischen legitimierten exekutiven Gewalt. Die Bildung eines Politisch-Militärischen Kommandos (Comando Político Militar) in Ayacucho bedeutete die Übergabe aller Verfassungsgewalten an das Militär im Gebiet des Ausnahmezustands und führte so zu einer Lähmung der Justizgewalt und der übergeordneten Behörde, dem Ministerio Público. Auf diese Weise wurde der Rechtstaat durch eine Willkürherrschaft in dieser Region ersetzt, ein Zustand, den die verfassungsmäßige Regierung willentlich herbeiführte. Gewalt wurde zur einzigen Antwort auf die Aktionen von Sendero und der "Schmutzige Krieg" zur erklärten Strategie derer, die im Namen der Verfassung und des Rechtstaats handelten.



Demonstrierende Gewerkschafter

Mit dem Eingreifen der Streitkräfte in den beiden ursprünglichen Gebieten des Ausnahmezustands, Ayacucho und Huancavelica, und der Unterstellung unter die Kontrolle des Politisch-Militärischen Kommandos begann ein "Schmutziger Krieg", der in eine allgemeine Repression der Bevölkerung mündete. Bestandteile dieser Praxis wurden Verschwindenlassen von Personen, extralegale Hinrichtungen und die völlige Zerstörung von ganzen Dörfern.

Die Regierung Belaúndes weigerte sich strikt, die Streitkräfte belastende Anzeigen zur Kenntnis zu nehmen und in der Konsequenz wurden die kriminellen Vorgänge niemals untersucht. Belaúnde wies die Informationen der UNO und Amnesty Internationals zurück. Er war ebenfalls nicht bereit, in einen Dialog mit den Familienangehörigen Verschwundener zu treten und beschuldigte die Menschenrechtsorganisationen, der Sache des Terrorismus den Weg zu bereiten. Auf diese Weise zwang Belaúnde verschiedene soziale Gruppen des Landes erpresserisch zu einem politischen Verhalten, das seinen Ansichten entsprach: für die Regierung Belaúnde war jeder, der in Verbindung mit den Menschenrechten Anzeige erstattete oder publizierte, ein Kollaborateur von Sendero mit dem Ziel, die Position der Streitkräfte in den Schmutz zu ziehen. Viele Parlamentarier der Linken wurden beschuldigt, Mitarbeiter des sogenanten legalen Arms von Sendero zu sein. Diese Behauptung ist schon insofern abstrus, da es für niemanden ein Geheimnis darstellt, daß IU in den Augen Senderos der "schlimmste Ausdruck von parlamentarischem Kretinismus" ist. Abwegig schon der Tatsache wegen, weil viele IU-Bauernführer von Sendero bedroht und in einigen Fällen ermordet wurden.

DIE GROSSE ENTTÄUSCHUNG

Anläßlich seines Amtsantritts im Juli 1985 verurteilte Alan García die Umgehung legaler Normen bei der Bekämpfung der Subversion und betonte, seine Regierung sei nicht gewillt, die Verletzung der Menschenrechte zu tolerieren.

Die von ihm eingenommene Position angesichts des Massakers von Accomarca im September 1985, bei dem 69 Campesinos, Frauen und Kinder durch eine Militäreinheit unter dem Kommando des Feldwebels Telmo Hurtado getötet wurden, war ohne Beispiel. Zum ersten Mal ordnete ein Präsident die Bildung einer parlametarischen Untersuchungskommission an und enthob den Vorsitzenden des Generalstabs der Streitkräfte seines Postens.

Wir Peruaner hatten ein bestimmtes Gefühl der Hoffnung in Bezug auf eine Verbesserung im Umgang mit den bewaffneten Auseinandersetzungen, bei den Menschenrechten und setzten auf rechtstaatliches Verhalten. Dennoch mußten wir feststellen, daß dies bereits der Anfang vom Ende des guten Willens war, denn kurze Zeit später stieg die Zahl der von Militärs zerstörten Gemeinden und der Verschwundenen wieder an. Die Kehrtwende führte zu den mittelalterlichen Vorgängen in den Gefängnissen Limas im Juni 1986, die in der extralegalen Hinrichtung von mehr als 300 des Terrorismus angeklagten Gefangenen ihren Höhepunkt fanden.

Innerhalb dieses Rahmens läßt sich feststellen, daß bis heute keine Änderungen in der antisubversiven Strategie sowie in der Machtausstattung der Politisch-Militärischen Kommandos stattgefunden haben.

NICHT EINER, SONDERN VIELE ANGEKÜNDIGTE TODE

"Unglücklicherweise ist es unmöglich, zwischen einem Campesino und einem Terroristen zu unterscheiden, weil beide Quechua sprechen und einen Poncho und Gesichtsmasken tragen ... und wenn von 60 Toten drei Senderisten sind, ist das in Ordnung. ... Es ist offensichtlich, daß die Armee später erklären muß, die 60 seien Terristen gewesen", so eine Erklärung des Armeegenerals Luis Cisneros Vizquerra, gegen Ende der Militärdiktatur (1968-80) Innen-



Der leuchtende Pfad der Waffen – ein Propagandaplakat des Sendero Luminoso

minister und Ideologe der antisubversiven Strategie. Cisneros ist aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, aus diesem Grund besitzen seine Erklärungen keinen offiziellen Charakter; es ist dennoch offensichtlich, daß diese Position, die er 1982 den peruanischen Zeitschriften "Caretas" und "Que Hacer" vor dem Eingreifen der Militärs in Ayacucho erläuterte, exakt das widerspiegelt, was später in die Tat umgesetzt wurde.

"... die Campesinos müssen wählen, auf welcher Seite sie sterben wollen. Falls sie die Armee unterstützen werden sie von den Terroristen getötet und wenn sie die Senderisten akzeptieren, wird die Armee sie umbringen" (Cisneros). Auf diese Art und Weise sahen sich die Campesinos von Ayacucho im Feuer zwischen zwei Fronten. Es ist sicher richtig, wenn be-

hauptet wird, daß die anfänglichen Aktionen von Sendero Luminoso von der Landbevölkerung Ayacuchos mit Sympathie aufgenommen wurden. Es muß aber betont werden, daß in dem Moment, als Sendero begann, auf äußerst brutale Weise lokale Bauernvertreter, Bauern und kleine Händler unter der Anschuldigung, sie seien Verräter an der Sache des Volkskriegs, zu töten, nicht nur jede Sympathie für Sendero erlosch, sondern auch daß sich Campesinos unmittelbar gegen sie stellten oder sie bei den Militärbehörden denunzierten.

Bis zum heutigen Tag setzt sich die Serie der Morde durch Sendero fort. In der Sprache von Sendero sind das Standgerichte. Nicht nur, daß Sendero Schrecken verbreitet, die Senderisten zerstören alles, was an ihrem Weg liegt, wie etwa im Fall von Allpachaca, eines agrokulturellen Instituts der Universität San Cristóbal de Huamanga. Dort wurde das Ergebnis von 20 Jahren intensiver Arbeit für die Erhaltung der Pflanzenwelt zerstört. Außerdem töteten sie 500 Stück Vieh, darunter viele wertvolle Zuchttiere. Zu dieser Aktion bemerkte Abimael Guzmán: "Unsere Politik ist die der Zerstörung. Es darf nichts übriggelassen werden... Im Krieg zerstört man das, was nicht brauchbar ist oder das nicht mitgenommen werden kann. Deswegen ist das, was wir taten akzeptabel, die Zerstörung gelungen."

FLUCHT VOR DEM TERROR

Die Folge derartiger Aktionen ist, daß die Gebiete im Ausnahmezustand nicht nur verarmte und unterdrückte Regionen des Landes darstellen, sondern daß nun das Phänomen der wachsenden Massenflucht hinzukommt. Tausende von Ayacuchanern sind in die Städte Arequipa, Huancayo und Lima geflüchtet. In Lima wird ihre Zahl auf etwa 100 000 Personen geschätzt.

Diese Einwanderer bezeichnen sich selbst als Flüchtlinge, Vertriebene oder nationale Exilanten. Sie stellen ein großes soziales Problem dar, das die Regierung nicht bereit ist, in Angriff zu nehmen. Die Mehrheit sind Campesinos, die angesichts des Terrors gezwungen waren, ihr kleines Stück Land, ihre Hütten und ihr Vieh zurückzulassen. In Lima besitzen sie nichts außer einigen ebenso armen Verwandten. Ihnen fehlt nicht nur ein Dach über dem Kopf und eine Möglichkeit, Arbeit zu finden, sondern sie sehen sich auch einer Gesellschaft gegenüber, die sie wegen ihrer ethnischen und besonders ihrer geographischen Herkunft diskriminiert und verachtet.

Ihr Kampf ums Überleben ist hart und findet täglich statt. Eine der ersten Aktionen 1984 war eine Landbesetzung auf staatlichem Boden, um die erste Niederlassung von Ayacuchanern in Lima zu gründen, der sie den Namen "Huanta" (Provinz des Departamentos Ayacucho) gaben. Später enstand unter ähnlichen Bedingungen "Huanta 2" an anderer Stelle der Stadt Lima. Auf dem besetzten Gelände wurden Hütten aus Hartkarton oder Strohgeflecht errichtet, in denen es selbstverständlich keine Licht-, Wasser- oder Abwasserversorgung gibt, ebensowenig öffentliche Verkehrsmittel für die weit entfernten und ohne Straßen schlecht zugänglichen Wohngebiete.

M R T A - REVOLUTION MIT HERZ?

Im Augenblick herrscht in vier geographischen Regionen das Ausnahmerecht: im Südosten die drei Anden-Departamentos Ayacucho, Apurímac und Huancavelica, im Nordosten Huánuco und Pasco, das Stadtgebiet von Lima und Callao und seit November 1987 das Departamento San Martín am Rand der peruanischen Selva im Nordosten von Lima. Mit Ausnahme von Lima/Callao befinden sich diese Gebiete unter der Kontrolle der Politisch-Militärischen Kommandos. Die betroffene Bevölkerung macht 36.7% der Gesamtbevölkerung aus, wenn man den Zahlen des nationalen Zensus 1981 Glauben schenkt.

Die politische Front des MRTA taucht in der nationalen politischen Szenerie als bewaffnete Gruppe auf, die mit einfacher Sprache die wichtigsten Forderungen der Bevölkerung aufnimmt und versucht, ihnen zur Durchsetzung zu verhelfen. Die ersten Aktionen zielen darauf ab, als den repräsentativsten bürgerlichen Block Perus die Banken anzugreifen. Es beginnt eine Serie von Sprengstoffattentaten auf Bankniederlassungen. Die Anschläge finden ausschließlich nachts statt, der MRTA achtet streng darauf, daß keine Menschenleben gefährdet werden. In derselben Art wurden bei verschiedenen Gelegenheiten internationale Pressagenturen oder lokale Sender besetzt um ihre Erklärungen zu verbreiten. Auch in diesen Fällen die gleiche Taktik: nichts wird beschädigt, keine Menschen mißhandelt. Im Gegenteil, Angestellte erklären später, sie seien korrekt und höflich behandelt worden und man habe ihnen den Grund der Aktion dargelegt. Im Lauf der Zeit wuchs in der öffentlichen Meinung des Landes eine Vorstellung über den MRTA, die sich stark von der über Sendero unterschied. In bestimmter Weise brachte man ihren Aktionen Sympathie entgegen. Mit großer Begeisterung wurden sie in den Elendsvierteln empfangen, wenn sie Nahrungsmittel verteilten, die sie einem Lastwagenfahrer der Großhandelsunternehmen enteignet hatten.

Der MRTA zeichnet sich durch eine gegen Infiltration anfällige liberale Organisationsstruktur aus. Aus diesem Grund fiel es den Polizeikräften nicht schwer, viele Militante zu verhaften und große Mengen an Waffen sicherzustellen. Es war daher für den MRTA notwendig, über eine weniger verletzliche Front zu verfügen, die er im Gebiet des Alto Huallaga in der Provinz San Martín etablierte, wo allerdings schnell Probleme mit Sendero Luminoso auftraten. Für Sendero ist der MRTA eine konterrevolutionäre Bewegung, die über keine definierte marxistische Konzeption verfügt. Sendero ist der Ansicht, die Aktionen des MRTA dienten lediglich dem Imperialismus oder dem sowjetischen Sozialimperialismus und so sehen sie keinen Grund, sich nicht in bewaffnete Auseinandersetzungen mit Guerrilleros des MRTA einzulassen, bei denen bereits eine ganze Anzahl von MRTA-Mitgliedern getötet wurden.

Wegen der Bedrohung durch Polizeikräfte in Lima einerseits und andererseits durch Sendero im Alto Huallaga zieht sich der MRTA in ein Gebiet zwischen Tarapoto und Moyobamba zurück, das ebenfalls in der Provinz San Martín liegt. Dort ziehen sie ihre Kräfte zusammen und bereiten eine Gegenoffensive vor. In einer spektakulären Aktion besetzen sie das Dorf San José de Sisa, wenige Kilometer von der Grenze zur Provinz Juanjuí entfernt. Bei dieser Gelegenheit sucht die Gruppe die Öffentlichkeit. Journalisten und TV-Teams erhalten die Gelegenheit, detailliert zu berichten, Interviews und Aufnahmen zu machen. Der Führer des MRTA, "Comandante Rolando", stellt sich einem im Fernsehen übertragenen Gespräch. Die Rückenaufnahme des Comandante Rolando führt noch in derselben Nacht zu seiner Identifikation. Sein Name ist Víctor Polay, ehemaliges Mitglied der APRA-Partei und Angehöriger einer Familie mit langer APRA-Tradition, sowie persönlicher Freund des Präsidenten Alan García, mit dem er während seines Studiums in Paris zusammenlebte. Das offensichtliche Ziel dieses Verhaltens war die Erlangung von Spielraum in der nationalen politischen Szenerie, sowie eine Legitimation der Präsenz in der Region und eine geeignete Gelegenheit, Sendero einen Schlag zu versetzen. In seinem Interview erklärte "Rolando" unter anderem, daß den MRTA tiefe ideologische, politische und methodologische Unterschiede von Sendero trennen. Für den MRTA liegt in Peru der Schwerpunkt auf kapitalistischen Produktionsformen, so daß die Gruppe der Ansicht ist, die Revolution könne nicht ausschließlich das Werk der Campesinos sein, sondern sei im wesentlichen die Aufgabe der Volksbewegung in den Städten.

EIN STEIN IM WEG

Die Streitkräfte stoßen mit dem MRTA auf ein schwieriges Problem, da sich die Guerrilleros trotz liberaler Organisationsformen und damit potentieller Verletzlichkeit gut an ihr Aktiongebiet in San Martín angepasst haben und sich dort "wie Fische im Wasser" bewegen. Für die Militärs stellt der MRTA kein ausschließlich militärisches Problem dar, da seine Aktionen

im Gegensatz zu denen Senderos auf bestimmte Sympathie in der öffentlichen Meinung Perus treffen. Weder die Regierung noch die Streitkräfte sind in dieser Situation in der Lage, mit denselben Mitteln wie gegen Sendero vorzugehen, da nur wenige bereit wären zu glauben, die Subversiven des MRTA seien "kranke, fanatische Personen, die bereit sind, jeden zu ermorden, der sich ihnen bei dem Versuch in den Weg stellt, den Staat zu zerstören". Diese Problematik spiegelt sich bereits im Verhalten der Presse wieder, die bei Berichten über bewaffnete Auseinandersetzungen Sendero als Terroristen bezeichnet und im Fall des MRTA von Guerrilla-Aktionen spricht.

In diesem Kontext fällt es den Militärs schwer, sich "frei" zu verhalten, nicht etwa weil es ihnen an Autorität fehlt oder weil sie nicht straffrei agieren könnten wie im Fall von Ayacucho, sondern weil eine hemmunglose Repression gegen den MRTA die Entwertung des fragwürdigen Verhaltens der Streitkräfte verstärken würde. Offensichtlich sind die Militärs nicht bereit, die gesamte Verantwortung zu tragen. Die Erklärungen des Armeegenerals Sinesio Jarama, ehemals Kommandant der Region Ayacucho, in einer bekannten peruanischen Zeitschrift zeigen dies deutlich. In diesem Interview fordert Jarama die zivilen Behörden auf, sich mit dem Problem der Subversion zu befassen, da eine militärische Lösung nicht realisierbar sei.

VOLKSBEWEGUNG UND VEREINIGTE LINKE

Einer der wichtigsten politischen Momente in der Geschichte der peruanischen Linken stellte die Gründung der Volksfront Izquierda Unida im September 1980 dar. Sie war die Antwort auf die Einheitsforderungen der organisierten Volksbewegung.

Die offensichtliche Diskrepanz zwischen Wort und Tat und die manifeste Unfähigkeit zu regieren, hat die Vorstellung zu Grabe getragen, die APRA biete eine Möglichkeit zur Änderung der Situation des Landes. Der deutlich spürbare Bruch hat seine Ursachen aber auch in internen Parteistreitigkeiten und in der Korruption. Aus diesem Grund ist der Spielraum für IU größer geworden. Mit dem Wahlsieg von Alfonso Barrantes in den Bürgermeisterwahlen 1983 war IU in die Lage versetzt worden, nicht nur ihre Fähigkeit zur Administration einer lokalen Verwaltung zu zeigen, sondern auch ihre Verbundenheit mit der Volksbewegung unter Beweis zu stellen. Die Bilanz der Zeit in der Stadtverwaltung von Lima ist positiv. Die stärksten Seiten von IU waren der Aufbau demokratischer Strukturen, die Beseitigung der Korruption, die Orientierung auf die wichtigen Arbeiten in den Elendsvierteln und vor allen Dingen ihre Sorge um das Schicksal der Kinder. Das Wahlversprechen, eine Million Portionen Milch an Kinder zu verteilen, wurde nicht nur gehalten, sondern zusätzlich auf schwangere Frauen ausgedehnt.

Das Scheitern der APRA wird also zu einem größeren Spielraum für IU in den nächsten Wahlen führen. Das rechte Spektrum wurde jedoch ebenfalls durch die Inkohärenz und Unfähigkeit der APRA im Fall der Bankenverstaatlichung gestärkt und stellt für IU einen ernstzunehmenden Gegner dar. IU ist sich ihrer integrativen Stärke bewußt, weiß aber auch, daß die Hauptanstrengungen in Richtung auf die Volksbewegung gehen müssen.

Ein Prüfstein stellte sicherlich die Durchführung des nationalen Volkskongresses dar, einem der wichtigsten politischen Augenblicke im Jahr 1987. Die Teilnahme von 2300 Delegierten aus allen Organisationen der Massenbewegung stellte die optimistischsten Hoffnungen der Organisatoren in den Schatten. Der Einfluß der Mitgliedsparteien von IU auf die Volksbewegung war deutlich zu konstatieren, auch der MRTA erkannte die Legitimität des Kongresses an und nahm als Unidad Democrática Popular (UDP) teil. Obwohl starke innere Auseinandersetzungen zu verzeichnen waren, äußerte sich der Kongreß einig und kritisch über die Aktionsformen von Sendero, denen Terror und Einschüchterung bei ihrem Versuch vorgeworfen wurde, ganze Gruppen von Campesinos zur Kollaboration zu erpressen.



Sendero Luminoso versprüht Präsenz in den Städten

Zusammenfassend lässt sich sagen, daß die verschiedenen nationalen politischen Kräfte wenig oder gar nichts zur Lösung des Problems des bewaffneten Kampfs beitragen. Es geht nicht darum, daß die Regierung alleine das Problem löst, es ist ebenso ein Beitrag der anderen politschen Kräfte im Rahmen der Möglichkeiten einer ausgelaugten Demokratie notwendig. Die peruanische Bevölkerung wünscht definitiv Frieden und soziale Gerechtigkeit, Sendero Luminoso und zum Teil der MRTA stehen im Widerspruch zu diesem Wunsch. Wir stehen vor allgemeinen Wahlen und die APRA als Alternative hat jeden Einfluß verloren, so daß IU sich einer einigen Rechten in Form des Frente Democrático des Schriftstellers Vargas Llosa entgegenstellen muß.

Die Möglichkeiten der IU in der Zukunft bemißt sich an der Entwicklung des demokratischen Lebens, eine andere Option würde lediglich diejenigen politischen Sektoren favorisieren, die sich einen Putsch und chilenische Zustände in Peru herbeisehnen.

Carmen Rojas

KUBA

Solidarität auf neuen Wegen

In die Kuba-Solidarität - bislang eine Domäne der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba - ist nun Bewegung gekommen. Die Gründung der Deutsch-Kubanischen Gesellschaft ist das Ergebnis langwieriger interner Auseinandersetzungen in der Freundschaftsgesellschaft (FG). Zur Vorgeschichte, Problemen und Perspektiven der Neugründung befragten die Lateinamerika-Nachrichten Martin Franzbach, ehemaliges Vorstandsmitglied der FG und Mitinitiator der neuen Gesellschaft.

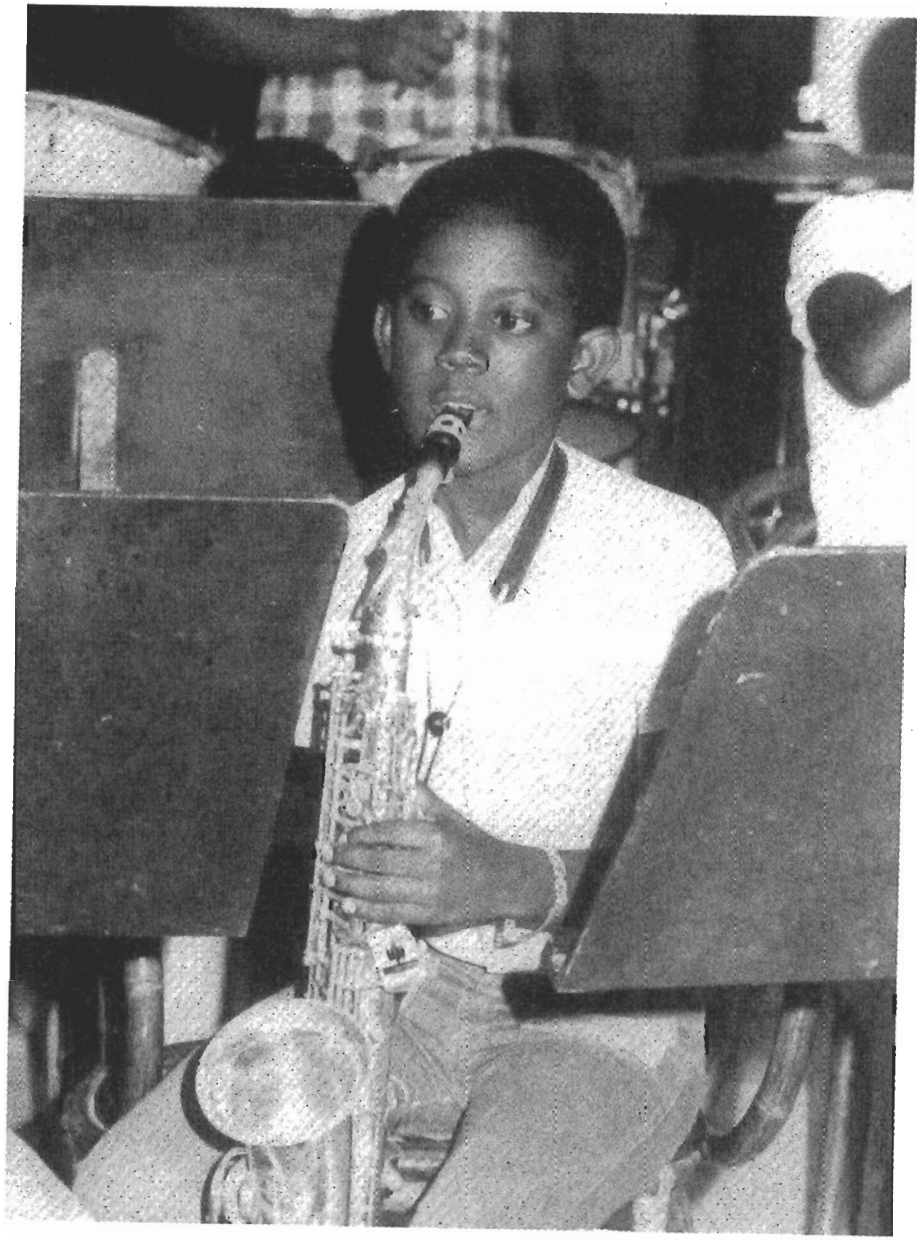
LN: Wie kam es zu dem Bruch innerhalb der FG und zu dem Entschluß die Deutsch-kubanische Gesellschaft zu gründen? Welche Rolle spielten dabei einerseits Fragen der internen Struktur und Form der Auseinandersetzung und andererseits politische Differenzen?

M.F.: Ich glaube, daß die Probleme, die sich dort in der FG ergeben haben, schon lange bestanden, allerdings häufig unter den Teppich gekehrt wurden. Der Konflikt entzündete sich inhaltlich an folgenden Problemkreisen: Da war einmal die Frage, in welcher Weise sich die FG öffnen soll. Sie war ja immer offen gegenüber allen Kreisen der Solidaritätsbewegung, allerdings machten nur wenige mit. Die Grünen z.B. hielten es für undenkbar sich im Rahmen einer FG die derart zentralistisch strukturiert ist zu engagieren. Sie haben allen diesbezüglichen Werbeversuchen einen Korb gegeben. Bei der Öffnung der FG mit dem damaligen Präsidenten H.J. Kröger von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung kam eine stärkere Gewinnung gewerkschaftlicher Kreise zum Tragen. Auch linke SPD-Politiker wie Henning Scherf traten in die FG ein und versuchten ihre Themen dort einzubringen. Wir sind nicht herangekommen an die etwa 40.000 westdeutschen Touristen, die jährlich Kuba besuchen und die natürlich viele kritische Beobachtungen machen und diese auch weiterdiskutieren wollen. Auch die Grünen sahen innerhalb einer so strukturierten FG keine Chance bestimmte Fragestellungen einzubringen, so z.B. die Frage der Ökologie, alternativer Energien versus Atomenergie, der Diskriminierung von Minderheiten. Über die Frage der Öffnung, die von allen Seiten gewünscht wurde, aber in der Praxis doch kaum eintrat, zerstritten wir uns. Bestimmte DKP-Mitglieder innerhalb - auch des erweiterten - Vorstands befürchteten eine Sozialdemokratisierung der FG, während der gewerkschaftlich-sozialdemokratische Flügel eine zu starke Majorisierung der FG durch orthodoxe DKP-Kreise sah. Ein weiterer

inhaltlich kontroverser Punkt hing mit den Veränderungen auf Kuba zusammen, mit dem dortigen "proceso de rectificación", der ja 1986 von Castro eingeleitet wurde, allerdings auch auf Druck von unten. Die Bestimmung dessen, was kritische Solidarität bedeutet, wurde zum Diskussionspunkt. Wie weit darf kritische Solidarität gehen? Nun sind Themen wie Ökologie oder Kernenergie im Kreis der FG - das spiegelt sich auch in der Zeitschrift "Cuba Libre" wieder - in relativ jüngster Zeit durchaus schon behandelt worden. Aber uns ging es hauptsächlich um eine andere, nicht so oberflächliche Art der Behandlung dieser Themen, um eine kritische Fragestellung und auch die Aufnahme neuer Themen. Wir meinen kritische Solidarität kann gar nicht kritisch genug sein. Aber sie darf natürlich nicht den Kubanern Vorschriften machen wollen oder moralisieren, sondern einsehen, daß die Welt enger zusammen gerückt ist, daß viele Probleme hier und dort gemeinsame Probleme sind (z.B. die Umweltzerstörung). Man sollte sich über einen gemeinsamen Austausch gemeinsam bemühen, angemessene Lösungen zu finden. Wir glauben auch, daß durch die kritische Art der Behandlung oder auch das Zugeben von Fehlern, die auf Kuba gemacht werden, wir doch glaubwürdiger sind und an breitere Kreise der Bevölkerung herankommen, als wenn wir ein bestimmtes Kuba-Bild vertreten, das nicht mehr der Realität entspricht. Den Kubanern hilft es nicht, wenn man Mythen weitertradiert. Fragestellungen, die von Touristen an uns herangetragen werden, kann man nicht nur apologetisch begegnen. Die internen Probleme, die das Land auf dem Weg zum Sozialismus selbst schafft, soll man offen zugeben, und die Kubaner geben das ja auch teilweise offener zu, als bestimmte Verantwortliche der FG das zugeben.

LN: Welche Bedeutung kommt den internen Strukturen zu, was soll sich nun ändern?

M.F.: Die interne Struktur der FG hat sich bei diesen Konflikten doch als sehr undemokratisch dargestellt. Nicht nur was die Entscheidungsstrukturen angeht, auch das Finanzgebahren der FG war nicht immer durch Transparenz gekennzeichnet. Die FG ist ja eigentlich eine reiche Gesellschaft im Rahmen der Solidaritätsbewegung und auch der westeuropäischen Kuba-Bewegung. Sie hat 2500 Mitglieder, die Beiträge bezahlen. Es kommen auch noch Spenden herein, und trotzdem ist die FG auf grund verschiedener Probleme und auch eigener Mißwirtschaft in den letzten Jahren in finanzielle Schwierigkeiten gekommen. Ein weiterer Punkt ist, daß die FG sich ja bemüht in der Solidaritätsbewegung wieder Fuß zu fassen und anerkannt zu werden. Sie ging und geht dabei aber von einer Pionierrolle aus, was ich für völlig absurd halte. Wenn sie von einem partnerschaftlichen Verhältnis ausgegangen wäre, hätte sie - dank ihrer jahrelangen Erfahrung - zumindest in der Nicaragua - und El Salvador -Bewegung eine Rolle spielen können. Mit diesem Selbstverständnis und dieser inneren Struktur ist die FG zusehens zu einem Debattier-



Neue Töne in der Kuba - Solidarität

Club verkümmert, der nur noch wenig Kontakt zur Basis unterhält. In der neuen Deutsch-Kubanischen Gesellschaft wollen wir deshalb andere Strukturen schaffen. Laut der Satzung, die wir verabschieden wollen, soll es keine zentrale Leitungsstruktur geben, sondern acht Vorstandsmitglieder (vier Frauen und vier Männer), die mit ein bis zwei SprecherInnen paritätisch entscheiden. Von großer Bedeutung für die Gesellschaft wird die Autonomie der Gruppen sein. Wir wollen auch anknüpfen an Zeiten innerhalb der Kuba-Solidarität, wo praktische Arbeit geleistet wurde in Form von gemeinsamen Projekten. Da können wir z.B. viel von der Nicaragua-Solidarität lernen. Wir wollen, daß auch über die Gewerkschaften vom Arbeitsplatz her gemeinsame Kontakte, Studienreisen gemacht werden, daß auch von der Frauenbewegung her autonome Frauengruppen hier Kontakte mit der "Federación de mujeres cubanas" knüpfen, daß praktisch-materielle Zusammenarbeit wieder in Gang kommt, wie sie schon mal 1970/74 von dem "Komittee für wissenschaftliche Zusammenarbeit" praktiziert wurde. Ein guter Start für die Gesellschaft ist, daß die Grünen als ein Bündnispartner mit langjährigen Kontakten zu Kuba - auch auf höchster Ebene - die Möglichkeiten haben zu sehr attraktiven Projekten, wie z.B. dem alternativen Solarenergieprojekt auf der Kuba vorgelagerten Insel Coco, die für den Tourismus er schlossen werden soll. Nach diesem Projekt wollen wir andere folgen lassen, die dann von autonomen Gruppen getragen werden sollen. Wir hoffen durch derartige Fragestellungen und Konzepte an breitere Kreise heranzukommen - es wird auch eine Zeitschrift geben. Auch wollen wir Menschen erreichen, die in der alten FG nicht mehr mitmachen, weil sie der Meinung sind, daß dort auf alle Fragen von vorneherein eine Antwort und kein Diskussionsspielraum gegeben war.
Wir hoffen auch, daß dadurch die Basis aktiver mitmacht, als wenn die Mitglieder nur als zahlende Melkkühe in Karteien geführt werden, ihr Mitteilungsblatt erhalten und glauben, dadurch ihre Solidarität abgegolten zu haben.

LN: Wird es zu einem Tauziehen der beiden Gesellschaften in Sachen Kuba-Solidarität geben? Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen?

M.F.: Sicherlich, das ist ein schwerwiegendes Problem. Im Moment befinden wir uns gerade in der Abnabelungsphase, und es sind auch noch sehr viele böse Papiere hin und her gewechselt worden. Ich sehe aber die Gründung der neuen Gesellschaft weniger unter dem Aspekt der Spaltung, die uns natürlich vorgeworfen wird. Ich sehe die Gründung unter dem Aspekt der Zugewinnung neuer Kreise. Wenn über diese Phase des Austausches von Vorwürfen Gras gewachsen ist, wird es auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit geben, sich sogar notwendigerweise anbieten. Auch die Kubaner legen Wert darauf, daß wir uns hier nicht gegenseitig bekriegen; und wir sind angewiesen auf die Zusammenarbeit mit den kubanischen Instituten. Ich persönlich werde mich auch weiterhin um

ein gutes Verhältnis zu Mitgliedern und Vorstand der alten FG bemühen und glaube, daß unser Schritt keine Schwächung sondern eine Stärkung der Kuba-Solidarität sein wird. In der neuen Gesellschaft sollte partnerschaftlich zusammengearbeitet werden, ohne daß eine Gruppe dominiert. Selbst wenn die Grünen mit dem Fundi-Flügel der Öko-Sozialisten von Jutta Ditfurth dominiert haben und sich auch in der Satzung bezüglich der Organisationsstruktur die Fährte der Grünen wiederfindet. Der gemeinsame Nenner der neuen Gesellschaft ist sicherlich der gewerkschaftliche. So wird ein Schwerpunkt der Arbeit auf dem Gewerkschaftsaustausch mit Kuba liegen, was etwas Besonderes ist, da der DGB noch Kontakte mit Kuba ablehnt.

LN: Außerhalb der FG war die Kuba-Solidarität bisher von sehr geringer Aktivität gekennzeichnet. Wie erklärt sich das?

M.F.: Besonders seit 1973 hat sich die Solidaritätsarbeit hier in diesem Land stark verlagert. Innerhalb der Lateinamerika-Solidarität hat sich die Arbeit auf Bezugspunkte wie Chile, Nicaragua, El Salvador verlagert. Von der Kubanischen Revolution glaubt man, daß sie überlebt habe, daß die Zeiten der Schweinebucht-Invasion vorbei sei, daß vielmehr die Kräfte z.B. Nicaragua gewidmet werden müßten. Als Grenada fiel, bestand noch mal die Gefahr einer Invasion. Auch als in Kuba die Milizen aufgebaut wurden, befürchtete man, daß die USA vielleicht versuchen würde Kuba härter anzugehen. Aber innerhalb der Linken hier war man der Meinung, daß vor allem die Sowjetunion Garant gegen alle Invasionspläne sein würde. Aber auch durch die effizientere Art der Solidaritätsarbeit mit Nicaragua, wo es viele Partner schaften gab und auch materielle Hilfe, wo nicht so eine starke Bürokratie wie in Kuba das Sagen hatte, sondern alles spontan ablief, haben sich die Kräfte anderen Ländern zugewand. Ein schwerer Fehler der FG war es, all die Touristen, die nach Kuba fahren, als unpolitisch eingestuft zu haben und ihre Fragestellungen und ihre Bedeutung für das Kuba-Bild in der BRD unterschätzt zu haben.

LN: Weiß Castro schon davon, gibt es bereits Reaktionen von kubanischer Seite?

M.F.: Castro nicht, aber Jutta Ditfurth hat mit Carlos Rafael Rodríguez (Politbüro-Mitglied und Stellvertreter Castros) gesprochen und ihm auch mitgeteilt, daß eine neue Gesellschaft gegründet wird. Ich glaube, daß wir von kubanischer Seite aufmerksam beobachtet werden. Wahrscheinlich wird der kubanische Botschafter auf dem Gründungskongreß sein. Ich meine, daß wir mit unserer Arbeit das Vertrauen von höchster Seite haben werden, auch weil wir Leute haben, die in Kuba einen guten Namen haben und garantieren, daß gute Arbeit geleistet wird.

GUATEMALA

Indios gegen Zivilpatrouillen

Am 14. August ist in Santa Cruz de Quiché im Hochland Guatemalas die Indio-Organisation CERJ - Consejo de Comunidades Etnicas Runejel Junam - gegründet worden. CERJ versteht sich als ein Zusammenschluß von indianischen Gemeinden, der auf verschiedenen Ebenen für die Förderung der eigenen kulturellen Werte und die Respektierung der Menschenrechte in Guatemala arbeiten will. In einem Brief an die Menschenrechtskommission des guatemaltekischen Parlaments besteht CERJ auf dem in der Verfassung vebrieften Recht, den Dienst in den Zivilpatrouillen verlassen zu können (Art.34: "Niemand kann zum Dienst in den bewaffneten Zivilpatrouillen gezwungen werden."). CERJ bittet die Menschenrechtskommission und den Präsidenten des obersten Gerichtshofs, für die Durchsetzung dieses Rechts einzutreten und jenen Personen Schutz zu gewähren, die die Zivilpatrouillen verlassen wollen. CERJ fordert daher regelmäßige Besuche in den betroffenen Gemeinden und eine systematische Information über den freiwilligen Charakter der Zivilpatrouillen.
Zur Zeit sind es über 5000 in CERJ organisierte Männer, die aus den Zivilpatrouillen ausscheiden wollen. Die Region Quiché steht als Konfliktzone unter strenger Kontrolle des Militärs. Wer sich gegen die Zivilpatrouillen wehrt, setzt sein Leben aufs Spiel. CERJ und insbesondere sein Koordinator Amilcar Mendez haben schon mehrfach Morddrohungen der Todesschwadronen Mano Blanca und ESA (Antikommunistische Geheimarmee) erhalten.

Bitte schreibt Briefe zur Unterstützung von CERJ an den Präsidenten Guatemalas und an die guatemaltekische Botschaft. Modellbriefe und Adressen gibt es auf Anfrage bei den LN.

LESERBRIEF

Sind »Indios« immer gut?

Zum Artikel "Ecuador - Repression gegen Indios" (LN 175) erhielten wir den folgenden Leserbrief aus Ecuador.

Ich lebe und arbeite seit über sechs Jahren in Ecuador, u.a. in einer Menschenrechtsgruppe. Ich habe auch ziemlich viel mit indianischen Dörfern und Organisationen zu tun. (Der Begriff "Indios" geht mir nicht so leicht von den Lippen oder der Schreibmaschine wie der Autorin des Artikels, auf den ich mich beziehe, obwohl seit kurzem

die Indígena-Organisationen ihn rehabilitiert haben und mit einem neuen, stolzen Sinn versehen. Wenn Mestizen von "Indios" reden, dann gehört das "... de mierda" ("Scheißindios") meistens implizit oder explizit dazu - es ist ganz klar ein Schimpfwort. Und aus dem Mund von uns Europäern hört sich's halt immer sehr folkloristisch an.) Der Vorfall unter den Salasacas, die im Mai dieses Jahres zwei des Diebstahls verdächtige Jugendliche aus dem nahegelegenen Städtchen Pelileo getötet haben, scheint sich einzureihen in eine ganze Serie von Ereignissen, die darauf hindeuten, daß im Rahmen der Stärkung der Indianer-Organisationen auch die indianische Selbstjustiz neu an Bedeutung gewinnt. Mit gutem Grund: die totale Korruption des Polizei- und Justizapparats macht in den meisten Fällen eine "legale" Verfolgung von Kriminalität zur Farce. Im Norden Perus sind die "Rondas Campesinas", selbstorganisierte Wächtergruppen, in den letzten Jahren sogar zum zentralen Inhalt überregionaler Bauernorganisationen geworden und haben es tatsächlich erreicht, die Viehdiebstähle weitgehend zu verhindern. Auch in Ecuador werden in verschiedenen Gegenden "Rondas" organisiert.

Trotzdem möchte ich fragen, wie weit wir bestimmte Praktiken gutheißen können, nur weil es "Indios" sind, die sie ausführen? Hört unser Kampf gegen die Todesstrafe dort auf, wo es ethnisch unterdrückte Gruppen sind, die sie anwenden? Spielt da nicht die alte Geschichte unserer Träume vom "guten, aber unterdrückten Wilden" mit? Die Version von den "bewaffnete(n) und maskierte(n) Jugendliche(n)", die bei dem Diebstahl in Salasaca erwischt worden sein sollen, ist zumindest frag-würdig. Die beiden Jungen waren gerade 12 und 14 Jahre alt. Von Leuten, die seit Jahren in der Gegend arbeiten, weiß ich, daß die Entscheidung schon vorher gefallen war, die nächsten Diebe, die erwischt würden, zu töten. Es handelte sich also um keine spontane Notwehrhandlung. Es scheint auch nicht zu stimmen, daß sich die Salasacas "als ganzes Dorf hinter die Tat" stellen. Die Solidarität bestand in den ersten Tagen des allgemeinen Aufruhrs, als sich die Leute gegen die üble, in dem Artikel ganz richtig beschriebene, rassistische Hetzkampagne wehren mußten. Inzwischen sitzt der als vermutlicher Täter angeklagte Führer des Dorfes ziemlich allein im Gefängnis, wie das bei anderen Konflikten in anderen Dörfern leider auch allzu häufig vorkommt. Die Salasacas sind zwar gewiß arm, aber unter den indianischen Gruppen Ecuadors gehören sie zu den besser gestellten. Sie gehören auch zu den geschicktesten, wenn es darum geht, an ausländische Gelder zu kommen. Können wir durch manche Solidaritätskampagnen nicht auch den Rest von Solidarität kaputtmachen, der zwischen den Leuten noch besteht?

Albrecht Benzing

Kurznachrichten

Argentinien

Und wieder eine Militärrevolte. Den Rebellenführer-Part hat diesmal nicht Oberstleutnant Aldo Rico, sondern Oberst Mohamed Ali Seineldín. Und wieder sind die sogenannten regierungstreuen Truppen nur sogenannte, natürlich. Gegen ihre Kameraden vorgehen, wo man doch deren Forderungen teilt! Da wird lieber in die gegen die Rebellion demonstrierenden Menschen geschossen. Das geht leichter von der Hand. Darin hat man ja auch Erfahrung. Und wieder Gespräche. Und wieder "bedingungslose Kapitulation" der rebellierenden Soldaten. Und wieder "nicht verhandelt".

Und natürlich doch verhandelt, und jeder weiß es. Und schon einen Tag später Alfonsíns "Verbitterung" darüber, daß die Gesellschaft die Armee mit "Skepsis und Ablehnung" betrachte. Und das bange Warten auf die kommenden Amnestie- und "Befriedungsgesetze".

Alfonsíns Präsidentschaft war ein Drama, von Anfang an. Daß es zu einer Tragödie wird, ist seit langem absehbar. Die Phase der Farce sahen wir bereits, bei der zweiten Rebellion Ricos im Januar dieses Jahres. Was sich jetzt abspielt, wär langweilig, wenn es nicht so ernst wäre. Es ist nur noch ein Schmierenspiel, widerlich und angstmachend.

Die Militärs hauen Alfonsín seine Militärpolitik um die Ohren. Er hat keine mehr. Alfonsín ist bankrott.

Bert Hoffmann

Chile

Aylwin Präsidentschaftskandidat der Opposition? Patricio Aylwin, Präsident der Christdemokraten und Führer der 16 NEIN-Parteien beim Plebiszit, ging mit seinem Flügel aus parteiinternen Wahlen der Christdemokraten als Sieger hervor. Zwar fehlen noch einige Teilergebnisse, aber mit über 50% gewann er deutlich gegenüber seinen Konkurrenten Gabriel Valdés (23%) und Eduardo Frei (20%), dem politisch bisher kaum profilierten Sohn des Expräsidenten Frei. Bei der Wahl ging es um Parteiämter von der kommunalen bis zur nationalen Ebene und gleichzeitig um die Entscheidung über den Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Dezember 89. Mit welch harten Bandagen innerhalb der Christdemokraten um die politische Führung gekämpft wird, zeigt sich daran, daß bislang weder Valdés noch Frei ihre Niederlage anerkannt haben, sondern im Gegenteil von Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sprechen. Die Weichen für den Präsidentschaftskandidaten der Opposition dürften damit gestellt sein, da unter den übrigen Parteien weitgehend Konsens darüber besteht, daß der DC als stärkster Partei ein Vorschlagsrecht zukommt. In der DC waren ca. 37.000 Mitglieder stimmberechtigt.

Linksbündnis PAIS

PAIS, Partido Amplio de Izquierda Socialista (etwa: Breite Partei der sozialistischen Linken, wobei PAIS gleichzeitig "Land" bedeutet) heißt die "instrumentelle Partei", mit der Vertreter der sozialistischen Partei (Almeyda), der Christlichen Linken (IC), der Sozialistischen Radikalen Partei(PRSD) der KP, sowie weiterer "Unabhängiger" ihre Legalisierung innerhalb der herrschenden Verfassung anstreben. Präsident soll Luis Maira (IC) sein. Im Vorfeld des Plebiszits war die Teilnahme daran in der linken Opposition lange umstritten, weil damit die Linke das Pinochet-Regime und seine Verfassung anerkenne. Jetzt heißt die Devise: den legalen Spielraum nutzen, nämlich für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die für den 14.12.89 vorgesehen sind.

Die vier genannten Parteien werden de facto weiter existieren. Mit der Einschreibung von PAIS soll lediglich der Verfassungsartikel 8 unterlaufen werden, der u.a. klassenkämpferische Ideologie als verfassungsfeindlich erklärt und besonders die KP aus dem legalen politischen Spektrum ausschließt.

Vor allem die Almeyda-Sozialisten standen vor einer schwierigen Entscheidung: durch Eintritt in die bereits bestehende "instrumentelle" linke PPD die Einheit der sozialistischen Partei wiederherzustellen oder, wie jetzt geschehen, durch die Option für PAIS der KP legalen politischen Spielraum zu eröffnen zu versuchen.

Uniwahlen: Schlimme Schlappe für die Opposition

Bei den Wahlen für die Studentenvertretung an der elitären Katholischen Universität in Santiago erlitten die beiden oppositionellen Listen gegenüber den rechten "Gremialisten" eine schmerzliche Niederlage: 49% für die Rechte, 37% für DC, PS und IC und 9% für KP und MIR.

Die rund 9000 sozial privilegierten Studierenden der renommierten und teuren Universität sind zwar in keiner Weise repräsentativ, der Wahlausgang hat aber Symbolwert. Seit die Studierenden 1985 dem Regime Wahlen abgetrotzt hatten, gewannen oppositionelle Gruppen dreimal nacheinander mal mit gemeinsamen, mal mit getrennten Listen absolute Mehrheiten.

Gründe für die Niederlage sechs Wochen nach dem Plebiszit werden in der schlechten Arbeit der letzten, christdemokratisch beherrschten Studentenvertretung gesehen, in der um 4% geringeren Wahlbeteiligung, aber auch in der Selbstdarstellung der Rechten, die sich nicht länger als Parteigängerin Pinochets präsentiert.

REZENSIONEN

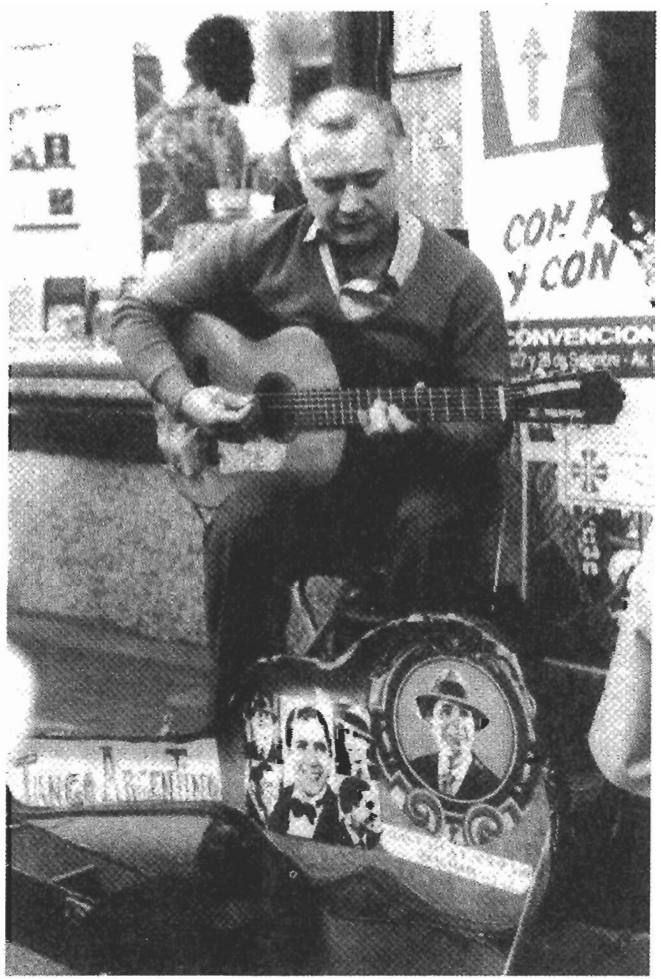
Argentinien – ein »interdisziplinärer« Reiseführer

Die erste Hälfte des knapp 500 Seiten dicken Reiseführers "Argentinien" von Dirk Bruns (Hg.) versorgt den Argentinienliebhaber bzw. den zukünftigen Argentinienliebhaber mit den nötigen Informationen über Geographie, Geschichte/Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur dieses Landes. Zu jedem Themenbereich gibt es mehrere Artikel von verschiedenen Verfassern. Die Verfasser sind zum größten Teil Argentinier oder Deutsche, die in Argentinien leben oder zumindest längere Zeit dort gelebt haben.

Das Land soll "schmackhaft" gemacht werden, zur gleichen Zeit aber wird es auch kritisch beleuchtet.

So z.B. im Kapitel Geographie: Ursula Erdmann-Hackelöer läßt den Leser mit ihrem Artikel "Vom Dschungel bis nach Feuerland" in eine geradezu fantastische Welt versinken. Argentinien - das Land der "Naturwunder", der ersten Nationalparks Südamerikas, der verschiedensten Biosysteme (12 insgesamt), einer reichen Tier- und Pflanzenwelt. Doch die Illusion, daß es sich um ein unberührtes Paradies handele, wird dem Leser bald genommen. Ein Artikel von Dirk Bruns gibt Aufklärung über die katastrophalen ökologischen Zustände in Argentinien - ein Thema, das in Argentinien selbst bislang kaum Thema ist. "75% der Oberfläche unterliegen einer Form von Erosion", was auf die "unkontrollierte Zerstörung des natürlichen Schutzes (Bäume und Pflanzen) durch Forst- und Landwirtschaft" zurückzuführen ist. Ca. 100 Tier- und Pflanzenarten sind bisher ausgestorben oder vom Aussterben bedroht. "Die Flüsse Riachuelo und Reconquista sind durch die Schadstoffe von ca. 4000 Industrieanlagen hochgradig verschmutzt und biologisch tot". Ein Gesetz zum Umweltschutz gibt es nicht und ist auch nicht in Planung. Eine kritische Haltung zur Atomenergie ist trotz Tschernobyl und eigener Unfälle kaum vorhanden.

Im Kapitel Geschichte und Politik wird ein Abriß der argentinischen Geschichte von der vorkolonialen Zeit bis zur Gegenwart geboten. Als entscheidende Jahreszahl wird das Jahr 1930 hervorgehoben; nach 16 jähriger Demokratie kommt es zum Militärputsch durch den General Uriburu. Eine neue Epoche der argentinischen Geschichte brach damit an: Die Tore wurden dem US-amerikanischen Kapital geöffnet, die Agrarpreise sanken, die Arbeitslosigkeit stieg rapide an, Slums entstanden, die elektrische Folter wurde "eingeführt" ... Die Ära der Militärs hatte begonnen, die ihren Höhepunkt in der letzten Diktatur (1976-83) fand - eine der brutalsten Militärdiktaturen Lateinamerikas. Der jetzige Präsident Raúl Alfonsín wird kritisch dargestellt; er habe zwar die bürgerlichen Rechte und Freiheiten wiederhergestellt, sich jedoch nicht zu einem "Kurs gegen die Ausplünderungswirtschaft durch ausländ-



dische Konzerne" (Horst Stowasser) durchgerungen. Außerdem wird natürlich seine Menschenrechtspolitik kritisiert. Eigene Artikel gibt es jeweils zum Peronismus, zum Malvinas-Krieg, zum Prozeß gegen die Militärdiktatoren und zur Menschenrechtsorganisation "Madres de Plaza de Mayo" von deren Präsidentin Hebe de Bonafini. Osvaldo Bayer liefert einen Überblick über die Geschichte der argentinischen Armee, der - wie nicht anders zu erwarten war - mit einem pessimistischen Ausblick endet:"Noch ist der Augenblick der Rückkehr der Militärs nicht gekommen. Er wird davon abhängen, wie die ökonomischen Probleme gelöst werden, inwieweit das Volk die Kosten der Krise zu bezahlen bereit ist, sowie von der internationalen Lage".

Im Kapitel Wirtschaft geht es zum einen um den "Dollarsegen" und den "wirtschaftlichen Ruin" (Gabriela Simon) und zum anderen um die Geschichte der Gewerkschaften (Jutta Borner).
Das Kapitel Gesellschaft verschafft einen Überblick über die Sozialstruktur Argentiniens, die indianischen Ureinwohner, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, die Situation der Schulen, der Frauen und über die beliebtesten Freizeitbeschäftigungen der Argentinier. Gaby Webers Artikel über die Deutschargentinier während des Nationalsozialismus gibt ein wenig Aufschluß darüber, warum man in Buenos Aires yiddisch sprechende Menschen antrifft und drei Ecken weiter an eine Wand geschmiert das Hakenkreuz vorfindet oder Sprüche wie "Ein Volk, ein Reich, ein Führer" (auf deutsch natürlich!).
Sehr erfreulich ist, daß hier die Kultur einmal nicht zu kurz kommt. Fünf Artikel beschäftigen sich mit der argentinischen Literatur, dem Theater, Film, mit den besonderen Funktionen des Rock Nacional - und natürlich mit dem Tango. Ein recht amüsanter und hilfreicher Artikel ist der über die Eigenarten des argentinischen Spanischs von Roberto Bein: Die Satzmelodie hat leichte Ähnlichkeit mit der italienischen, -y und -ll werden wie das französische -g ausgesprochen, "vos" hat heute nicht mehr die Funktion des altspanischen höflichen "Ihr", sondern ersetzt schlicht und ergreifend "tú" etc. . Auch sollte man nicht dem Irrtum erliegen, daß alle Argentinier "Che" mit Vornamen heißen, es handelt sich lediglich um ein "Mensch, hör mal". ... Y ¡ojo! En la Argentina nunca se coge el subte.... Wenn man irgendwann einmal überhaupt nichts mehr versteht, sollte man es mit dem Umdrehen der Silben versuchen (ein "Sport" der Einwohner von Buenos Aires): Läd dich ein "choma" in eine "Gotán-Bar" ein, so handelt es sich um den berühmt-berüchtigten argentinischen "Macho", der dich in eine vielleicht ebenso berühmt-berüchtigte Tango-Bar entführen will...
Der zweite Teil dieses Reiseführers führt einen nun zunächst nach Buenos Aires, der vielbesungenen Hauptstadt Argentiniens, die viele sicherlich erst auf den zweiten Blick lieben werden, nachdem sie den Charme der zahlreichen Cafés und Porteños (Einwohner von Buenos Aires) kennengelernt haben.
Dann geht's weiter in die 22 Provinzen, deren Geschichte und Sehenswürdigkeiten relativ ausführlich beschrieben werden - verbunden mit praktischen Hinweisen (Unterkunft, Verkehrsverbindungen, Ausflugsmöglichkeiten etc.). Im Anhang gibt es dann noch die üblichen Reisetips von A-Z und eine Liste mit den wichtigsten Adressen. ¡Buen viaje!

Nadja Encke

* Argentinien, Ein EXpress Reisehandbuch
Dirk Bruns (Hg.)
MUNDO-Verlag, 1988

Aktueller Film aus Nikaragua: »Rama zwei Wochen nach dem Hurrikan 'Juana'«

"Was wir brauchen, ist, das alle Völker der Welt, die sich der Situation Nicaraguas bewußt sind, erfahren, wieviel Hilfe wir benötigen, um unseren Ort, unsere Heimat wiederaufzubauen." Die Gesundheits- und Notstandsbrigadistin, die dies sagt, hatte schon bei der Evakuierung geholfen. In jedem anderen vergleichbaren Land wären etliche Tausend Menschen dem Hurrikan zum Opfer gefallen. In Nicaragua aber konnte die Tage vor dem Hurrikan auf Evakuierungspläne für den Fall einer US-Intervention zurückgegriffen werden. Menschenleben forderte das Unwetter häufig dort, wo Betroffene auf die Propaganda der Opposition hereinfielen, die den Sandinisten "Wichtigtuerei" vorwarf. Viele mußten ihre Weigerung, sich evakuieren zu lassen, mit dem Leben bezahlen.

Der 17minütige Film zeigt anschaulich die Zerstörungen, aber auch die Wiederaufbauarbeit der zu diesem Zweck gegründeten Brigaden. Landesweit sind 187.000 Menschen obdachlos geworden, 30.000 Wohnhäuser, 339 Schulen, 3 Krankenhäuser und 5 Hafenmolen wurden zerstört. Die Mehrheit der Betroffenen, hauptsächlich BewohnerInnen der 5. Region, haben für die nächsten Monate ihre ökonomische Perspektive verloren, da die landwirtschaftlichen Projekte fast völlig verwüstet wurden. Eine große Anzahl Vieh ist während der nach dem Hurrikan folgenden Überschwemmungen der Flüsse ertrunken. Um der nun drohenden Seuchengefahr zu begegnen, buddeln eine Reihe von Helfern in der ehemaligen Tierapotheke im Schlamm nach Spritzen, um die überlebenden Tiere versorgen zu können. Hilfsleistungen aus dem Ausland wie Nahrungsmittel, Medikamente, aber auch Geldspenden, sind - im Gegensatz zu ähnlichen Katastrophenfällen in anderen Ländern - schnell und unbürokratisch bei den Betroffenen angelangt. Dennoch bleiben weitere Hilfeleistungen notwendig.

"Rama zwei Wochen nach dem Hurrikan 'Juana' ", von Beate Neuhaus ist - auch kurzfristig verleihbar bei der Medienwerkstatt Freiburg
Konradstraße 20
7800 Freiburg i.Br.
Tel. 0761/709757

Ingo Melchers

Zeitschriftenschau

ila-info 120, November 1988 Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Perú: Scheitern des Modell García; Ist die Zeit reif für eine linke Alternative? Wirtschaftspolitik; Überlebensbedingungen im informellen Sektor; Zeugnisse über die Repression; Interviews mit prominenten Linkspolitikern; dazu: nationales Theatertreffen.

Außerdem: Interview mit Miguel Saénz zur Militarisierung Puerto Ricos; Filmfestival in San Sebastián; SPD und Chile; Kuba-Solidarität u.a.m..

EL PARCIAL 26, Dezember 1988
c/o Doris Hermes, Kielortallee 4, 2000 Hamburg 13

Honduras: Portaviones Terrestre de los EE.UU.; eine korrupte Marionettenregierung und eine gespaltene Regierungspartei; kontinuierliche Aufrüstung der Streitkräfte; Verschärfungder Repression nach der Doktrin der nationalen Sicherheit; semikoloniale Abhängigkeit von den USA; Rolle Honduras' in Mittelamerika: Zuflucht für Contras und Hindernis für Friedenspläne; Drogenhandel; Verschuldung; Transnationalisierung der Wirtschaft; Erpressung durch transnationales Unternehmen; Fehlschlag von sog. Agrarreform; Volkswiderstand.

epd-Entwicklungspolitik 19/20 1988
Friedrichstr.2-6, 6000 Frankfurt 17

1492-1992, 500 Jahre Eroberung Amerikas durch die Spanier; Dokumentation der Gewalt; Vision der Sieger: Selbstdarstellung Spaniens, spanische Rüstungsexporte, Vision der Besiegten: Indianergemeinden, Bodenrecht, Centroamérica Nuestra; Projekt "Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492-1992"; Dokumentation: Der Kampf um die Menschenrechte der Indios.

epd-Entwicklungspolitik 21 1988
Friedrichstr.2-6, 6000 Frankfurt 17

Reorganisation der Weltwirtschaft: in GATT we trust; Eingriff in die nationale Autonomie; Rückfall in den Kolonialismus; Die (Dritte) Welt mit Dienstleistungen erobern; Lomé-Länder haben Angst vor EG-Binnenmarkt.

US-Hilfe: wenig für Entwicklung; UdSSR für weniger Waffenexporte; "Sauberer Kaffee" wird hoffähig. Dokumentation: Uruguay-Runde: Stellung der Südkommission; Lieferstopp für Hochtechnologie nach Südafrika.

Informationsdienst Südliches Afrika, Heft 5 1988
Blücherstr.14, 5300 Bonn 1

Geht der Krieg zu Ende? Angola-Namibia-Verhandlungen; Besuche Savimbis in der BRD und den USA; Informationen zur UN-Resolution 435; **Sanktionen;** Erfolgschancen, Umgehungsstrategien und Reaktionen Südafrikas; Grauzonen in BRD-Rüstungsexportpolitik.

SADCC-Brief 5-88: Länderprofil Angola

Informationsdienst Südliches Afrika, Heft 6 1988
Blücherstr.14, 5300 Bonn 1

Zimbabwe - Südafrikas Widerpart; Arbeitslosigkeit; Bildung; Zimbabwe nach acht Jahren Unabhängigkeit.

SADCC-Brief 6-88:Länderprofil Zimbabwe

Eingegangene Bücher

Carola Lentz: **Von seiner Heimat kann man nicht lassen.** Migration in einer Dorfgemeinde in Ecuador. Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1988, ISBN 3-593.34019-4.

Karl Meessen (Hrsg.): **Internationale Verschuldung und wirtschaftliche Entwicklung aus rechtlicher Sicht.** Nomos Verlag, Baden-Baden, 1988, ISBN 3-7890-1595-4.

Uwe Holtz (Hrsg.): **Verschuldungskrise der Entwicklungsländer.** Anhörung im Deutschen Bundestag, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1988, ISBN 3-7890-1646-2.

Comisión Andina de Juristas: **Perú y Chile, Poder Judicial y Derechos Humanos.** Selbstverlag, Lima, 1988.

Asid Butta (Hrsg.): **Projektwoche Dritte Welt.** Unterrichtseinheiten für die Sekundarstufe I. Beltz Verlag, Weinheim, 1988, ISBN 3-407-62120-5.

José Lutzenberger, Michael Schwartzkopff: **Giftige Ernte.** Tödlicher Irrweg der Agrarchemie, Beispiel: Brasilien. Eggenkamp Verlag, Greven, 1988, ISBN 3-923166-26-5.

James Ferguson: **Papa Doc, Baby Doc, Haiti and the Duvaliers.** Basil Blackwell, Oxford, 1988 ISBN 0-631-16579-7.

Verein zur Förderung der deutsch-nicaraguanischen Partnerschaft in Konstanz: **Vom Wirtschaftsembargo zum Arias-Plan.** Eine Chronik der Ereignisse in und um Nicaragua von Mai 1985 bis Oktober 1987. Selbstverlag, c/o Manfred Burger, Moorkieferweg 3,7750 Konstanz, 1988.

Termine

Seminare der BUKO-Pharma-Kampagne

Theaterseminar am 27. - 29. 1. 1989 in Warburg-Menne:
Spielend leicht verändern (?!)

+

Frauenseminar am 10. - 12. 2. 1989 in Bonn-Bad Godesberg:
Geschäfte mit der Fruchtbarkeit
Hor(ror)mone gegen Frauen in der sog. 'Dritten Welt'

+

Anmeldung und Information bei: BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62
4800 Bielefeld 1, Telefon: 0521/60550

* * * * * * * *

LATEINAMERIKAWOCHE 1989
am 21. - 28. 1. 1989 in Nürnberg
Sozialistische Entwicklungsmodelle -
eine Chance für Entwicklungsländer?

Träger dieser Woche sind das Lateinamerika-Komitee Nürnberg, die Evangelische Studentengemeinde, städtische Einrichtungen und der Kirchliche Entwicklungsdienst. Das ausführliche Programm ist erhältlich bei: Kirchlicher Entwicklungsdienst, Postfach 12 03 20, 8500 Nürnberg 12

EL PARCIAL

HONDURAS: PORTAVIONES TERRESTRE DE LOS EE.UU.

EL PARCIAL - Heft 26 (Dezember 1988)

152 Seiten, davon 137 Seiten Pressedokumentation, fast ausschließlich auf Spanisch, wobei vor allem Publikationen aus Honduras, Mexiko und Guatemala berücksichtigt wurden.

Bestellungen an: Doris Hermes, Kielortallee 4, 2000 Hamburg 13, gegen Überweisung von DM 13,-- an: "El Parcial", Doris Hermes, Konto-Nr. 636 47-205, PSchA Hamburg.

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

Diciembre de 1988 26

Kahlschlag:



z. B. in Indien. Jährlich schlägt die Holzindustrie 1 Million Hektar Wald - ohne Wiederaufforstung. Wenn es so weitergeht, wird es in Indien in 20 Jahren keinen zusammenhängenden Wald mehr geben. Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt unterstützt Widerstand und Basisprojekte von Umweltbewegungen - in Indien, Lateinamerika und Westafrika. Diese Projekte brauchen auch Ihre Solidarität. Informieren Sie sich über den **ASW-Umweltfonds.** Helfen Sie mit einer Spende.

ASW
Hedemannstr. 14
1000 Berlin 61
Konto 555 BfG
BLZ 100 10111

Neu



Michele Ritterman
Liebe und Terror in Chile
Eine Familie im Widerstand

Der aufrüttelnde Tatsachenbericht einer Familientherapeutin und Psychologin, der dennoch „. . . kein Bericht über Tod und Schmerz, sondern ein Zeugnis der Hoffnung (ist; er) ist die erstaunliche Geschichte einer Familie, die den Terror durch Solidarität und Zuneigung überlebt. Mit diesem Buch übergibt uns Michele Ritterman eine großartige Lektion über das Leben."
(aus dem Vorwort von Isabel Allende).

1988, 312 S., Format 11x19 cm, pb, ISBN 3-8080-0173-9

Bestell-Nr. 4350 DM 22,00

verlag modernes lernen - Dortmund
Hohe Straße 39 · Postfach 100 555
D - 4600 Dortmund 1
☎ (02 31) 12 80 08 · FAX (02 31) 12 56 40
TX (17) 231 329 interS

WECHSEL WIRKUNG



10 Jahre

Nr. 39, November 1988

Der Geist unserer Zeit mit Beiträgen von: Siegfried Bleicher, Gernot Böhme Ernst Brelt, Ulrich Briefs, Wolf-Michael Catenhusen, Michael Daxner, Freimut Duve, Björn Engholm, Herrmann Glaser, Winfried Göpfert, Volker Hauff, Frigga Haug, Erika Hickel, Martin Jänicke, Herbert Kubicek, Helmut Lenders, Hans Lenk, Heinrich v. Lersner, Klaus M. Meyer-Abich, Benno Müller-Hill, Wolf D. Narr, Helga Nowotny, Joachim Radkau, Rainer Rilling, Jens Scheer, Udo E. Simonis, Heinz A. Staab, Franz Steinkühler, Wilhelm Steinmüller, Verena Stolcke, Otto Ullrich, Hans-Jürgen Warnecke, Peter Weingart, Hubert Weinzierl, Monika Wulf-Mathies

Bitte Probeheft für DM 2,– in Briefmarken anfordern!

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.
Bestellungen an: WECHSELWIRKUNG, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
DM 7,– Einzelheft (+ Versandkosten), DM 28,– Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)

Letzte Gelegenheit!



Arpilleras
Stoffbilder aus den Elendsvierteln Santiagos

Chile 1989

CHILE 1989
Arpilleras
Stoffbilder aus den Elendsvierteln Santiagos

Wandkalender (42 x 28 cm) mit 12 Farbreproduktionen chilenischer Arpilleras. Kalendarium und Erläuterungstexte zu den Stoffbildern in deutscher und spanischer Sprache.

Einzelpreis DM 20,-- (zzgl. Porto)
Wiederverkäufer erhalten (bei Bestellungen ab 3 Stück) 30 % Rabatt.

Bestellungen an:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Höchste Zeit!